

Mieten deckeln.

Klima retten.

Kommunen stärken.

DIE LINKE.

www.die-linke-in-den-landtag.de

ANTRAGSHEFT 1

Landesparteitag 1. und 2. Februar 2020

Stuttgart

Änderungs-Anträge zum Leitantrag

Nr.	Seite	Antragsteller*in	Begehrt
L 1	1	KV Schw-Hall / Hohenl.	Überschrift
L 2	1	div. KVs und Einzelne	Überschrift
L 3	2	EmaLi	Von Anfang an
L 4	2	KV Rhein-Hardt	Von Anfang an
L 5	2	EmaLi	Zeile 3
L 6	3	EmaLi	Zeile 5
L 7	3	EmaLi	Zeile 5
L 8	4	EmaLi	Zeile 5

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Gesamtpartei (nach außen gerichtet)

Nr.	Seite	Antragsteller*in	Begehrt
P 1	5	Landesvorstand	Mieten deckeln
P 2	5	Frieden	Gegen Defender 2020
P 3	6	OV Bad Cannstatt	Mietenwahnsinn stoppen – Mietenaufstand organisieren
P 4	6	KV Schw.Hall / Hohenl.	Keine Kooperation mit der AfD
P 5	6	KV Rhein-Hardt	Die Linke als Partnerin von sozialen, ökologischen Initiativen
P 6	7	KV Brsg.-Hochschw.	Die Linke soll Konnexitätsprinzip einfordern
P 7	8	KV Brsg.-Hochschw.	Die Linke soll Ausrufung des Klimanotstands einfordern
P 8	8	Solid	Ausweitung des Mutterschutzes
P 9	8	KV Rhein-Hardt	Linke fordert nachhaltige Ressourcenwirtschaft ein
P 10	9	EmaLi	Linke fordert ausreichend Schutzraum für Frauen
P 11	11	EmaLi	Die Linke fordert die Einhaltung der Istanbul-Konvention ein

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Gesamtpartei (innerparteilich)

Nr.	Seite	Antragsteller*in	Begehrt
P 12	11	KV Esslingen	Unterstützung von DM-Wahl-Kandidierenden
P 13	12	FDS	Augen auf den ländlichen Raum
P 14	12	FDS	Mehr Transparenz im Landesverband
P 15	13	EmaLi	Transparenz / Erledigungskontrolle
P 16	13	FDS	Wechselnde Parteitagorte
P 17	14	KV Schwarzw-Baar-Hbg.	Sprachregelung bzgl. des dritten Geschlechts „Divers“
P 18	14	EmaLi	Digitalpolitische Leitlinien
P 19	15	Bimmerle / Kenk	Transformation gestalten
P 20	19	EmaLi	Gelebtes Umweltbewusstsein
P 21	20	LAG queer	Freie Wahl der Geschlechtsoptionen für Mitglieder
P 22	20	FDS	Die Züge den Menschen
P 23	22	KV Ortenau	Arbeitsgruppe gegen Klinikschließungen
P 24	22	Kenk / Bimmerle	Partizipationsbeauftragte*r des Landesvorstands
P 25	23	Kenk / Bimmerle	Arbeitsgruppe Parteireform
P 26	23	KV Esslingen	Büros für KVs ab 100
P 27	24	KV Mannheim	Beitragstabelle beim Online-Eintrittsformular moderater
P 28	24	KV Esslingen	Plastikvermeidung
P 29	25	EmaLi	Papierlose Parteitage
P 30	25	Bimmerle / Kenk	Zukunft des ländlichen Raums

Anträge zur Gestaltung der Landtagswahl

Nr.	Seite	Antragsteller*in	Begehrt
W 1	33	FDS	Basisdemokratische Teilhabe
W 2	33	FDS	Spitzenteam durch Urwahl
W 3	33	Frauen	Mindestens die Hälfte der Kandidierenden müssen Frauen sein
W 4	34	EmaLi	Mitgliederbefragung bei Programmfindung berücksichtigen
W 5	34	Solid-Untergruppen	Mitgliederbefragung bei Programmfindung berücksichtigen

Anträge zur Gesellschaft

Nr.	Seite	Antragsteller*in	Begehrt
G 1	35	OV Bad Cannstatt	Arbeitsplätze und Klima retten und diverses Anderes
G 2	36	AKL	Keine CO2-Bepreisung
G 3	36	OV Bad Cannstatt	Vonovia & Co enteignen
G 4	36	FDS	Hochschulpolitik

Anträge zum Zehn Punkte Papier

Nr.	Seite	Antragsteller*in	Begehrt
Z 1	39	KV Esslingen	Andere Aufteilung
Z 2	39	KV Mannheim	Andere Aufteilung
Z 3	39	Ökologische Plattform	div. zu Punkt 1

Z 4	40	KV Esslingen	Für die Interessen der Beschäftigten umsteuern
Z 5	40	Ökologische Plattform	div. zu Punkt 2
Z 6	40	KV Kraichgau-Ne.-Odw.	Überschrift Punkt 3
Z 7	41	KV Kraichgau-Ne.-Odw.	Frauzentrierte Geburtshilfe
Z 8	41	KV Kraichgau-Ne.-Odw.	Care-Bewegung unterstützen
Z 9	41	KV Pforzheim – Enzkreis	Unterstützung von Wohnbaugesellschaften
Z 10	42	KV Brsg.- Hochschww.	Bedarfsgerechte Finanzierung von Kinderkliniken
Z 11	42	OV Zabergäu	Sozialökologische Raumplanung
Z 12	43	KV Pforzheim – Enzkreis	Krankenhäuser in öffentliche Hand
Z 13	43	KV Esslingen	Mehr klare Kante gegen Rechts
Z 14	44	KV Esslingen	Hunger durch Klimawandel bekämpfen
Z 15	44	KV Kraichgau-Ne.-Odw.	Bundeswehr an Schulen
Z 16	45	LAG Frieden	Bundeswehr an Schulen
Z 17	45	LAG Frieden	ICAN-Appell unterzeichnen
Z 18	45	KV Kraichgau-Ne.-Odw.	Grundlegend statt radikal
Z 19	45	KV Kraichgau-Ne.-Odw.	Soziale Frage und Klimaschutz gehören zusammen
Z 20	46	Ökologische Plattform	Komplettersetzung des Kastens

Anträge zur Wahlordnung

Nr.	Seite	Antragsteller*in	Begehrt
O 1	47	FDS	BPT-Delegiertenwahlen in Regionalversammlungen

Anträge zur Satzung

Nr.	Seite	Antragsteller*in	Begehrt
S 1	47	LAG Frauen	Paritätische Quotierung
S 2	48	LAG Frauen	Doppelt quotierte Redeliste

Leitantrag

des Landesvorstands DIE LINKE Baden-Württemberg für den Landesparteitag DIE LINKE Baden-Württemberg

Für eine feministische und sozialistische Kraft im Landtag

Grün-Schwarz in Baden-Württemberg steht nicht für einen sozialen und ökologischen Aufbruch, deswegen braucht es eine starke linke Kraft im Landtag.

Der Landesparteitag beschließt die Teilnahme der LINKEN an der Landtagswahl im Frühjahr 2021. Wir werden in allen 70 Wahlkreisen Baden-Württembergs antreten.

Der Landesparteitag wirbt dafür, dass in möglichst allen Wahlkreisen linke Frauen als Kandidatinnen oder als Zweitkandidatinnen für unsere Partei antreten. Auch 101 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts erschwert das Landeswahlgesetz noch immer massiv die Geschlechtergerechtigkeit im Landtag. DIE LINKE tritt deshalb für ein Landeswahlgesetz ein, das paritätisch besetzte Landeslisten vorsieht oder solche den Parteien zumindest ermöglicht.

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, ein landespolitisches Wahlprogramm zu erarbeiten das präzise, verständlich und kurz ist. Die Kreisverbände, der Jugendverband, der Studierendenverband und die Landesarbeitsgemeinschaften werden an der Erarbeitung frühzeitig beteiligt.

Ablaufplan

Das vorliegende 10-Punkte-Papier des Landesvorstandes, das Landtagswahlprogramm von 2016 und die kommunalpolitischen Eckpunkte dienen ab sofort als Arbeitsgrundlagen für eine stärkere Einmischung in aktuelle landespolitische Konflikte. Diese Positionen werden wir in den nächsten Monaten weiterentwickeln und eine Wahlstrategie erarbeiten. Zu Themen wie Wohnungspolitik, Verkehr, Klima und Umbau der Automobilindustrie sind Fachtagungen vorgesehen. Bis Sommer 2020 sollen die Kandidaturen in den 70 Wahlkreisen stattfinden. Im Herbst 2020 wird der Landesparteitag dann ein Landtagswahlprogramm beschließen und über die Spitzenkandidatur entscheiden.

Begründung

Wird aus Zeit- und Fristgründen nachgereicht

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 1
Antrag gestellt von	Kreisverband Schwäbisch Hall / Hohenlohe
Begehrt	Überschrift

Ergänzung des Wortes „weltoffene“ in der Überschrift

Der Landesparteitag möge beschließen, dass Wort „weltoffene“ vor „feministische“ in der Überschrift zu ergänzen. Die komplette Überschrift lautet dann: „Für eine weltoffene, feministische und sozialistische Kraft im Landtag“

Begründung:

Rechte Parteien sind auf dem Vormarsch, in Baden-Württemberg sitzt mit der AfD eine rechte Kraft im Landtag, selbige Partei fährt bei Wahlen im Osten Deutschlands ein Rekordergebnis nach dem Anderem ein. Bei der CDU denkt man teilweise darüber nach mit der AfD zusammen zu arbeiten und tut das auf kommunaler Ebene bereits vielerorts. Doch wer sind die ersten Leidtragenden einer rechten Politik? Die Politik der rechten richtet sich gegen viele, doch am am offensichtlichsten gegen Menschen mit ausländischer Herkunft und gegen die Schwächsten unter ihnen, gegen Geflüchtete. Andere Parteien stellen sich dem jedoch keineswegs entgegen – im Gegenteil, in Baden-Württemberg versucht die Grün-Schwarze Landesregierung sich immer wieder durch Abschiebungen zu profilieren. Hier haben wir als LINKE die klare Aufgabe uns dem entgegen zu stellen und die Menschen vor rechten Parteien zu schützen. Daher müssen wir dies gleich sichtlich machen, dass wir die einzige Partei sind, mit der es eine wirklich weltoffene Politik geben wird.

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 2
Antrag gestellt von	Mehrere Kreisverbände und Einzelpersonen
Begehrt	Überschrift

Zeile 5 („Für eine feministische und sozialistische Kraft im Landtag“) ersetzen durch:

Umdenken. Neudenken. Weiterdenken. Politikwechsel jetzt und mit uns.

Begründung:

Wenn wir in den Landtag einziehen wollen, müssen wir auch in den ländlichen Gebieten von bürgerlichen Wählern gewählt werden.

Durch den lange in Baden-Württemberg praktizierten Antikommunismus ist besonders das Wort „Sozialismus“ in den für uns kritischen ländlichen Räumen jedoch ein rotes Tuch.

Unser Gegenvorschlag versucht deshalb eine inhaltliche Brücke zu den Wählern zu bauen und zeigt unsere Vision von einem lebenswerten, sozialerem und ökologischerem Baden-Württemberg:

Umdenken: Die Welt ist im Wandel.

Weltweit wird der Klimawandel völlig zu Recht als ein dringendes Problem gesehen, wollen wir ihn in den Griff bekommen werden wir drastisch und konsequent umdenken müssen. Weiter wird und gehen durch den Wandel viele Arbeitsplätze verloren. Gerade in Baden-Württemberg wird die Autoindustrie in den kommenden Jahren massiv Stellen abbauen. Wir sind die einzige Partei die Umdenken will und die Konzepte von dem derzeitigen Sozialstaat hinterfragt und an einem neuen sozialen Sicherheitssystem arbeitet.

Neudenken: Wir - die neue Kraft im Landtag.

Wir werden einen frischen Wind in die Landespolitik bringen. Viele Blickwinkel und Fragen fehlen im Landtag und werden nicht gestellt: Wieso werden vor Ort Kliniken geschlossen? Warum müssen Kliniken überhaupt Gewinne abwerfen? Warum ist der ÖPNV in der Region nahezu nicht existent und trotzdem so teuer? Wie kann es sein, dass vielerorts immer noch kein ausreichend schneller Internetzugang bereitsteht?

Weiterdenken: Viele Gesetze sind viel zu kurz gedacht.

Ob Mindestlohn, sozialer Wohnungsbau oder die Mitpreislösung: Oft wird ein Problem von der Regierung erkannt und auch mit einem Gesetzentwurf oder Investitionen bearbeitet. Jedoch geht kaum einer der Entwürfe weit genug: Der nach wie vor viel zu geringe Mindestlohn führt in seiner jetzigen Form zu Altersarmut, der soziale Wohnungsbau hat viel zu wenige Fördermittel und die Mitpreislösung weist zu viele Lücken auf und geht gleichzeitig das Problem von schon zu hohen Mieten nicht an.

Wir stehen stattdessen für einen Politikwechsel der jetzt und mit uns in den Landtag einzieht!

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 3
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehrt	Von Anfang an

Die Zeilen „Die Kreisverbände, der Jugendverband, der Studierendenverband und die Landesarbeitsgemeinschaften werden an der Erarbeitung frühzeitig beteiligt.“

Ersetzen durch:

Die Kreisverbände, der Jugendverband, der Studierendenverband und die Landesarbeitsgemeinschaften werden an der Erarbeitung von Anfang an beteiligt.

Begründung:

Frühzeitig bedeutet, dass die Kreisverbände, der Jugendverband, der Studierendenverband und die Landesarbeitsgemeinschaften zu einem relativ frühen Zeitpunkt, also irgendwann vor dem LPT im Herbst 2020, der das Wahlprogramm beschließt, eingebunden werden. Frühzeitig kann auch der September 2020 sein, wenn der LPT im November stattfindet. Die Formulierung ist also so schwammig, dass sie vom Landesvorstand völlig frei interpretiert werden kann.

Wir hingegen glauben, dass das Wahlprogramm nur an Qualität gewinnen kann, wenn die Kreisverbände, der Jugendverband, der Studierendenverband und die Landesarbeitsgemeinschaften von Anfang an der Erarbeitung beteiligt werden.

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 4
Antrag gestellt von	KV Rhein-Hardt
Begehrt	Von Anfang an

Bei der Formulierung »Die Kreisverbände, der Jugendverband, der Studierendenverband und die Landesarbeitsgemeinschaften werden an der Erarbeitung frühzeitig beteiligt.« wird das Wort »frühzeitig« durch die Formulierung »von Anfang an« ersetzt.

Begründung:

Wir wollen eine Partei des Dialogs und der basisdemokratischen Mitbestimmung sein, dazu ist es unabdingbar, dass alle Strukturen der Landespartei von Anfang an in alle Willensbildungsprozesse, so auch in den Entwurf des Wahlprogramms mit einbezogen werden. Das Wort »frühzeitig« ist offen für Interpretationen und kann beliebig ausgelegt werden. Die Formulierung »von Anfang an« macht klar, dass dem Landesvorstand der Auftrag erteilt wird ein Programm gemeinsam mit den Strukturen zu entwerfen.

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 5
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehrt	Zeile 3

Die Zeilen „Grün-Schwarz in Baden-Württemberg steht nicht für einen sozialen und ökologischen Aufbruch, deswegen braucht es eine starke linke Kraft im Landtag.“

Ersetzen durch:

DIE LINKE in Baden-Württemberg steht für eine konsequente sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, angesichts der drängenden sozialen, ökonomischen, und ökologischen Probleme in unserem Bundesland und der Unfähigkeit - oder des Unwillens - bisheriger Landesregierungen, diese Probleme im Sinne der Bevölkerung anzugehen, braucht es eine starke linke Kraft, die für eine demokratische, feministische, soziale und ökologische Wende in der Landespolitik streitet.

Begründung:

Wenn der Landesvorstand schreibt „Grün-Schwarz in Baden-Württemberg steht nicht für einen sozialen und ökologischen Aufbruch, deswegen braucht es eine starke linke Kraft im Landtag.“, dann erklärt der Landesvorstand: Grün-Schwarz in Baden -Württemberg mach exakt das, was sie versprochen haben.

Der Koalitionsvertrag zwischen Grünen und CDU trägt den Titel „Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.“. Wie unschwer ersichtlich ist, taucht in der Überschrift das Wort "sozial" gar nicht auf. Und weil die grün-schwarze Koalition nicht für einen sozialen und ökologischen Aufbruch, den sie nie versprochen haben, steht, braucht es "eine starke Linke Kraft im Landtag"?

Nicht weil WIR als LINKE für eine konsequente sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, für eine demokratische, feministische, sozialistische und ökologische Wende in der Landespolitik stehen, wollen wir eine starke linke Kraft in den Landtag, sondern weil, andere etwas nicht sind, was sie nie sein wollten. Das ist so logisch, als würden wir erklären "Weil die Kühe keine Eier legen braucht es Karnickel im Landtag." Ok, kann man machen, ist aber nicht sinnvoll.

Diese Alternative erklärt kurz, knapp, prägnant, warum es eine Starke LINKE im Landtag braucht: nicht wegen den anderen, sondern wegen unserem Politikangebot.

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 6
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehrt	Zeile 5 Für eine feministische Wende

In Zeile 5 wird folgender Absatz eingefügt

Für eine feministische Wende

Das Konzept der Gleichberechtigung ist eigentlich ganz einfach: gleiche Rechte sowie öko-nomische Unabhängigkeit für alle, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder sozia-ler Lage.

Doch die Wirklichkeit sieht noch immer anders aus. Im Vergleich zu Männern verdienen Frauen noch immer weniger, leisten mehr Reproduktionsarbeit, sind verstärkt von Altersar-mut betroffen, erleben öfter sexuelle Belästigung und Gewalt und sind in politischen und öko-nomischen Machtpositionen unterrepräsentiert.

Trotz vieler feministischer Kämpfe ist der Sexismus nicht aus unserer Gesellschaft verbannt. Im Gegenteil: Sicher geglaubte Fundamente der Gleichstellung müssen wieder verteidigt werden. DIE LINKE steht für eine feministische Politik im Sinne der Gleichberechtigung aller!

Begründung:

Weil WIR als LINKE für eine konsequente sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, für eine demokratische, feministische, soziale und ökologische Wende in der Landespolitik stehen, wollen wir eine starke linke Kraft in den Landtag. Dieser Er-gänzung erklärt kurz, knapp, prägnant, warum es Für eine feministische Wende in Baden-Württemberg eine Starke LINKE im Landtag braucht.

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 7
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehrt	Zeile 5 Für eine ökologische Wende

In Zeile 5 wird folgender Absatz eingefügt

Für eine ökologische Wende

Seit rund zehn Jahren stellen die GRÜNEN in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten, für viele Menschen war dies mit der Hoffnung auf eine Wende hin zu einer nachhaltigeren Wirtschafts- und Umweltpolitik verbunden.

Doch die Realität sieht anders aus:

So wird etwa nach wie vor wird die Automobilindustrie in Baden-Württemberg hofiert.

Zukunftsweisende Lösungen für die ökologischen Krisen sucht man im Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNEN vergeblich, während die jüngsten Berichte des Weltklimarates zeigen, dass sich das Zeitfenster, das für ein radikales Umlenken in der Umweltpolitik zur Verfügung steht, in wenigen Jahren schließt.

Gerade die baden-württembergische Wirtschaft hat aber einen großen Anteil an den ökologischen Problemen Deutschlands, Europas und der Welt, DIE LINKE bietet deshalb demokratische, umfassende und machbare Strategien zur ökologisch und sozial verträglichen Konversion dieser Industrien an.

Begründung:

Weil WIR als LINKE für eine konsequente sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, für eine demokratische, feministische, soziale und ökologische Wende in der Landespolitik stehen, wollen wir eine starke linke Kraft in den Landtag. Dieser Ergänzung erklärt kurz, knapp, prägnant, warum es Für eine ökologische Wende in Baden-Württemberg eine Starke LINKE im Landtag braucht.

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	L 8
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehr	Zeile 5 Für eine soziale Wende

Für eine soziale Wende

Soziale Interessen sind im Landtag an den Rand gedrängt. Baden-Württemberg ist eines der reichsten und wirtschaftlich stärksten Bundesländer. Exporteinnahmen in Milliardenhöhe sind

Ausdruck dieses Reichtums. Gleichzeitig nehmen im reichen Baden-Württemberg Armut und die soziale Schieflage zu. Armut in einem reichen Land - dagegen wollen wir ankämpfen. Eine Bewegung von unten für mehr soziale Gerechtigkeit – das ist unser Ziel. Dabei werden wir uns auf die sozialpolitisch drängendsten Fragen in Land und Kommunen, etwa der Bildungspolitik, der sozialen Verdrängung und der Mietenproblematik, konzentrieren. Antworten darauf können beispielsweise sein: Ein landesweiter Mietendeckel auch für Baden-Württemberg, die Förderung des sozialen-öffentlichen Wohnungsbaus, Kostenfreie Kitas und freie Bildung für alle)

Begründung:

Weil WIR als LINKE für eine konsequente sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, für eine demokratische, feministische, soziale und ökologische Wende in der Landespolitik stehen, wollen wir eine starke linke Kraft in den Landtag. Dieser Ergänzung erklärt kurz, knapp, prägnant, warum es Für eine soziale Wende in Baden-Württemberg eine Starke LINKE im Landtag braucht.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 1
Antrag gestellt von	Landesvorstand
Begehrt	Mieten deckeln

Mieten deckeln!

Volksantrag gegen explodierende Mietpreise in Baden-Württemberg

DIE LINKE Baden-Württemberg initiiert nach Artikel 59 Absatz 2 der Landesverfassung einen Volksantrag mit dem Ziel landespolitische Maßnahmen zu ergreifen um die weitere Explosion der Mietpreise zu begrenzen und deutlich mehr öffentlichen und sozialen Wohnraum zu schaffen. Wir fordern den Landtag auf, alle nötigen Schritte zu ergreifen um:

1. Einen sechsjährigen Stopp der Mietpreiserhöhungen in sämtlichen Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt zu verhängen und
2. öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnraum mit unbegrenzter Sozialbindung in ausreichendem Umfang zu schaffen um die Wohnungsnot für alle betroffenen Bevölkerungsgruppen erfolgreich bekämpfen zu können.

Hintergrund: Wie läuft ein Volksantrag ab?

(Quelle: <https://www.volksantrag-bw.de/hintergrund/wie-laeuft-ein-volksantrag-ab/>)

Ein Volksantrag ist keine unverbindliche Unterschriftensammlung, sondern ein gesetzlich geregeltes Instrument der Bürgerbeteiligung. Anders als bei einer Petition, die eine Einzelperson an den Petitionsausschuss stellen kann, muss sich bei erfolgreicher Einbringung eines Volksantrages der Landtag damit beschäftigen und eine Entscheidung dazu fällen. Ein Volksantrag stellt also das Recht der Bürgerinnen und Bürger dar, eigene Gesetze in den Landtag einzubringen.

Ablauf des Verfahrens:

- I. Forderungen zu einem Mietendeckel in Ba-Wü formulieren und einreichen
Wir fordern den Landtag Baden-Württemberg auf gesetzliche Grundlagen für einen sechsjährigen Mietenstopp und für die umfassende Förderung des sozialen Wohnungsbaus in öffentlicher Hand vorzulegen und bestimmen Vertrauensleute.
- II. 40.000 Unterschriften sammeln
Ist das geschafft, dürfen wir den Antrag im Landtag vorstellen. Im betreffenden Ausschuss werden die Vertrauenspersonen eingeladen und können das Anliegen präsentieren.
- III. Der Landtag muss den Antrag behandeln & eine Entscheidung fällen
Nach der Vorbehandlung im Ausschuss gibt es im Landtag eine Abstimmung zum Antrag. Zuvor besteht natürlich noch die Möglichkeit ihn in Details abzuändern, wenn er nur so eine Mehrheit finden sollte.
- IV. Im Fall der Ablehnung: Möglichkeit des Volksbegehrens & landesweiter Abstimmung
Wird der Antrag abgelehnt oder in stark abgeschwächter Form beschlossen, können die Vertrauenspersonen entscheiden, ob das Ergebnis zufriedenstellend ist oder ob als nächstes ein Volksbegehren gestartet werden soll. Auf dieses kann (muss aber nicht), wenn die dann zu sammelnden Unterschriften von 10 Prozent aller Wahlberechtigten zusammen kommen, eine landesweite Volksabstimmung folgen.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 2
Antrag gestellt von	LAG Frieden
Begehrt	Gegen Defender 2020

DIE LINKE BaWü beteiligt sich an den Protesten gegen das NATO Militärmanöver Defender 2020. DIE LINKE fertigt dazu Sticker, Flyer und Transparente an, die wir zu den Protesten und zu den in diesem Jahr stattfindenden Ostermärschen benutzen können.

Finanzantrag: 500 Euro für die Erzeugnisse

Begründung: Defender 2020 ist das größte Militärmanöver nach Ende des sogenannten kalten Krieges was mit auf deutschem Boden stattfindet. Von Deutschland aus soll eine US Panzerdivision bis an die Ostgrenze verlegt werden. Dabei werden die Militäreinrichtungen in Ulm JSEC Kommando (Joint Support and Enabling Command) und das Europa-Kommando der US-Streitkräfte (EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen in BaWü mit eingebunden. Man rechnet auf

Militärseite mit etwa 37.000 Soldaten. Damit setzt sich der Trend fort, alle zwei Jahren ein Großmanöver in Europa durchzuführen. Somit wird auch das Manöver-hochrüsten weiter befeuert. Schon 2018 gab es das Russische Großmanöver Wostok mit 300.000 Soldaten und das Nato Manöver Trident Juncture 18 mit 50.000 Soldaten direkt an der estisch russischen Grenze statt.

Lasst uns mit der Friedensbewegung gemeinsam gegen das sinnlose und auf Eskalation ausgerichtete Defender 2020 protestieren.

Nähere Infos : <http://www.imi-online.de/2019/10/02/defender-2020/>

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 3
Antrag gestellt von	OV Bad Cannstatt
Begehrt	Mietenwahnsinn stoppen - Mietenaufstand organisieren

Beteiligung am Housing-Action-Day am 28.3.2020

Der Landesverband DIE LINKE Baden Württemberg unterstützt den bundesweiten Housing-Action-Day am Samstag 28.3.2020 und mobilisiert für die Demonstration in Stuttgart bzw. beteiligt sich oder initiiert lokale Bündnisse in andern Städten für weitere Demos in Baden Württemberg.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 4
Antrag gestellt von	KV Schwäbisch Hall / Hohenlohe
Begehrt	Keine Kooperation mit der AfD

Keine Zusammenarbeit mit der AfD (Alternative für Deutschland) auf kommunaler und Landes-ebene.

Es gibt keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD in Ortschafts-, Gemeinde- und Stadträten sowie in den Kreistagen und im Landtag.

Die Mandatsträger*innen der LINKEN stimmen in vorgenannten Gremien keinen vorgestellten und eingebrachten Anträgen der AfD zu.

Die Mandatsträger*innen der LINKEN erarbeiten eigene Themenfelder und Anträge, die sie in den Gremien einbringen.

Im Hinblick auf die kommende Landtagswahl in Baden-Württemberg, muss sich die LINKE landesweit eigenständig profilieren und etablieren.

Die AfD muss weiter aktiv und öffentlichkeitswirksam in die Schranken gewiesen werden.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 5
Antrag gestellt von	KV Rhein-Hardt
Begehrt	Die Linke als Partnerin von sozialen, ökologischen Initiativen

»Für eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft und eine selbstbestimmte Umweltpolitik vor Ort!

DIE LINKE in Baden-Württemberg begreift sich als verlässliche und konsequente politische Partnerin von selbstorganisierten sozialen und ökologischen Initiativen. Wo die Bevölkerung sich selbst im legitimen Widerspruch zu den Profitinteressen von Unternehmen - insbesondere der Ressourcenwirtschaft - organisiert, sollen sich Aktivist*innen auf die Unterstützung der Partei DIE LINKE vor Ort verlassen können. Wo der demokratische Widerstand gegen Bauprojekte, Rohstoffausbeutung und andere gravierende Eingriffe in die Umwelt über den "NIMBY-Effekt" (Not in my Backyard) hinaus geht, begleitet DIE LINKE die Schaffung und Umsetzung von basisdemokratischen Instrumenten wie Bürger*inneninitiativen durch die lokalen Bevölkerungen. Beispiele hierfür sind etwa die Bürger*inneninitiative "Rettet den Entenpfuhl!" im Rhein-Neckar-Kreis oder das "Bündnis zum Erhalt des Ochsenkopfs" in Heidelberg, sowie etliche andere Bündnisse, die sich vor Ort für einen Wandel der Umwelt- und Klimapolitik stark machen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg erkennt den besonderen gesellschaftlichen Wert von demokratisch organisiertem Protest und selbstbestimmten politischen Initiativen vor Ort an, und unterstützt ausdrücklich, dass zunehmend selbstorganisierte politische Initiativen neben die Instanzen der repräsentativen Demokratie treten, um die drängenden und lokal sehr unterschiedlichen Umweltproblematiken zu bearbeiten. DIE LINKE in Baden-Württemberg ermutigt ihre Mitglieder, sich in solchen demokratischen Bündnissen vor Ort einzubringen.

Mit dem Anspruch, die Partei der konsequenten sozial-ökologischen Transformation zu sein, geht dabei einher, dass DIE LINKE nicht nur zum kurzfristigen Erfolg der Initiativen beizutragen versucht, sondern dass durch progressives Einwirken in die Initiativen konstruktive und zukunftsweisende Lösungen gefunden werden sollen. In der Ressourcenwirtschaft bedeutet dies, nicht nur ein konkretes Vorhaben abzulehnen, sondern auch Lösungen anzubieten, wie mit dem zunehmenden Mangel an Rohstoffen in verschiedenen Bereichen umgegangen werden soll. Dies ist in Baden-Württemberg nicht nur eine kommunale Frage, sondern betrifft alle Ebenen der Politik.

DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert in diesem Zusammenhang die Landesregierung auf,

- die Entwicklung und Erprobung von Recyclingbaustoffen und Baustoffen aus erneuerbaren Rohstoffquellen stärker zu forcieren.
- sämtliche als Vorranggebiet für den Rohstoffabbau gekennzeichneten Areale in den Regionalplänen erneut kritisch überprüfen zu lassen.
- von der Bauwirtschaft ein ressourcenschonendes Wirtschaften einzufordern - und zwar rechtlich bindend.
- den Weg zu ebnen für Methoden und Technologien, die es erlauben, bei gleicher Sicherheit, weniger Rohstoffe beim Bau zu verbrauchen.
- Sanierung und längere Weiternutzung zu forcieren statt Abriss und Neubau.
- Bauvorhaben konsequent auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit überprüfen zu lassen.

Begründung:

Die zunehmende Knappheit essentieller Rohstoffe in der Bauwirtschaft, insbesondere von Sanden und Kiesen zur Herstellung von Beton, während gleichzeitig ein Ende des Baubooms in Baden-Württemberg nicht abzusehen ist, führt dazu, dass diese Ressourcen entweder lange Transportwege zurücklegen müssen, ehe sie am Bestimmungsort eingesetzt werden, oder dass durch immer neue Abbauvorhaben zunehmend wichtige Naturräume und landwirtschaftliche Flächen in Bedrängnis geraten.

Insbesondere, wo mit Zement, Beton und etwa Stahl gebaut wird, verschlingt die Bauwirtschaft nicht nur Unmengen an Rohstoffen, sondern hat auch einen erheblichen Anteil am Emissionsausstoß Baden-Württembergs. Ein ökologischer Ausgleich für neue Abbaustätten ist dabei immer schwerer möglich, wo entsprechende Ausgleichsflächen ausgewiesen werden, geschieht dies darüber hinaus häufig zuungunsten landwirtschaftlicher Flächen. Hiergegen konstituieren sich vielerorts selbstorganisierte Bündnisse und Initiativen aus der Bevölkerung, bei denen linke Umweltpolitik ansetzen kann und muss. So kann auch die Verankerung der Partei DIE LINKE vor Ort gestärkt werden. Neben der Stärkung von örtlichen basisdemokratischen Proteststrukturen muss allerdings in Anbetracht zunehmender Rohstoffknappheit für eine insgesamt ressourcenschonendere, nachhaltigere Bauwirtschaft eingetreten werden, in der Beton, Stahl, Zement und andere auf endlichen Ressourcen basierende Baustoffe durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen sind, und die dazu verpflichtet wird, möglichst ressourcenschonend zu arbeiten. Ebenso wichtig ist es, dass die Bauwirtschaft verpflichtet wird, bereits verbaute Ressourcen zu recyceln.«

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 6
Antrag gestellt von	KV Breisgau-Hochschwarzwald
Begehr	Die Linke soll Konnexitätsprinzip einfordern

Die LINKE - Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, die entstehenden Sozialkosten, die insbesondere durch das Bundesteilhabegesetz entstehen, sowie die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung zeitnah und vollumfänglich den Landkreisen nach dem Konnexitätsprinzip zu erstatten.

Begründung

Die Bundesregierung in Berlin und die Landesregierung beschließen Maßnahmen im sozialen Bereich wie das Bundesteilhabegesetz, die zum großen Teil durchaus berechtigt und sinnvoll sind. Diese Maßnahmen müssen von den Kommunen und Landkreisen umgesetzt werden und kosten diese hohe finanzielle Mittel. Diese müssen nach dem Konnexitätsprinzip vom Land vollumfänglich und zeitnah erstattet werden. Dies sind somit auch keine

„freiwilligen Leistungen“ des Landes, wie Finanzministerin Sitzmann es gerne hätte. Dies gilt auch für die Kosten der Unterbringung und Versorgung geduldeter Flüchtlinge.

Speziell in Breisgau-Hochschwarzwald besteht, das Problem, dass das Land Baden-Württemberg bis heute nicht die zugesicherte Übernahme für die Kosten der Flüchtlingsunterbringung von 2016 übernommen hat. Dies ist nicht nur ein Skandal gegenüber dem Kreis, sondern auch Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten und Neofaschisten.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 7
Antrag gestellt von	KV Breisgau-Hochschwarzwald
Begehrt	Die Linke soll Ausrufung des Klimanotstands einfordern

Die LINKE Baden-Württemberg fordert den Landtag auf, den Klimanotstand im Land Baden-Württemberg auszurufen.

Außerdem fordert sie, dass der Landtag die Landkreise dergestalt finanziell unterstützt, so dass diese gerade auch in der Fläche einen leistungsstarken und einen verlässlich funktionierenden ÖPNV verwirklichen können.

Begründung

Der Klimawandel und seine Folgen betreffen uns alle. Längst ist die Erderwärmung wahrnehmbar: Meeresspiegel steigen, Insektenarten verschwinden, doch es wird längst nicht genug gegen diese Entwicklung getan. Das muss sich endlich ändern! Es ist unerlässlich dass sich auch das Land Baden-Württemberg aktiv für eine Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes einsetzt. Die Ausrufung des Klimanotstandes sorgt für ein aktives Problembewusstsein und stößt unerlässliche Maßnahmen gegen die Entwicklungen der letzten Jahre und für eine umweltverträgliche und generationengerechte Landespolitik an.

Ein wesentlicher Punkt in der Bekämpfung der klimaschädlichen Treibhausgase ist die Reduzierung des Autoverkehrs und damit eine Stärkung des ÖPNVs.

Diese ist mit der bisherigen Infrastrukturpolitik nicht machbar.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 8
Antrag gestellt von	Solid
Begehrt	Ausweitung des Mutterschutzes

(1) DIE LINKE.Baden-Württemberg fordert die Ausweitung des Mutterschutzes auf Frauen mit Fehlgeburten und Schwangerschaftsabbrüchen.

(2) Die baden-württembergische Bundesparteitage-delegation bringt einen entsprechenden Antrag mit derselben Forderung auf dem nächsten Bundesparteitag von DIE LINKE. ein.

Begründung

Nach aktueller Gesetzeslage gilt der Mutterschutz ab der Feststellung der Schwangerschaft bis 8 Wochen nach Geburt bzw. Totgeburt. Mutterschutz bedeutet in dem Fall ein Beschäftigungsverbot der Mutter zum Zwecke der Erholung. Dies gilt nach aktuellem Stand nicht im Falle von Schwangerschaftsabbrüchen und Fehlgeburten (Gewicht des Fötus < 500g, bei Totgeburten > 500g). Der Schutz endet mit der Schwangerschaft. Gerechtfertigt wird dies, laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (bmfsfj), mit der vergleichsweise geringeren, körperlichen Regenerationszeit der Frauen im Vergleich zu einer Geburt oder Totgeburt. Die psychische Belastung wird hierbei völlig außer Acht gelassen. Hinzu kommt die Beendigung des Kündigungsschutzes bei Frauen mit Schwangerschaftsabbrüchen (§17MuSchG). Dieser Schutz sollte Frauen auch bei Abbruch und Fehlgeburt zustehen. Psychische Anforderungen müssen erkannt und berücksichtigt werden, um die geistige Gesundheit der Betroffenen zu schützen.

Quelle:

<https://www.bmfsfj.de/blob/94398/b235a06e6fa9ece3d1a6effbc5a510ee/mutterschutzgesetz-data.pdf>

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 9
Antrag gestellt von	Kreisverband Rhein-Hardt
Begehrt	Linke fordert nachhaltige Ressourcenwirtschaft ein

»Für eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft und eine selbstbestimmte Umweltpolitik vor Ort!

DIE LINKE in Baden-Württemberg begreift sich als verlässliche und konsequente politische Partnerin von selbstorganisierten sozialen und ökologischen Initiativen. Wo die Bevölkerung sich selbst im legitimen Widerspruch zu den Profitinteressen von Unternehmen – insbesondere der Ressourcenwirtschaft – organisiert, sollen sich Aktivist*innen auf die Unterstützung der Partei DIE LINKE vor Ort verlassen können. Wo der demokratische Widerstand gegen Bauprojekte, Rohstoffausbeutung und andere gravierende Eingriffe in die Umwelt über den "NIMBY-Effekt" (Not in my Backyard) hinaus geht, begleitet DIE LINKE die Schaffung und Umsetzung von basisdemokratischen Instrumenten wie Bürger*inneninitiativen durch die lokalen Bevölkerungen. Beispiele hierfür sind etwa die Bürger*inneninitiative "Rettet den Entenpfuhl!" im Rhein-Neckar-Kreis oder das "Bündnis zum Erhalt des Ochsenkopfs" in Heidelberg, sowie etliche andere Bündnisse, die sich vor Ort für einen Wandel der Umwelt- und Klimapolitik stark machen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg erkennt den besonderen gesellschaftlichen Wert von demokratisch organisiertem Protest und selbstbestimmten politischen Initiativen vor Ort an, und unterstützt ausdrücklich, dass zunehmend selbstorganisierte politische Initiativen neben die Instanzen der repräsentativen Demokratie treten, um die drängenden und lokal sehr unterschiedlichen Umweltproblematiken zu bearbeiten. DIE LINKE in Baden-Württemberg ermutigt ihre Mitglieder, sich in solchen demokratischen Bündnissen vor Ort einzubringen. Mit dem Anspruch, die Partei der konsequenten sozial-ökologischen Transformation zu sein, geht dabei einher, dass DIE LINKE nicht nur zum kurzfristigen Erfolg der Initiativen beizutragen versucht, sondern dass durch progressives Einwirken in die Initiativen konstruktive und zukunftsweisende Lösungen gefunden werden sollen. In der Ressourcenwirtschaft bedeutet dies, nicht nur ein konkretes Vorhaben abzulehnen, sondern auch Lösungen anzubieten, wie mit dem zunehmenden Mangel an Rohstoffen in verschiedenen Bereichen umgegangen werden soll. Dies ist in Baden-Württemberg nicht nur eine kommunale Frage, sondern betrifft alle Ebenen der Politik.

DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert in diesem Zusammenhang die Landesregierung auf,

- die Entwicklung und Erprobung von Recyclingbaustoffen und Baustoffen aus erneuerbaren Rohstoffquellen stärker zu forcieren.
- sämtliche als Vorranggebiet für den Rohstoffabbau gekennzeichneten Areale in den Regionalplänen erneut kritisch überprüfen zu lassen.
- von der Bauwirtschaft ein ressourcenschonendes Wirtschaften einzufordern – und zwar rechtlich bindend.
- den Weg zu ebnen für Methoden und Technologien, die es erlauben, bei gleicher Sicherheit, weniger Rohstoffe beim Bau zu verbrauchen.
- Sanierung und längere Weiternutzung zu forcieren statt Abriss und Neubau.
- Bauvorhaben konsequent auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit überprüfen zu lassen.

Begründung

Die zunehmende Knappheit essentieller Rohstoffe in der Bauwirtschaft, insbesondere von Sanden und Kiesen zur Herstellung von Beton, während gleichzeitig ein Ende des Baubooms in Baden-Württemberg nicht abzusehen ist, führt dazu, dass diese Ressourcen entweder lange Transportwege zurücklegen müssen, ehe sie am Bestimmungsort eingesetzt werden, oder dass durch immer neue Abbauvorhaben zunehmend wichtige Naturräume und landwirtschaftliche Flächen in Bedrängnis geraten.

Insbesondere, wo mit Zement, Beton und etwa Stahl gebaut wird, verschlingt die Bauwirtschaft nicht nur Unmengen an Rohstoffen, sondern hat auch einen erheblichen Anteil am Emissionsausstoß Baden-Württembergs. Ein ökologischer Ausgleich für neue Abbaustätten ist dabei immer schwerer möglich, wo entsprechende Ausgleichsflächen ausgewiesen werden, geschieht dies darüber hinaus häufig zuungunsten landwirtschaftlicher Flächen. Hiergegen konstituieren sich vielerorts selbstorganisierte Bündnisse und Initiativen aus der Bevölkerung, bei denen linke Umweltpolitik ansetzen kann und muss. So kann auch die Verankerung der Partei DIE LINKE vor Ort gestärkt werden. Neben der Stärkung von örtlichen basisdemokratischen Proteststrukturen muss allerdings in Anbetracht zunehmender Rohstoffknappheit für eine insgesamt ressourcenschonendere, nachhaltigere Bauwirtschaft eingetreten werden, in der Beton, Stahl, Zement und andere auf endlichen Ressourcen basierende Baustoffe durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen sind, und die dazu verpflichtet wird, möglichst ressourcenschonend zu arbeiten. Ebenso wichtig ist es, dass die Bauwirtschaft verpflichtet wird, bereits verbaute Ressourcen zu recyceln.«

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 10

Antrag gestellt von	EmaLi
Begehr	Linke fordert ausreichend Schutzraum für Frauen

Gegen Gewalt an Frauen – ausreichend Schutzräume in Frauenhäusern bereitstellen

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass von Gewalt betroffene Frauen unmittelbar einen Platz in einem Frauenhaus finden können – ganz gleich, ob in der Stadt oder auf dem Land. In den Kommunen, in denen bereits Frauenhäuser vorhanden sind, muss zunächst der tatsächliche Bedarf geprüft und gegebenenfalls die Kapazität erhöht werden.

In den Kommunen, in denen es überhaupt kein Frauenhaus gibt (laut Sozialministerium im Rhein-Neckar-Kreis, Main-Tauber, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Enzkreis, Rottweil, Freudenstadt, Böblingen und im Alb-Donau-Kreis), müssen kurzfristige Maßnahmen getroffen werden, um in akuten Notsituationen einen Schutzraum zur Verfügung stellen zu können – hier sind Kooperationen mit den umliegenden Kommunen auszubauen und zu fördern. Mittelfristig muss für eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern die sich als niedrigster Wert an den Empfehlungen des Europarats, der Istanbul-Konvention, von einem Frauenhausplatz (Bett) pro 7.500 Einwohner*innen oder einem Familienzimmer pro 10.000 Einwohner*innen orientieren, in ganz Baden-Württemberg gesorgt werden. Wir fordern darüber hinaus einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe für alle betroffenen Frauen.

Dazu muss die Finanzierung von Frauenhäusern sichergestellt werden.

Daher fordert DIE LINKE Baden-Württemberg eine pauschale, auf den vorzuhaltenden Plätzen basierende Finanzierung der Frauenhäuser direkt durch Landesmittel.

Begründung

Wie die dpa in einem Beitrag vom 11. November 2019 meldet, sind überfüllte Frauenhäuser in Baden-Württemberg mittlerweile ein unhaltbares Problem. So mussten in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr insgesamt 2.600 Frauen abgewiesen werden.

Der Europarat empfiehlt eine Kapazität von einem Frauenhausplatz (Bett) pro 7.500 Einwohner*innen oder einem Familienzimmer pro 10.000 Einwohner*innen.

In Baden württemberg wären das 1.493 Betten bzw. 1.120 Familienzimmer. Vorhanden sind real jedoch nur 341 Plätze für Frauen und 411 Plätze für Kinder in den 42 vom Land geförderten Frauenhäusern. Sogar das Sozialministerium beziffert die Zahl der fehlenden Plätze auf 633. [1] Diese Versorgungslücke ist ein Skandal. Hier muss die Baden-Württemberg Landesregierung unverzüglich tätig werden.

Die Anzahl der Schutzunterkünfte sollte sich jedoch nach dem tatsächlichen Bedarf richten. Sollte der tatsächliche Bedarf also höher ausfallen, so müssten weitaus mehr Plätze vorgehalten werden.

Dass diese Mindestkapazität völlig unzureichend ist, zeigt das Beispiel Stuttgart: Das dortige autonome Frauenhaus hatte 2017 mit 40 Plätzen 402 Anfragen - nur 25 Frauen und ihre Kinder konnten neu einziehen, 377 mussten sich anderweitig umsehen. [1]

Es zeigt sich hier deutlich, dass in Baden-Württemberg eine massive Unterversorgung an Frauenhäusern besteht. Große Versorgungslücken gibt es in neun Landkreisen ohne eigene Frauen- und Kinderschutzhäuser. Dies sind Rhein-Neckar-Kreis, Main-Tauber, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Enzkreis, Rottweil, Freudenstadt, Böblingen und dem Alb-Donau-Kreis.

Die momentane Finanzierungslage von Frauenhäusern richtet sich danach, wie viele Frauen aktuell in diesen untergebracht sind. Unterkunfts- und Betreuungskosten werden den Einrichtungen durch die Kommunen über Tagessätze für die einzelnen Frauen erstattet. Das wirtschaftliche Risiko wird somit auf die Einrichtungen abgewälzt, die die Plätze ja vorhalten müssen. Eine Pauschalfinanzierung ist dementsprechend essentiell, damit jederzeit allen Betroffenen von häuslicher Gewalt ein Notfallplan für den Ausweg aus ihrem toxischen und gewalttätigen Umfeld angeboten werden kann. Nur, wenn mindestens eine pauschale Sockelfinanzierung für die vorzuhaltenden Plätze gewährleistet wird, kann auch sicher gestellt werden, dass jederzeit ausreichend Plätze - und Betreuungsmöglichkeiten - zur Verfügung stehen. DIE LINKE Baden-Württemberg schließt sich damit der Forderung von Menschen an, die in Frauenhäusern arbeiten und denen die momentane, auf Tagessätzen beruhende Finanzierung zunehmend Probleme bereitet.

[1] <https://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article203410182/Haeusliche-Gewalt-Ueber-600-Plaetze-in-Frauenhaeusern-fehlen.html>, <https://www.sueddeutsche.de/leben/soziales-stuttgart-mehr-haeusliche-gewalt-und-frauenhaeuser-muessen-opfern-absagen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191112-99-688478>,

<https://bnn.de/lokales/enzkreis/haeusliche-gewalt-mehr-als-600-plaetze-in-frauenhaeusern-fehlen-im-suedwesten>,
https://www.morgenweb.de/startseite_artikel,-startseite-haeusliche-gewalt-nimmt-zu-mehr-als-600-plaetze-in-frauenhaeusern-fehlen-_arid,1552164.html

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 11
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehr	Die Linke fordert die Einhaltung Istanbul-Konvention ein

Gewaltschutz muss echter Gewaltschutz sein

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zu starten, um den Vorgaben der Istanbul-Konvention in Fragen des Gewaltschutzes nach Artikel 31 dieses Europarat-Übereinkommens in der Bundesrepublik Geltung zu verschaffen.

Derzeit sind Mütter gezwungen, immer wieder mit dem prügelnden Ex-Partner Kontakt zu haben, unter anderem um den Umgang mit den Kindern zu regeln. Auf diese Weise wird das Gewaltschutzgesetz ausgehöhlt. Dahinter verbirgt sich eine fragwürdige Logik: Wenn ein Mann seine Frau schlägt, muss er noch lange nicht schlecht zu seinen Kindern sein.

Die Bundesratsinitiative soll anstreben, das Gewaltschutzgesetz dahingehend zu ändern, dass Mütter im Namen ihrer Kinder beantragen können, dass sich die Väter ihnen nicht mehr nähern dürfen. Außerdem sollen sogenannte beschleunigte Verfahren, in denen Sorgerechtsfälle in der Regel verhandelt werden, in Gewaltbeziehungen nicht mehr ermöglicht werden.

Gewöhnlich sollen Familiengerichte bereits etwa einen Monat nach einem Umgangs- oder Sorgerechtsantrag eine Entscheidung treffen. Das geschieht jedoch häufig, ohne die Eltern angehört zu haben.

Begründung

Studien zufolge werden 70 Prozent der Frauen, die sich von ihrem gewalttätigen Mann getrennt haben, von ihm erneut geschlagen, wenn sie ihm die Kinder übergeben. In solchen Situationen wird aber auch über die Hälfte der Kinder misshandelt.

Die Trennungsphase ist für Frauen eine besonders gefährliche Zeit. Denn dann nimmt der Täter die Realität der Trennung wahr. Deshalb „schlage er umso kräftiger und umso häufiger zu.“ Die Gewaltstatistik des Bundeskriminalamtes zählt für 2018 insgesamt 140 755 Opfer von Partnerschaftsgewalt. 114 393 von ihnen waren weiblich, 324 haben die Angriffe nicht überlebt.

Artikel 31 dieses Europarat-Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen verlangt von den Regierungen der beteiligten Länder, dass diese mit Gesetzen für den Gewaltschutz sorgen müssen. Das ist in der Bundesrepublik noch nicht der Fall.

Bei der von der Bundesregierung großangelegten Reform des Umgangs- und Sorgerechts, für die das Justizministerium im nächsten halben Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen soll, ist bislang kein eindeutiger Gewaltschutz vorgesehen. Im Thesenpapier einer eigens für die Reform eingesetzten Arbeitsgruppe heißt es lediglich: „Auch die Gewaltfreiheit der Erziehung ist als Leitprinzip besonders hervorzuheben.“ Das zielt eher allgemein auf das Kindeswohl, nicht konkret auf den Schutz von Gewaltopfern. Die Vokabel Gewaltschutz taucht im Papier nicht ein einziges Mal auf.

Wir sagen: Das Umgangsrecht darf dem Gewaltschutz nicht zuwiderlaufen. Das Sorge- und Umgangsrecht darf die Gewaltfreiheit nicht torpedieren. Zugespitzt formuliert, sähe die verbesserte Rechtspraxis so aus: Wer schlägt, verliert jeden Anspruch, sein Kind zu sehen!

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 12
Antrag gestellt von	KV Esslingen
Begehr	Unterstützung von BM-Wahl-Kandidierenden

Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Bürgermeister*innen- und insbesondere die Oberbürgermeister*innenwahlen mehr in den Fokus genommen, Ressourcen bereit gestellt und Kandidierende vorbereitet und unterstützt werden.

Begründung: DIE LINKE erzielte ein beachtliches Ergebnis bei den Kommunalwahlen und konnte insgesamt die Anzahl der Mandate nicht nur bestätigen sondern vielerorts sogar steigern oder neu einziehen. Die Landtagswahl wirft ihren Schatten voraus, möglicherweise steht zuvor noch eine Bundestagswahl ins Haus.

Von der Partei DIE LINKE gänzlich unbeachtet, finden aber permanent Bürgermeister*innen und Oberbürgermeister*innenwahlen statt. Dort wo DIE LINKE antritt, erzielt sie auch bei diesen Wahlen respektable Anerkennungserfolge, beispielsweise erreichte Claudia Moosmann 2018 bei der OB Wahl 11,3%.

Auch wenn DIE LINKE in absehbarer Zeit eher kein Stadtoberhaupt stellen wird, geht es bei diesen Wahlen stets auch um linke Themen, die wir bislang nicht besetzen und die Auseinandersetzungen um die Sitze im Rathaus gehen derzeit meist noch spurlos vorbei.

Der Landesverband sollte deshalb, Mittel in die Hand nehmen, eine Kartierung der anstehenden Wahlen vornehmen und Interessierten ein Podium bieten, für gegenseitigen Austausch und Fortbildung in kommunalen Themen.

Selbst wenn der Einzug nicht gelingt, erscheint es dennoch ein probates Mittel, Mitglieder zu schulen, ihnen die Erfahrung eines Wahlkampf zu verschaffen und den Bekanntheitsgrad für die anstehenden Landtagswahlen zu steigern. Darüber hinaus scheint es vor allem unter den Neumitgliedern auch Politikwissenschaftler*innen zu geben, die einerseits kandidieren könnten, andererseits Interessierte mit ihrem Fachwissen unterstützen und so einen Beitrag zu Stärkung der Organisation leisten könnten.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 13
Antrag gestellt von	FDS
Begehr	Augen auf den ländlichen Raum

Der 7. Landesparteitag der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg möge beschließen, dass der Landesvorstand der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg damit beauftragt wird, insbesondere die Parteinfrastruktur im ländlichen Raum durch personelle Unterstützung vor Ort, Workshops, sowie Unterstützung bei dem Betreiben von Social Media-Accounts, voranzubringen. Auch die allgemeine Webpräsenz (Homepages der Kreisverbände e.g.) soll von Seiten des Landesvorstands unterstützt und kann bspw. unter anderem auch mit landespolitischen Inhalten gefüllt werden. Zum oben benannten Zweck soll der Landesvorstand in Kooperation mit den ländlichen Kreisverbänden auch eine speziell auf den ländlichen Raum zugeschnittene Kampagne erarbeiten.

Begründung

DIE LINKE scheitert seit ihrer Gründung in Baden-Württemberg daran, in den Landtag einzuziehen. Zwar sind wir in den Städten gut repräsentiert und fahren auch Ergebnisse ein, die sich durchaus sehen lassen können, doch im ländlichen Raum, respektive der „weiten Fläche“ sind wir wenig bis überhaupt nicht sichtbar – was auch, aber nicht nur daran liegt, dass zu wenig *wo*manpower* auf eine zu große Fläche verteilt ist. Wahlen, insbesondere Landtagswahlen, werden aber in der Fläche und nicht in den Städten gewonnen. Wenn wir ernsthaft an einem Einzug in den Landtag interessiert sind und diesen auch endlich umsetzen wollen, müssen wir als Partei einen deutlichen Fokus auf die Unterstützung der ländlichen Kreise legen.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 14
Antrag gestellt von	FDS
Begehr	Mehr Transparenz im Landesverband

Der 7. Landesparteitag der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg möge beschließen, dass der Landesvorstand/die Landesgeschäftsstelle dazu verpflichtet wird, sämtliche Beschlüsse, respektive entsprechende Protokolle, aus denen die Beschlusslage hervorgeht, der Organe der Landespartei, nach §16 (1) der Landessatzung, zeitnah und lückenlos allen Parteimitgliedern zugänglich zu machen. Eine Sofortinformation über die gefassten Beschlüssen von Sitzungen des Landesvorstands, Landesausschusses und Landesparteitags sind den Mitglieder binnen einer Woche per Mail zuzustellen.

Begründung

Die letzten dokumentierten Beschlüsse eines Parteitags auf der Homepage unserer Partei sind von der 1. Tagung des 4. Landesparteitags – also bereits über sechs Jahre her – und selbst dort ist nicht ablesbar, ob alle Beschlüsse des Landesparteitags dort dokumentiert sind oder ob es sich nur um einige wenige ausgewählte handelt. Die

Beschlusslage der Landespartei mit ihren beschließenden Organen muss jedoch vollumfassend nachvollziehbar sein und darf nicht selektiv kommuniziert werden, damit es den Mitgliedern möglich ist, sich selbstbestimmt und unbeeinflusst zu informieren. Kurz: Die Partei muss transparent und niedrigschwellig kommunizieren.

Bisher findet eine solche Kommunikation nicht statt, obwohl sie in der Landessatzung explizit gefordert wird, wie hier nachfolgend aufgeführt:

Landesvorstand (§22 (8) Landessatzung):

Der Landesvorstand ist gegenüber dem Landesparteitag rechenschaftspflichtig. Über seine Arbeit und Beschlüsse sind der Landesausschuss, und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit alle Mitglieder des Landes- und ggf. des Jugendverbandes umfassend zu unterrichten.

Landesausschuss (§23 (2) Landessatzung):

Der Landesausschuss fördert und unterstützt die Zusammenarbeit der Kreisverbände. Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen. Er gewährleistet die gegenseitige Information und die Koordination zwischen den Kreisverbänden, dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion, insbesondere bei Kampagnen und Wahlen.

Zusätzlich heißt es zur innerparteilichen Transparenz in §30 Landessatzung:

(1) Die Organe der Partei beraten sowohl auf Landesebene als auch auf Kreisebene grundsätzlich parteiöffentlich.

[...]

(5) Auf der Homepage der Partei werden alle Termine des geschäftsführenden Landesvorstands und alle Termine und Beschlüsse des Landesvorstands rechtzeitig bzw. zeitnah veröffentlicht.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 15
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehr	Transparenz / Erledigungskontrolle

Der Landesvorstand wird aufgefordert, in geeigneter Weise den Tagungen des Landesparteitages über den Umgang mit beschlossenen Anträgen zu berichten.

Der Landesvorstand wird aufgefordert, in geeigneter Weise den Tagungen des Landesparteitages über den Umgang mit und die Ergebnisse von in die Gremien verwiesenen Anträgen, Inhalten und Arbeitsaufträgen zu berichten.

Des Weiteren wird der Landesvorstand aufgefordert, der Partei die Beschlüsse der Landesparteitage auf geeignete Wege zugänglich zu machen.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 16
Antrag gestellt von	FDS
Begehr	Wechselnde Parteitagsorte

Der Landesparteitag tagt künftig an wechselnden Orten. Dabei werden alle vier Regierungsbezirke berücksichtigt.

Begründung

Seit Gründung der LINKEN. Baden-Württemberg tagt der Landesparteitag bisher ausschließlich in und um Stuttgart.

Der Landesparteitag der LINKEN. Baden-Württemberg tagt seit Gründung des Landesverbands bisher ausschließlich in und um Stuttgart. Die Scheu vor Veränderung in unserem Landesverband ist dabei so groß, dass selbst bei Nichtverfügbarkeit unserer derzeitigen Tagungsorte ein Ausweichen in andere Städte vermieden wird. Stattdessen verschiebt der Landesvorstand den aktuellen Parteitag satzungswidrig (sic!) in das darauffolgende Kalenderjahr. Dabei bietet ein regelmäßiger Wechsel des Tagungsorts eine Vielzahl von Chancen und erhöht die landesweite Sichtbarkeit der LINKEN.

Parteiaufbau und der ländliche Raum sind Themenstellungen, die unseren Landesverband regelmäßig umtreiben. Einigkeit herrscht in aller Regel darin, dass wir auch außerhalb der Großstädte Präsenz zeigen müssen. Eine Partei, die in den Landtag einziehen will, muss auf das Land zugehen. Mit Sitzungen des Parteitags jenseits der

Landeshauptstadt binden wir einerseits die jeweiligen Kreisverbände stärker in die Landespolitik ein und erhöhen andererseits die Chancen auf mediale Sichtbarkeit der LINKEN insbesondere in lokalen Presseerzeugnissen.

DIE LINKE. Baden-Württemberg ist nicht nur neben der FDP die einzige größere Partei im Land, die ihre Parteitage stets in derselben Stadt austrägt, sie ist auch der einzige Landesverband der LINKEN in einem deutschen Flächenland, der dies tut.

Dabei haben grade die Genossinnen und Genossen in anderen Flächenlandesverbänden gute Erfahrungen mit wechselnden Parteitagorten gemacht. Angeführt seien hier etwa die GenossInnen aus Bayern, die noch weiter als in diesem vorliegenden Antrag gefordert gehen und seit Jahren nicht mehr in ihrer Landeshauptstadt getagt haben – dafür aber in Kleinstädten.

Die starke Zentrierung des Landesverbands auf den Großraum Stuttgart trennt viele Basismitglieder in den ländlicheren Kreisverbänden von der Landespolitik – und es trennt die Landespolitik der LINKEN von den ländlichen Regionen. Unsere politische Konkurrenz im Land zeigt, dass es möglich ist, einen Parteitag etwa in Reutlingen (CDU), Donaueschingen (SPD), Heidenheim (Grüne), Karlsruhe (FDP) oder Rastatt (AfD) auf die Beine zu stellen. Warum schaffen wir es also nicht, zumindest mal in Freiburg, Mannheim und Tübingen zu tagen?

Der wechselnde Tagungsort wird vom Landesvorstand zum einen aus finanziellen Gründen abgelehnt. Zum einen bieten aber zumindest die Großstädte eine ähnlich gute Infrastruktur und Anbindung. Zum anderen dürfen wir diese Frage auch nicht nur finanziell betrachten. Viel wichtiger ist das politische Zeichen, das von dieser Entscheidung abhängt: Beschränken wir uns auf den Speckgürtel oder gehen wir selbstbewusst hinaus ins Land und setzen auch ein deutliches Signal der Unterstützung für unsere GenossInnen im Land. Zeigen wir Präsenz in ganz Baden-Württemberg. Denn dort wird sich entscheiden, ob wir 2021 in den Landtag einziehen werden – nicht in Stuttgart.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 17
Antrag gestellt von	KV Schwarzwald-Baar-Heuberg
Begehr	Sprachregelung bezüglich des dritten Geschlechts "Divers"

Dass es eine gesetzliche Regelung bezüglich des dritten Geschlechts gibt, ist dem Grunde nach gut.

Was hingegen bisher fehlt, ist eine Regelung bezüglich des Sprachgebrauchs mit Bezug auf diese Personengruppe. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass das Gesetz geschaffen wurde, um Diskriminierungen gegenüber diesem Personenkreis zu verhindern, liegt hier eindeutig ein Defizit vor.

Deshalb soll beantragt und beschlossen werden, - zumindest parteiintern - die Benennung von Personen mit der Geschlechtsbezeichnung " divers " mit einem eigenständigen Sprachgebrauch anzusprechen.

Um nichts vorwegzunehmen, werden im Verlauf dieses Textes noch weiterhin die üblichen maskulinen und femininen Wortformen verwendet.

Begründung

Eine Begründung dieses Antrags wird bei uns noch kreisverbandsintern erarbeitet und wird danach - rechtzeitig - nachgereicht werden.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 18
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehr	Digitalpolitische Leitlinien

Innerhalb des Landesverbandes DIE LINKE. Baden-Württemberg werden in den nächsten beiden Jahren digitalpolitische Leitlinien erstellt.

Das Thema ist dabei als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft. Der Landesvorstand benennt dazu einen oder mehrere Verantwortliche und bestellt eine Arbeitsgruppe, die mit der Erarbeitung der Leitlinien beauftragt wird.

Der grundsätzlich offenen Arbeitsgruppe sollen Mitglieder des Landesverbandes (insbesondere der landesweiten Zusammenschlüsse), einer etwaigen Landtagsfraktion, interessierte Partner*innen (z.B.

Gewerkschaftsvertreter*innen, Vertreter*innen der Sozialverbände) und Spezialist*innen angehören, die mit dem Thema befasst sind.

Aufgabe ist es zum einen, die Potentiale digitaler Technologien zu untersuchen und zu verstehen sowie dieses Wissen zu vermitteln, aber vor allem auch die Chancen und Risiken des digitalen Wandels und seine Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft zu analysieren und darzustellen.

Resultierend aus den Erkenntnissen sollen die Leitlinien linke Handlungsfelder aufzeigen und konkrete – auch landespolitisch und kommunalpolitisch relevante – politische Forderungen formulieren. Der Landesvorstand befasst sich regelmäßig einmal im Halbjahr mit dem aktuellen Stand der Erarbeitung der Leitlinien.

Ein erster Zwischenstand wird der Parteiöffentlichkeit auf dem Landesparteitag [alternativ: einer extra dazu einberufenen Versammlung] Ende 2020 vorgestellt und angemessen debattiert. Ziel ist es, die Leitlinien auf dem Landesparteitag Ende 2021 zu verabschieden.

Begründung:

Die Digitalisierung hat inzwischen längst Einzug in weite Bereiche des Alltags gehalten, und dennoch ist dies nur der Anfang einer Entwicklung, die die Gesellschaft grundlegend verändern wird. Flächendeckendes schnelles Internet gilt inzwischen als entscheidender Standortfaktor. Sensoren überwachen immer mehr Bereiche des täglichen Lebens und generieren ungeheure Datenmengen. Künstliche Intelligenz erleichtert Diagnoseverfahren, steuert Verkehrsflüsse oder fällt Entscheidungen. Vollautomatische Fertigungsanlagen und Telearbeit erleichtern die Arbeitswelt. Wir erleben derzeit einen gewaltigen Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte. Viele verbinden die Entwicklung mit der Aussicht auf ein besseres Leben.

Die Chancen für die Erfüllung der alten Gewerkschaftsforderung nach einer drastischen Verkürzung der Lohnarbeitszeit steigen mehr denn je.

Auf der anderen Seite stehen zahlreiche bereits heute absehbare Risiken. So geht die Weltbank in ihrem Jahresbericht von 2016 zwar davon aus, das mit der Digitalisierung riesige Wohlstandsgewinne verbunden sind, diese jedoch nur einer kleinen Schicht von Wohlhabenden und hoch Gebildeten zufließt. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO warnt, sofern hier nicht gegen gesteuert wird, vor dem weltweiten Entstehen digitaler Tagelöhner als neuer Unterschicht, während die Unternehmensgewinne steigen und die großen Vermögen über alle vorstellbaren Maße wachsen.

Eine Debatte darüber, wie alle Menschen an den positiven Aspekten der Digitalisierung beteiligt und ein weiteres Umgreifen prekärer Lebensverhältnisse verhindert werden kann, ist notwendig. Ideen wie eine Maschinensteuer zur Finanzierung eines Grundeinkommens liegen auf dem Tisch, werden jedoch nicht ernsthaft verfolgt. Auch die ökologischen Risiken der Digitalisierung werden aktuell überhaupt nicht diskutiert. Regelmäßig angestellte Schätzungen gehen davon aus, dass allein der Betrieb des Internet aktuell für rund ein Zehntel des Weltenergiebedarfs verantwortlich ist. Dabei steigt das Datenaufkommen aktuell weiter stark an. Das „Internet der Dinge“, autonomes Fahren, „smart city“ oder „smart home“ werden zu einem exponentiell steigenden Datenaufkommen führen. Die Internetkonzerne nutzen Ihre technologischen Möglichkeiten und riesigen Datensammlungen zur immer weiteren Ausdehnung ihrer zunehmend monopolartigen Marktmacht und Verdrängung alternativer Möglichkeiten und schaffen so immer mehr Abhängigkeiten.

Dies wirft nicht nur Fragen des Datenschutzes, der Datennutzung entsprechend der notwendigen Zweckbestimmung und der individuellen Freiheitsrechte auf, sondern zieht auch einen stetig steigenden Energiebedarf nach sich. Viele Zukunftstechnologien sind ohne ein leistungsfähiges Mobilfunknetz nicht denkbar. So wird einerseits immer wieder der Slogan von 5G an jeder Milchkanne bemüht. Andererseits finden ernsthafte Untersuchungen zu den möglichen ökologischen und gesundheitlichen Risiken eines flächendeckenden Mobilfunks nicht statt. Zu groß ist der Druck der Wirtschaft auf Politik und Gesellschaft im internationalen Standortwettbewerb vorn dabei sein zu müssen. Ebenso wenig werden derzeit ethische Fragen diskutiert. Treffen Algorithmen und künstliche Intelligenz objektiv richtige Entscheidungen oder geben sie nur vorher implementierte subjektive Vorstellungen von wahr und falsch wieder? Was bewirkt die Entwicklung in der Rüstung? Welche Auswirkungen hat das auf die menschliche Gesellschaft, wenn zunehmend Entscheidungen an digitale Systeme und künstliche Intelligenz abgegeben werden? Wo muss der Mensch das letzte Wort haben? Wir wollen nicht gute Ideen bremsen oder verhindern – im Gegenteil. Was gut und nützlich ist, soll zügig umgesetzt werden. Wir wollen aber, dass die Entwicklung allen Menschen zu Gute kommt und nicht wenigen.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 19
Antrag gestellt von	Bimmerle / Kenk
Begehr	Transformation gestalten

Die digitale Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt in Baden-Württemberg von links gestalten"

Der Landesparteitag der LINKEN Baden-Württemberg beschließt, dass die LAG Digitale Linke mit entsprechenden Interessierten, den Fachpolitiker*innen und dem Landesvorstand sowohl einen Beitrag zum Landtagswahlprogramm verfasst als auch eine landespolitische Grundsatzpositionierung im Bereich der Industrie 4.0 erarbeitet, die aufbauend ist auf den ersten Positionierungsentwurf

Begründung:

Die Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft werden zu grundlegenden Veränderungen unserer Arbeits- und Lebensweise führen. Damit einhergehend sind neue Herausforderungen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verbunden. Veränderung bedeutet immer Risiko und Chance zugleich. Risiko, dass sicher geglaubte Errungenschaften verloren gehen. Zunahme der Arbeitslosigkeit, der weitere Anstieg prekärer Verhältnisse sowie dauerhafter Wirtschaftsabschwung sind einige der Risiken. Chance, dass wir dadurch ein besseres Leben für alle erreichen können durch erhöhten Wohlstand und verkürzte Arbeitszeiten beispielsweise. Wir wollen diese radikalen Umbrüche in der Ökonomie dafür nutzen eine demokratische wie solidarische Gestaltung von Produktion und Verteilung herzustellen und aus der Perspektive eines sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem diese Veränderungen gestalten.

Gerade Baden-Württemberg wird von diesen Umbrüchen stark betroffen sein. Derzeit ist Baden-Württemberg unter den wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa und auch bei der Frage der Innovationen führend: In Baden-Württemberg werden 4,9 Prozent des Bruttoinlandprodukts in Forschung und Entwicklung investiert - Platz 1 unter 97 EU Regionen. Dies macht sich auch an der vergleichsweise niedrigen Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg bemerkbar.

Jedoch ist sie hochgradig anfällig für die globalen Entwicklungen. Geprägt durch vergleichsweise hohen Anteil an verarbeitender Industrie - vor allem in den Bereichen Automobilindustrie und Maschinenbau - ist Baden-Württemberg als Exportland enorm abhängig von der globalen Nachfrage. Gerade hier wird durch die Einsatz von intelligenter Produktionssteuerung und weiteren technologischen Veränderungen ein enormer Einfluss erwartet. Außerdem sorgt der hohe Kapitalbedarf im Bereich der Digitalisierung für Herausforderungen der von kleinen und mittleren Unternehmen gezeichneten Struktur. Weiterhin ist die Automobilindustrie abseits technologischer Umbrüche bereits stark unter Druck aufgrund der Klimakrise.

Wir erleben bereits erste Vorboten einer möglichen negativen Entwicklung: Erstmals seit sechs Jahren ist die Wirtschaft in Baden-Württemberg im Vorjahresvergleich in einem Quartal wieder geschrumpft. Im zweiten Quartal 2019 - also zwischen April und Juni - ist die reale Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gesunken. Ein weiterer konjunktureller Abschwung erscheint wahrscheinlich. Allein durch die Krise der Automobilindustrie werden zahlreiche Arbeitsplätze in Gefahr sein. 500 000 Arbeitsplätze hängen an der Autoindustrie - also mehr als zehn Prozent aller Jobs.

Daher erscheint es uns als eine dringende Notwendigkeit, dass wir als LINKE Baden-Württemberg ein politisches Konzept zur Gestaltung der Transformation der Wirtschaft vorlegen, um die Herausforderung der vielfältigen Umbrüche zu meistern.

Dies legen wir hiermit in einem ersten Entwurf zu

Die digitale Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt in Baden-Württemberg von links gestalten

Die Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft werden zu grundlegenden Veränderungen unserer Arbeits- und Lebensweise führen. Damit einhergehend sind neue Herausforderungen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verbunden. Baden- Württemberg wird mit seiner derzeitigen industriepolitischen Ausrichtung von enormen Umbrüchen betroffen sein - nicht nur in der Automobilindustrie, sondern der gesamten stark exportabhängigen Unternehmen. Um diese Veränderungen sozial und im Interesse der Beschäftigten und der Bevölkerung zu gestalten, setzen wir uns als LINKE Baden-Württemberg hierfür ein:

1. Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Dauerstress

Um den Veränderungen der Arbeitswelt in Baden-Württemberg durch die Digitalisierung zu gestalten, treten wir als LINKE ein für

- die Offensive zu einer Arbeitszeitverkürzung. Durch den technologischen Wandel werden Jobs entfallen und im Zuge dessen wollen wir eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich erkämpfen. Das bedeutet ein neues Normalarbeitsverhältnis um die 30-Stunden-Woche — mit selbst bestimmbar Arbeitszeiten zwischen 28 und 35 Stunden. Das Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung muss auf alle Beschäftigten ausgeweitet werden. Dazu gehört auch eine Verkürzung der Wochenhöchst Arbeitszeit auf

40h, das Recht auf Auszeiten und die Erhöhung des Mindesturlaubsanspruch im Bundesurlaubsgesetz auf 30 Werktage

- eine Initiative für mehr Zeitsouveränität und einer Arbeitszeitverkürzung starten und mit einem Pilotprojekt im öffentlichen Dienst beginnen. Hier wollen wir in einem ersten Testversuch die 30h Woche sowie die 4-Tage-Woche praktizieren. Auch soll im Dialog mit Gewerkschaften und Wirtschaftsvertretern eine mögliche Umsetzung in der Privatwirtschaft forciert werden und ggf. mit Fördermittel begleitet werden.
- das Recht auf Weiterbildung für jede*n. Dazu gehört auch ein vollständiger Lohnausgleich durch Unternehmen und Staat bei Geringverdiener sowie ein partieller Ausgleich für Menschen mit hohem Einkommen. Hierfür soll ein Weiterbildungsfonds etabliert werden, der durch eine jährliche Sonderabgabe der Unternehmen finanziert wird. Neben dem bundespolitische Einsatz wollen wir die Einrichtung eines Landesfonds für Weiterbildung für die Beschäftigten. Dieser soll aus Teilen der Landeseinnahmen aus der Lohnsteuer errichtet werden und Menschen mit besonderem Förderanspruch bei einer Weiterbildung zu unterstützen, z.B. durch eine Kostenübernahme der Weiterbildung oder einem Lohnausgleich.
- Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors: Um auf den möglichen Verlust von Arbeitsplätzen zu reagieren, brauchen wir die Einrichtung eines großen öffentlichen Beschäftigungssektors durch das Land.
- die Einrichtung von Stellen für „Gute Arbeit“ auf kommunaler Ebene sowie Landesebene finanziert durch Landesmitteln, Diese sollen Leitlinien für „Gute Arbeit“ in den Kommunen entwickeln, die Implementierung eines qualifiziertes Beratungsangebots für Bürge*innen vorantreiben sowie „Gute Arbeit“ in der kommunalen Wirtschaft als Standard etablieren.
- über Beratungsstellen das Projekt der „Humanisierung der Arbeit“ vorantreiben. Ein Fokus soll hierbei auf die Etablierung von teilautonomen Arbeitsgruppen in die Unternehmensstruktur sein, die den Mitarbeitern die Möglichkeit selbständig das Organisations- und Planungsmanagement zu betreiben und entsprechend Aufgaben zu verteilen. Auch soll im Rahmen der Beratungsstellen über den Abbau von Hierarchien in den Unternehmensstrukturen und Möglichkeiten zur Flexibilisierung und Verkürzung von Produktentwicklungszyklen durch eine andere Unternehmensstruktur beraten werden.

2. Innovationen vorantreiben durch kooperative Netzwerke

Um die Wirtschaft in Baden-Württemberg nachhaltig weiterzuentwickeln und auf neue Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung vorzubereiten, muss die Vorreiterrolle im Bereich der Innovationen aufrechterhalten werden. Für uns sind dabei drei Punkte wesentlich:

- Wir brauchen einen zivilgesellschaftlichen Dialog aller Beteiligten, um langfristige strategische Schwerpunktsetzungen zu entwickeln. Wir fordern daher die kontinuierliche Einsetzung eines Innovationsrats für Baden-Württemberg, bestehend aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Unternehmen. Aufgaben sind dabei unter anderem eine Analyse der landesweiten, branchenübergreifenden Entwicklungen und die Ableitung von Handlungsmaßnahmen für die strategische Ausrichtung der Digitalisierungs- und Innovationsstrategie des Landes. Diese soll sowohl den profitorientierten als auch nicht profitorientierten Sektor umfassen. Der Innovationsrat soll im Gegensatz zu seinen historischen Vorgängern pluralistisch besetzt und politisch unabhängig sein. Der Innovationsrat soll durch Zukunftsräte für einzelne Branchen ergänzt werden. In diesen sollen gemeinsam mit Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft inklusive der Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen über die Gestaltung des Transformationsprozess der einzelnen Industrien gesprochen werden und gemeinsam Maßnahmen ausgearbeitet werden, wie diese Branchen zukunftsfähig aufgestellt werden.
- Wir setzen auf eine kooperative Ökonomie statt vereinzelte Forschung & Entwicklung. Nur im gemeinsamen Austausch wird das gesamte Innovationspotenzial ausgeschöpft. Dazu braucht es einen weiteren Ausbau von Beratungsstellen und Stärkung der Transferzentren. Der neugeschaffene landesweite Innovationsrat soll ergänzt werden durch regionale Innovationsagenturen, die vor allem beim Wissensaustausch zwischen Unternehmen und Wissenschaft unterstützen sollen sowie methodisch bei der Innovationsfindung unterstützen sollen. ein landesweites Innovationsnetzwerk, vor allem aus kleinen und mittleren Unternehmen, schaffen, das im Sinne einer „Open Innovation“ Strategie gemeinsam an Innovationen in bestimmten Branchen arbeitet, die allen zu Verfügung steht. So begegnen wir Herausforderungen bei Kosten und fehlenden Fachkräften, die gerade bei kleineren Unternehmen auftreten und entwickeln die Wirtschaft in Baden-Württemberg zu einer kooperierenden Wirtschaft weiter.
- Wir wollen auch gesellschaftliche Innovationen fördern. Eine alleinige Fokussierung von Innovationen auf Wachstum und Profitmaximierung lehnen wir ab. Daher fordern wir eine generelle Überarbeitung der Digitalisierungs- und Innovationsstrategie des Landes mit dem Ziel, wie wir Innovationen im nicht-profitorientierten Bereich fördern, um gesellschaftlichen Mehrwert zu erzeugen. Dazu gehört die Einführung

eines sozialen Innovationsfonds, um neuartige Ansätze zur Verbesserung des täglichen Lebens in einer ersten Anschubfinanzierung anzustoßen und zu realisieren.

3. Von der Innovation über das Start-Up zu einem sozialen Unternehmen

Um auch zukünftig gute Arbeit in Baden-Württemberg in ausreichender Anzahl sicherzustellen, ist die Förderung von Start-Ups ein wichtiges Anliegen einer Wirtschaftsförderung. Hierbei legen wir als LINKE auf folgendes Wert:

- Wir unterstützen den Ausbau von Existenzgründungszentren. Die Vergabe dieser Flächen und öffentlicher Finanzierungsinstrumente soll jedoch an soziale, ökologische und demokratische Kriterien in der Wirtschaftsförderung geknüpft werden.
- Außerdem ist es uns ein wichtiges Anliegen die Beteiligung der Mitarbeiterinnen am Unternehmen auszuweiten. Daher unterstützen wir im besonderen Maße Genossenschaften und andere belegschaftsgeführte Unternehmen. Wir fordern daher eine spezielle Landesförderstrategie für entsprechende Unternehmen genauso wie für soziale Unternehmen sowie eine Bevorzugung in den bisherigen Förderprogrammen.
- Bei der Vergabe von Fördermittel wird gezielt die Beteiligung an strategisch wichtigen Unternehmen als entsprechende Rückzahlung von Mitteln realisiert. Wir wollen die Beteiligung von Mitarbeitern und der Gesellschaft von Unternehmen mit hoher strategischer Funktion sicherstellen.

4. Die richtige Finanzierungsstrukturen und ausreichende Fördermittel sicherstellen.

Für den Erfolg der Finanzierungsmittel braucht es weitere Anstrengungen zur Bündelung der Fördermittel durch zentrale Anlaufstellen für Unternehmen und Kommunen. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass diese überhaupt in Anspruch genommen werden.

- Um die Voraussetzung für die Vorbereitung vieler Unternehmen und der Bürger*innen für die Digitalisierung überhaupt zu schaffen, braucht es den verstärkten Breitbandausbau im ländlichen Raum. Dafür müssen die Landesmittel erhöht werden und noch stärker in Richtung der Förderung des ländlichen Raums fokussiert werden.
- Wir wollen bei der Forschungsförderung stärker kooperative Ansätze von verschiedenen Unternehmen, Hochschuleinrichtungen und anderer Organisationen fördern, um damit Kooperationsnetzwerke zu stärken als die einzelbetriebliche Förderung. Wir wollen die direkte Forschungs- & Entwicklungsförderung von Investitionen ausweiten statt per Gießkanne subventionieren. Daher lehnen wir auch eine generelle bundesweite Regelung von einer steuerlichen Erleichterung von Forschung & Entwicklung ab. Davon profitieren vor allem große Unternehmen - Im Fokus der LINKEN stehen speziell kleine und mittlere Unternehmen (kmU)
- Wir unterstützen die aktuell vorhandenen Finanzierungsstrukturen der Landesbank Baden-Württemberg z.B. beim Wagniskapital für die Förderung von Start-Ups. Bei der Fördermittelvergabe sollen jedoch stärker soziale, demokratische und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Diese wollen wir in allen Finanzierungen seitens der öffentlichen Hand sicherstellen.
- Beim Ausbau von Existenzgründungszentren sollen entsprechende Fördermittel seitens des Landes gezielt an strukturschwächere Regionen erfolgen, um hier wirtschaftliche Impulse zu setzen

5. Kapitalistische Plattformökonomie zurückdrängen und unter öffentliche Kontrolle bringen

Immer stärker drängen digitale Plattform-Unternehmen wie AirBnB, Crowdfunding Organisationen, Lieferando, Uber, etc. auf den Markt oder sind bereits fest verankert - neben bereits bestehender digitaler Player wie Google, Facebook & Co. Deren Geschäftsmodell besteht nicht nur wesentlich darauf Monopolstellung auf dem Markt zu erreichen - auch ihre Macht ist enorm groß. Während die TechKonzerne unsere Daten massenhaft verarbeiten, haben andere dramatische Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt durch eine Zweckentfremdung oder auf Branchen wie die Taxi-Industrie. Daher wollen wir diese Plattform-Unternehmen zurückdrängen und Alternativen schaffen:

- Wir wollen jeden gesetzlichen Spielraum auf Landesebene nutzen, um die negativen Auswirkungen der Plattform-Ökonomie einzuschränken und diese Unternehmen zurückzudrängen. Hierfür soll auch Druck auf die Bundesregierung entwickelt werden.
- Wir wollen eigene Alternativ-Plattformen entwickeln. Viele Grundideen der Plattform-Ökonomie sind wichtige Impulse - ihre kapitalistische Verwertung ist das Problem. Eigene Plattformen wollen wir auf Bundesebene initiieren bzw. mit anderen progressiven Bundesländer realisieren.
- Auf Bundesebene forcieren wir die Vergesellschaftung dieser Plattformen bzw. die Durchsetzung juristischer Regelungen, dass diese nicht in Deutschland ihr Geschäft betreiben können.

6. Fachkräfte auch in der Zukunft

Eine Ökonomie in Zeichen der Digitalisierung ist auf eine gute Ausbildung, ein starkes Wissenschaftssystem und Willkommensstrukturen für internationale Fachkräfte angewiesen. Damit einhergehend ist eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen. Wir als LINKE treten ein:

- Damit die Hochschulen den notwendigen Beitrag zur Finanzierung leisten können, braucht es eine ausreichende Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Die Hochschulen haben einen Zusatzbedarf
- von mindestens 450 Millionen Euro pro Jahr errechnet. Dies muss ermöglicht werden. Wir wollen eine Abkehr von der Abhängigkeit von der Drittmittelfinanzierung und stattdessen die öffentliche Grundfinanzierung stärken. Ebenso wollen wir die desaströse Situation der prekären Beschäftigung beendet werden. In einem Klima der Sorge um die eigene Zukunft kann nur schwer an innovativen Ideen der Zukunft gearbeitet werden. Ebenso braucht es attraktive Wiedereinstiegsmöglichkeiten in der Forschung, zum Beispiel für Frauen nach Familienphase oder Berufstätigkeit in der Privatwirtschaft.
- Trotz des Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen muss die Unabhängigkeit der Lehre sichergestellt werden. Auch Innovationsforschung darf nicht vom Primat der Unternehmen beeinflusst werden.
- einen digitalen Bildungspakt, der neben der Stärkung der Berufsschulen die Situation im Bildungssystem drastisch verbessert. Dazu gehören kleinere Klassen, bessere Personalbedingungen, hervorragend finanzierte Berufsschulen sowie die Stärkung der Vorbereitungen auf die Industrie 4.0 im Rahmen der Schul- und Berufsausbildung - dabei unabhängig von Unternehmenslobbyismus. Dafür muss für das notwendige technische Equipment entsprechende Förderungen bereitgestellt werden. Wir brauchen ebenso eine Stärkung von Ausbildungsstrukturen in Unternehmen z.B. durch eine Förderung der Verbundausbildung.
- eine attraktive Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte zu schaffen. Dazu gehört unter anderem transnationale Forschungsprogramme zu stärken und der Ausbau von lokalen „Welcome-Center“, die Beratung, Angebote sowie gesellschaftliche Anknüpfungspunkte durch Vereine und Organisationen bieten.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 20
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehr	Gelebtes Umweltbewusstsein

Ressourcen schonen, Müll vermeiden!

1. Der Landesvorstand und die Kreisverbände werden gemeinsam beauftragt bis Ende 2020 ein ‚Konzept für besser gelebtes Umweltbewusstsein in der LINKEN Baden Württemberg‘ zu erarbeiten. Die Zusammenführung der Vorschläge aus den Kreisen obliegt dem Landesvorstand. Im Konzept sollen u.a. die folgenden Punkte beachtet werden:

- Vermeidung von Müll und Schonung von Ressourcen
- vermehrter Bezug von Produkten aus fairer Produktion und Handel und/oder regionaler Produktion
- Wie vermeiden wir Überkonsum?
- Wie implementieren wir unsere politischen Forderungen in den eigenen politischen Alltag?

2. Bei Veranstaltungen im Landesverband sind Getränke generell aus Mehrwegflaschen anzubieten. Werden Speisen angeboten, soll bestenfalls wiederverwendbares oder zumindest natürlich kompostierbares Geschirr (z.B. Fülllets) verwendet werden. Grundsätzlich sind Trinkgefäße und Geschirr zur einmaligen Benutzung aus Kunst- oder Verbundstoffen zu vermeiden.

3. Der Landesvorstand soll dies bereits bei der Wahlkampfführung bei den geplanten Großveranstaltungen, aber auch bei internen Veranstaltungen umsetzen. Die Kreisverbände sind dazu ebenfalls angehalten und der Landesvorstand soll den Kreisen die entsprechenden Bezugsquellen und Möglichkeiten zur Verfügung stellen.

4. Bei der Nutzung externer Cateringdienste sollen die in den Punkten 2 und 3 aufgeführten Maßnahmen ebenfalls gelten.

Begründung:

Im den „10 Punkten für einen sozialen und ökologischen Aufbruch“ schreibt der Landesvorstand richtig „wenn wir nicht innerhalb weniger Jahre eine 180° Wende in der Umweltpolitik hinlegen, wird die globale Erderwärmung nicht aufzuhalten sein.“ [1]. Wir verstehen uns als Partei, die für eine sozial gerechte Energiewende, ökologische Produktion und Schonung der zur Verfügung stehenden Ressourcen einsteht. Dazu gehört auch, als Partei unnötige Einwegverpackungen zu vermeiden, da diese die Umwelt im besonderen Maße belasten. In Deutschland wird derzeit

weniger als 30 % des Kunststoffabfalls stofflich verwertet, d.h. zur Herstellung neuer Produkte verwendet. Der Rest wandert in die Müllverbrennungsanlage oder exportiert und bedroht dort die Existenz von Menschen, Tieren und Umwelt. Weiterhin ist die Aufbereitung von Verbundstoffen (z.B. kunststoffbeschichtete Coffee-to-Go-Becher aus Pappe) nicht möglich oder sehr aufwendig. Die Alternativen aus „Bioplastik“ versprechen viel und halten nichts. Zudem ist der Recycling- und Herstellungsprozess von Einwegverpackungen und Produkten besonders energieaufwendig. Ziel sollte es also sein, erst gar kein Müll anfallen zu lassen. Wir sollten mit gutem Beispiel voran gehen und die zur Verfügung stehende Alternativen nutzen.

[1] 10 Punkte für einen sozialen und ökologischen Aufbruch in Baden-Württemberg!, Seite 1, Punkt „Wie retten wir die Welt?“

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 21
Antrag gestellt von	Queer
Begehr	Freie Wahl der Geschlechtsoptionen für Mitglieder

Alle Mitglieder des Landesverbands Die LINKE Baden-Württemberg erhalten die Möglichkeit, im Rahmen der statischen Mitgliederdatenerhebung aus folgenden Geschlechtsoptionen auszuwählen:

- weiblich
- männlich
- divers (inter, nicht-binär u.a.)
- keine Angabe

Es gilt die Selbstaussage des jeweiligen Mitglieds.

Alle Mitglieder werden nach ihrem Eintritt in die Partei DIE LINKE gebeten, aus den Geschlechtsoptionen eine auszuwählen. Personen, die zur Zeit bereits Mitglied der LINKEN sind, erhalten die Möglichkeit, ihre Geschlechtsoption neu zu bestimmen. Änderungen der Geschlechtsoption während der Zeit der Mitgliedschaft sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Der Landesverband Die LINKE Baden-Württemberg setzt sich zudem dafür ein, diese Regelung bundesweit einzuführen.

Begründung:

Die Erfassung von statistischen Angaben zum Geschlecht von Mitgliedern der LINKEN erfolgt derzeit noch über den Vornamen und ist nicht nur unpräzise („Andrea“, „Helge“, „Tony“ etc. werden sowohl weiblich als auch männlich verwendet.), sondern auch ausschließlich binär (zweigeschlechtlich Mann/Frau) und ermöglicht keine Selbstbestimmung. Dieses Verfahren hinkt damit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, der Beschlusslage des deutschen Bundestages und der behördlichen Praxis hinterher, die eine positive dritte Option beim Geschlechtseintrag vorsieht. Die Partei DIE LINKE sollte als progressive Kraft hinter diesen Standards nicht zurückstehen und allen Mitgliedern eine diskriminierungsfreie Selbstaussage bezüglich ihres Geschlechts ermöglichen. Über diese Änderung wird neben inter* Personen auch trans* Personen die Möglichkeit gegeben, eine nicht fremdbestimmte Aussage zu ihrem Geschlecht zu treffen.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 22
Antrag gestellt von	FDS
Begehr	Die Züge den Menschen

Der Landesvorstand wird zusammen mit interessierten Mitgliedern aus den Regionen konkrete Vorstellungen zum Eisenbahnregionalverkehr in Baden-Württemberg erarbeiten und in das Programm zur Landtagswahl 2021 aufnehmen. Einzelheiten dazu können auch auf dem Landesparteitag im Spätjahr 2020 präzisiert werden (gegebenenfalls als Fortschreibung der Broschüre zur Landtagswahl 2011).

Die Linke Baden-Württemberg wird sich in Pressemitteilungen weiterhin dafür einsetzen, die Auftragsvergabe von Regionalbahnnetzen an „private“ Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU), wie etwa Abellio und GoAhead und die damit verbundenen Probleme kritisch und fundiert zu beleuchten.

Die Linke Baden-Württemberg wird sich für Qualitätskriterien im Rahmen des Vergaberechts bei Eisenbahnstrecken einsetzen, die strikt einzuhaltende Standards bei Fahrkomfort, Arbeitnehmerrechten und Zuverlässigkeit beinhalten, die bei zukünftigen Ausschreibungen von Verkehrsleistungen berücksichtigt werden müssen.

Die Linke Baden-Württemberg wird sich dafür einsetzen, im Verbund mit den dafür zuständigen Gewerkschaften und Verbänden gegen die Gefahren insbesondere von Lohndumping und Sicherheitsmängeln bei EVU vorzugehen.

Begründung

2014 wurde durch das Baden-Württembergische Verkehrsministerium zur Ablösung des bisherigen Labels „3-Löwen-Takt“ die neue „bwegt“-Kampagne zur Förderung und dem Ausbau des Baden-Württembergischen Schienennah- und Regionalverkehrs gestartet. Die „bwegt“-Kampagne umfasst ein breites Investitionsprogramm in stillgelegte Strecken, der Renovierung lange vernachlässigter Eisenbahnstrecken mittlerer Priorität auch mit (teilweise fragwürdiger) Kofinanzierung durch Land und Kommunen (durchgehende Elektrifizierung der Höllentalbahn von Donaueschingen nach Freiburg als ein Beispiel), die Neuschaffung eines Netzes aus Interregio-Express-Verbindungen zwischen Baden-Württembergischen Mittelzentren zu den Fernverkehrsknoten, den Aufbau einer landeseigenen Flotte aus neuen Fahrzeugen (beispielsweise vom Typ Stadler FLIRT, Bombardier Talent 2 bzw 3 und Alstom Coradia Continental) und die Schaffung eines einheitlichen landesweiten Nahverkehrstarifs für den Schienen- und Busverkehr. Insgesamt ist dieses Projekt seitens der Landesregierung mit Kosten von 65,5 Millionen Euro jährlich beziffert. (Quellen: www.bwegt.de/inbetriebnahme/ und <https://www.bwegt.de/land-und-leute/bwegt-magazin/was-bewegt-sie/>)

Insgesamt ist dieses Projekt gutzuheißen; die Baden-Württembergische Landesregierung unter Minister Winfried Hermann (Grüne) treibt den Umstieg auf nachhaltige Lösungen im Nahverkehr weiter voran und die Wirkungen sind bereits spürbar. Jedoch ist nicht alles Gold was glänzt. Aufträge zur Bedienung wichtiger Regionalstrecken vor allem im Raum Stuttgart ab Sommer 2019 gingen aufgrund von Patzern und „kreativen“ Maßnahmen der für den Baden-Württembergischen Regionalverkehr zuständigen Tochter der Deutschen Bahn AG, DB Regio Baden-Württemberg, an die Unternehmen GoAhead (Größtes Eisenbahnunternehmen in Großbritannien und wiederholt zum schlechtesten Verkehrsunternehmen des Vereinigten Königreichs gewählt) und Abellio (Tochterfirma der Niederländischen Staatsbahnen). (Quelle: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.bahn-verliert-regionalzuege-debakel-fuer-die-bahn.c6b1cad5-a0ca-4378-bc56-8c8825bd246a.html>). Eine von der DB Regio Baden-Württemberg angestrebte Klage gegen den Ausschluss vom Vergabeverfahren scheiterte vor dem Oberlandesgericht in Karlsruhe (Quelle: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgarter-nahverkehrsnetz-deutsche-bahn-verliert-endgueltig.aac99d4a-0891-4673-85b5-7031fa6ba402.html>) und die im Antragstext genannten Strecken werden bis mindestens 2032 durch GoAhead und Abellio betrieben.

Der Grund dafür? Die Ausschreibungen boten dem Land Möglichkeiten, beim Schienenverkehr zu sparen, zu befürchten ist: auch auf Kosten des Fahrkomforts, der Zuverlässigkeit und der Angestelltenrechte! Vor dem Hintergrund des desaströsen Bau- und Immobilienprojekts „Stuttgart 21“ erweckt dies den Eindruck, das Land möchte die von den schwarz-gelben Vorgängerregierungen zu dessen Förderung übersteuert bei DB Regio beauftragten Dienstleistungen („großer Verkehrsvertrag“) nun durch Billigvergaben kompensieren (Quelle: http://archiv.vcd-bw.de/presse/2012/verkehrsvertrag/20120630_VCD-Studie_zum_Verkehrsvertrag_Land-DB_AG.pdf, insbesondere Seite 7ff).

Die Ironie an der Sache liegt aber wie so oft im Detail: So ist entgegen der Erwartungen von Hermann und der neuen EVU nicht genügend Personal von der DB zu den „Privaten“ hinüber gewechselt und der Lokführermangel zeigt bereits seit längerem bei verschiedenen EVU Konsequenzen in Zugausfällen und Verspätungen auf vielen Strecken (so auch z.B. auf der Bahnstrecke Tübingen – Stuttgart), technische Pannen die an Peinlichkeit kaum zu überbieten sind etc. etc. (Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1086427.privatbahn-muss-db-regio-anpumpen.html>) Das Baden-Württembergische Verkehrsministerium reagierte auf diese Missstände auf eine geradezu groteske Art und Weise: Hermann versuchte einen Notpersonalpool aufzustellen, scheiterte im November 2019 aber trotz mehrmaliger Fristverlängerung bei dem Versuch, per Ausschreibung hierfür Personaldienstleister zu finden, die dies organisieren sollten und pumpt die Schienenunternehmen mit Steuermitteln voll, um deren Verluste zu schmälern. (Quellen: <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/433/farce-auf-schienen-6070.html>, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.eisenbahnverkehr-in-baden-wuerttemberg-die-suche-nach-ersatz-lokfuehrern-zieht-sich-hin.699a9808-661f-41b5-b770-b0875e73cf2a.html?reduced=true>, <https://www.eurailpress.de/nachrichten/betrieb-services/detail/news/baden-wuerttemberg-zugausfaelle-bei-db-regio-vor-betreiberwechsel.html>, https://www.nvbw.de/fileadmin/nvbw/Ausschreibungen/Ausschr_SPNV/Ausschreibung_Personalpool/2019-OJS228-560125_Personalpool_Aufhebung_der_Ausschreib.pdf)

Wir als Linke Baden-Württemberg müssen uns dringend gegen diese groteske Zweckentfremdung von Steuermitteln und Vergesellschaftung der Verluste privater Unternehmen wehren. Ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz sollte zum Ziel haben, Personen von A nach B zu befördern und nicht die Gewinne von Verkehrsunternehmen zu fördern. Die profitorientierte Verwertung des deutschen Bahnnetzes zugunsten sachfremder Unternehmensinteressen muss verhindert werden.

Packen wir's an!

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 23
Antrag gestellt von	KV Ortenau
Begehr	Arbeitsgruppe gegen Klinikschließungen

Der Landesparteitag möge beschließen den Landesvorstand zu beauftragen eine Baden-Württemberg weite Arbeitsgruppe einzurichten die den Kampf gegen die Schließungen der Kliniken in den ländlichen Gegenden koordiniert und zusammenfasst. Zu dem sollte untersucht werden welche Rolle Verbindungen zwischen bestimmten Unternehmensberaterfirmen und dem Sozialministerium dabei spielen. Dabei ist vor allem die Firma CMK, teil des „Medizincontrollingunternehmens“ Redcom Group aus Mannheim, welche ebenfalls anbietet, zu nennen.

Begründung

In den letzten Jahren hat es eine Baden-Württemberg weite Welle von großflächigen Schließungen ländlicher Kliniken gegeben. Diese bedroht die Grundversorgung vorallem der älteren Bevölkerung. Anhand der Förderpolitik der Landesregierung und der Politik der Krankenkassen, welche massiv auf Zentralisierung und Unterfinanzierung hinwirken, zeigt sich das die Schließungen nicht in erster Linie von den Städten und Kreisen ausgehen sondern das sie lediglich ausführende Organe der Landespolitik sind. Das dient in erster Linie dazu die Wut der Bevölkerung von der Landesregierung fern zu halten. Das zeigt sich wenn Sozialminister Lucha sagt:“ Ich bin nicht der Krankenhausschließer“ während er gleichzeitig die Kreise dazu drängt die kleinen Kliniken zu schließen und Bettenzahlen zu reduzieren.

Bei der Kampagne gegen die Schließungen der Kliniken in der Ortenau sind wir auf die CMK getroffen, welche als Gutachterfirma und als ehm. Betrieb des Klinikgeschäftsführers federführend beim Abbau unserer lokalen Klinikstruktur mitgewirkt haben. Da die CMK auch schon in anderen Kreisen als Gutachter aufgetreten ist, ist es wahrscheinlich das sie und ihr Mutterunternehmen wichtige Akteure von Seiten des Kapitals aus sind, die den profitorientierten Umbau des Gesundheitssystems in Baden-Württemberg vorantreiben.

Um die Zerstörung des Gesundheitssystems zu verhindern ist es zentral die Akteure dahinter zu kennen, zu verstehen und öffentlich unter Druck zusetzen.

Zu dem ist es gerade mit hinblick auf die Landtagswahlen wichtig die Rolle der Landesregierung zu benennen und ihre zusammenarbeit mit dem Kapital im Gesundheitswesen aufzudecken.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 24
Antrag gestellt von	Kenk / Bimmerle
Begehr	Partizipationsbeauftragte des Landesvorstands

Der Landesparteitag der LINKEN Baden-Württemberg möge beschließen, dass

1. die Rolle eines eine*s/eine*r Partizipationsbeauftragten geschaffen wird
2. Diese durch ein Mitglied des Landesvorstands ausgeübt werden soll und als Ansprechperson für die Mitgliedschaft bei Fragen der Beteiligung und der Kommunikation dient
3. Zum Aufgabengebiet gehört unter anderen ein die
 - Die Identifizierung von Kommunikationsdefiziten innerhalb des Landesverbandes
 - Weiterentwicklung einer Mitbestimmungskultur & -strukturen in Kooperation mit den bestehenden Gremien
 - die Unterstützung der Kommunikation der verschiedenen Gremien des Landessverbandes an die Mitglieder

- die Identifizierung von notwendigen inhaltlichen Diskussionen und Mitarbeit an der Entwicklung von Diskussionsformaten
- Sicherstellung der Transparenz der Parteigremien gegenüber den Parteimitgliedern

Begründung:

Einer der größten Herausforderungen in größeren Organisationen wie Landesverband der LINKEN Baden-Württemberg ist die Gewährleistung einer Kommunikation der Gremien zu den Mitgliedern, die Transparenz der Gremien und die Sicherstellung einer optimalen Mitgliederbeteiligung. Dies beginnt mit der Zugänglichkeit der Protokolle auf Landesebene für Mitglieder, geht über zur Bekanntmachung von Terminen der LAGs an die Mitglieder und hört mit ansprechenden Diskussionsformaten zur inhaltlichen Positionsfindung auf. Die Schaffung einer*s/einer*r Partizipationsbeauftragten kann ein Baustein sein, Problemen innerhalb unserer Strukturen zu identifizieren und zentral zu bearbeiten. Auch ist es für Mitglieder wichtig bei Kritik, Fragen oder Anregungen eine klar benannte Person zu haben, die angefragt werden kann.

Die Rolle des einer*s/einer*r Partizipationsbeauftragten wird bereits in verschiedenen Strukturen außerhalb der Partei bspw. in Kommunen erfolgreich praktiziert. Daher sollte dies auch im Landesverband eingeführt werden, um zu bewerten, ob diese zentrale Aufgabenbündelung einen positiven Beitrag zur Verbesserung der Partizipation und Kommunikation innerhalb der LINKEN beitragen kann. Dabei ist selbstverständlich, dass die Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Partei eine gemeinsame Aufgabe aller ist und nicht von einer einzelnen Person gelöst werden kann.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 25
Antrag gestellt von	Kenk / Bimmerle
Begehr	Arbeitsgruppe Parteireform

Der Landesparteitag der LINKEN Baden-Württemberg möge beschließen, dass

1. eine Kommission „Parteireform“ aus Mitgliedern des Landesverbands geschaffen wird und mögliche Maßnahmen zu einer Organisationsreform erarbeiten.
2. Zu deren Aufgabengebiet unter anderem gehört:
 - Analyse der aktuellen Stärken und Schwächen des Landesverbandes Baden-Württemberg mit Bezug zur Organisation von Mitgliedern
 - Entwicklung von Reformvorschlägen, wie die derzeitigen Strukturen innerhalb des Landesverbandes verbessert werden können
 - Identifizierung von Maßnahmen wie die Parteiorganisation attraktiver für Mitglieder und Außenstehende werden kann
3. Die Zusammensetzung dieser Kommission soll im Rahmen einer der nächsten Landesausschüsse diskutiert werden.

Begründung:

Parteiorganisationen stehen in Deutschland derzeit vor der Herausforderung, wie sie Menschen dazu zu bringen, Mitglied einer Partei zu werden und sich in der Organisation einzubringen. Gerade wer junge Menschen fragt, ob sie sich politisch engagieren wollen, wird öfters zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen wie Fridays4Future, Seebrücke, Greenpeace, etc. hören im Gegensatz zum Engagement innerhalb einer Partei. Parteiorganisationen sind für viele zu unattraktiv sich einzubringen. Dies betrifft auch DIE LINKE.

Dies ist fatal für die Entwicklung der Partei, denn nur mit einer starken Basis vor Ort und im Landesverband kann starker Druck von links erzeugt werden. Daher fordern wir, dass sich ein gemeinsames Team diesem Thema widmet und mögliche Maßnahmen für eine Organisationsreform entwickelt. Auch in anderen Parteien wie SPD und Grüne wurde dieser Prozess schon vor längerem gestartet. Oberstes Ziel ist es die Parteistrukturen offener, demokratischer und attraktiver zu gestalten – für Mitglieder und für diejenigen, die es mal werden.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 26
Antrag gestellt von	KV Esslingen
Begehr	Büros für KVs ab 100

Der Landesparteitag möge beschließen, dass vor Ort, auch in kleineren Kreisverbänden Büro/ räumliche Infrastruktur geschaffen/ gefördert wird.

KVen die größer als 100 Mitglieder sind, bekommen deshalb einen Zuschuss des Landesverbands in Höhe von 200€ pro Monat.

Begründung:

Räumlichkeiten sind stehende Infostände (Nutzung der Fenster als Wandzeitung), helfen vor Ort Strukturen zu schaffen, die über feste Wände und die Möglichkeiten, Kalender etc. aufhängen/ hängen lassen zu können einen deutlichen Mehrwert. Mit einem festen Ort bekommen LINKE Themen im wahrsten Sinne Raum und Interessierte Zugang zu Ansprechpartner*innen und Gleichgesinnten. Aus Sympathisant*innen werden Parteimitglieder. Bündnispartner*innen kann Raum für (gemeinsame) Besprechungen überlassen werden, auch für diese ist dann der Raum Ort, auch für Ihre Ideen und Identifikations/Begegnungsraum mit DIE LINKE. Ebenfalls können Räumlichkeiten mit anderen Organisationen etc. in Form von Bürogemeinschaften angemietet werden.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 27
Antrag gestellt von	KV Mannheim
Begehr	Beitragstabelle beim Online-Eintrittsformular moderater

Es soll folgender Eingangssatz auf der Beitragstabelle wie vorgeschlagen ergänzt werden:

„Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Beitragstabelle ein. Grundlage dafür sind seine regelmäßig wiederkehrenden Einkünfte und Bezüge abzüglich Sozialabgaben und Steuern. Gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern die Einkünfte und Bezüge um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Die Selbsteinschätzung orientiert sich darüber hinaus am tatsächlich für das einzelne Mitglied frei verfügbaren Einkommensbetrag. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß.“

Begründung:

Die genannten Summen der monatlichen Einkünfte in der Beitragstabelle können die individuellen Lebens- und Finanzsituationen nicht ausreichend abbilden: ob z.B. ein Einkommen für eine Einzelperson zur Verfügung steht oder für eine mehrköpfige Familie, oder in einer Partner*innenschaft, in welchen anderen Organisationen Beiträge gezahlt werden oder ob außergewöhnliche finanzielle Belastungen vorliegen usw.

Das wird bei der Selbsteinschätzung zur Beitragsermittlung in der Praxis in der Regel wahrscheinlich berücksichtigt, wird aber bei der Erläuterung der Beitragszahlung und der Selbsteinschätzung nicht ausdrücklich bzw. nicht ausreichend erwähnt.

Ein derartiger Passus sollte ebenso an prominenter Stelle auf Seite 1 der Handreichung stehen.

In den Kreisverbänden werden wir oft mit der Aussage konfrontiert: „Ich wäre schon früher eingetreten, aber die Beitragstabelle hat mich abgeschreckt“. In solchen Fällen kann noch argumentativ reagiert werden und vielfach erfolgen auch die Eintritte. Aber nicht dann, wenn sich Eintrittswillige nur online informieren und nach einem Blick auf die Tabelle das Fenster schließen. Daher dürfte es eine hohe „Dunkelziffer“ von „Eintrittsabbrecher*innen“ geben.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 28
Antrag gestellt von	KV Esslingen
Begehr	Plastikvermeidung

Der Kreisverband Esslingen hat im vergangenen Kommunalwahlkampf an vielen verschiedenen Infoständen bezüglich der Plastik give-aways, wie z.B. Kugelschreiber und Einkaufswagen-Chips, ein schlechtes Feedback von den Bürger*innen bekommen. Vermutlich haben auch andere Kreisverbände ein ähnliches Feedback diesbezüglich bekommen. Die Kugelschreiber waren zudem zusätzlich einzeln mit Plastik verpackt.

Um unsere Glaubwürdigkeit beim Thema Umwelt- und Klimaschutz nicht zu verlieren, müssen wir weniger Plastik give-aways verteilen, oder nach alternativen schauen. Die Einkaufswagen-Chips könnte man z.B. aus Holz stanzen lassen und die Kugelschreiber könnten aus umweltfreundlicheren Stoffen bestehen.

Begründung: Antrag begründet sich selbst.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 29
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehr	Papierlose Parteitage

Müll Vermeiden, die Umwelt schonen - Papierlose Parteitage fördern

Im Rahmen der Einberufung des kommenden Parteitages soll eine Abfrage erfolgen, wer auf ausgedruckte Exemplare der Antragshefte verzichten möchte. Ausgedruckte Exemplare von Antragsheften gibt es zukünftig nur noch für die Genoss*innen, die dies wünschen.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Anträge zu den Aufgaben des Landesverbands und der Partei insgesamt	
Nr.	P 30
Antrag gestellt von	Bimmerle / Kenk
Begehr	Zukunft des ländlichen Raums

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, dass dieser in Abstimmung mit den Kreisverbänden ein Positionspapier zur Stärkung des ländlichen Raums entwickelt unter Einbezug des folgenden Entwurfs als Arbeitsgrundlage.

Begründung: Es ist dringend notwendig, dass wir ein programmatisches Profil entwickeln, wie wir den ländlichen Raum in Baden-Württemberg als LINKE gestalten wollen. Bisher geben wir hier nur vereinzelt Antworten auf die vielfältigen Entwicklung durch die Urbanisierung und anderer Effekte, die sich massiv auf die Lebensqualität dort auswirken. Auch hinsichtlich der Landtagswahl ist dies dringend von Nöten.

Unsere linke Antwort für die Zukunft des ländlichen Raums

Das Auseinanderdriften zwischen Stadt und Land ist auch in Baden-Württemberg bemerkbar. Während der ländliche Raum mit Wegzug von Menschen und einem zunehmenden Abbau von Infrastruktur, Sozialräume, kulturellen Orten und anderen Entwicklungen konfrontiert ist, haben urbane Zentren mit Wohnungsknappheit und öffentliche Infrastrukturen an den Belastungsgrenzen zu kämpfen. Etwa jeder dritte Baden-Württemberger lebt derzeit im Ländlichen Raum. In der Landespolitik wird auf die zunehmenden Herausforderungen des Ländlichen Raums kaum reagiert. Für uns als LINKE ist klar: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen herstellen und eine Zukunftsperspektive zu schaffen. Dafür brauchen wir eine radikale Umkehr in der derzeitigen Politik für den ländlichen Raum und eine Investitionsoffensive in die öffentliche Daseinsvorsorge. Dies ist unsere linke Antwort für die Zukunft des ländlichen Raums

1. Öffentliche Strukturen und die Versorgung mit Mittel des täglichen Bedarfs sicherstellen

Für uns ist als LINKE selbstverständlich, dass es unverzichtbar für die Bürgerinnen ist, dass in jedem Dorf eine öffentliche Verwaltung vor Ort ist. Sie muss weiterhin direkte Ansprechpartner für die Bürgerinnen mit mit einem breiten Spektrum an Dienstleistungen. Kürzungen oder Schließung des Verwaltungspersonals bzw. Zentralisierung lehnen wir ab. Wir müssen diese Verwaltungsorte auch als Demokratiezentren auffassen, durch die Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen überhaupt erstmal sichergestellt werden können. Angedockt an die öffentliche Verwaltung muss beispielsweise auch die Funktionalität von Postämtern sein. Die Schließung von Poststellen im ländlichen Raum halten wir für ein fatales Signal. Damit werden die Bürgerinnen von einem zentralen Bestandteil einer öffentlichen Daseinsvorsorge abgeschnitten.

Wir brauchen ebenso eine Antwort auf das Ladensterben im ländlichen Raum. Eine Antwort, die die grün-schwarze Landesregierung derzeit nicht gibt, da sie leider auf fixiert dem freien Markt hier zusieht, der nicht die notwendige Nahversorgung vor Ort sicherstellen kann. Es ist untragbar, dass in vielen Orten kaum oder keine Nahversorgung mit Mittel des täglichen Bedarfs mehr erfolgt und Menschen auf die Mobilität in andere Kommunen angewiesen sind. Das Ladensterben auf dem Land muss ein Ende finden. Und das nicht nur aus Gründen der Versorgung: Denn gerade die „Tante Emma“ Läden waren auch Orte der kulturellen Begegnung.

Dafür brauchen wir eine Neuordnung der kommunalen Nahversorgung. Wir wollen öffentlich gestützte Alternativen für die Menschen schaffen: Hierfür wollen wir genossenschaftliche oder vereinsgetragene Dorfläden etablieren. Es braucht eine Rückkehr der „Tante Emma“ Läden! Dies wollen wir über Landesmittel fördern. Ergänzen wollen wir

dies durch das Konzept von mobilen Supermärkten, die zeitlich begrenzte Angebote in den Orten zur Verfügung stellen. Dafür ist auch eine regionale, interkommunale Nahversorgungssteuerung notwendig. Grundlage hierfür ist ein Landesgesetz zur Nahversorgung, welches die öffentliche Forderung sicherstellt und den Bedarf hierfür ermittelt. Ebenso unterstützenswert ist die Förderung der kleinen Nahversorgungsunternehmen. Nach dem Vorbild anderer Regionen wie z.B. Tirol wollen wir eine Nahversorgungsprämie bezahlen, wenn sie sich für mindestens fünf Jahre zum Betrieb eines Geschäfts in einem Ort bereit erklären, in dem die Nahversorgung »ernsthaft gefährdet« ist.

Nahversorgung umfasst jedoch auch die Gasstätten und Kneipen vor Ort. Oftmals sind sie die letzten Orte in vielen Gemeinden, wo die Menschen zusammenkommen. Dort treffen sich nicht nur die Vereine, sondern zumeist die unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten und kommen zum Austausch über die Geschehnisse vor Ort. Diese Kneipen sind ein enorm hoher Identifikationsfaktor für die Menschen vor Ort. Umso härter trifft es das gesellschaftliche Leben, wenn die letzte Kneipe im Dorf schließt - und dies ist die tägliche Realität. Wenn das Licht dort ausgeht, geht auch das Licht für den gesellschaftlichen Austausch aus. Daher wollen wir als LINKE, lokale Gastronomie wiederansiedeln durch die kostenlose Bereitstellung von Räumlichkeiten oder die Entwicklung von lokaler Gastronomie in kommunaler bzw. genossenschaftlicher Hand.

Des Weiteren wollen wir auch die Versorgung mit Banken und Geldautomaten sicherstellen. Zur Verantwortung der Sparkassen zur Daseinsvorsorge gehört auch, die Sicherstellung eines Geldautomatennetzes – gerade im ländlichen Raum – zu gewährleisten. Den Abbau der Netze wollen wir als LINKE umkehren.

2. Mobilität für alle im ländlichen Raum ermöglichen

Mobilität ist der Schlüssel für einen lebenswerten ländlichen Raum. Heutzutage sind die Menschen hier vor allem auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen. Wer diesen aus verschiedenen Gründen nicht nutzen kann, für den ist das Leben massiv eingeschränkt. Dies ist zutiefst unsozial. Abgesehen davon von den katastrophalen ökologischen Auswirkungen. Die Aufrechterhaltung einer Grundversorgung kostet den Kommunen aufgrund einer abwandernden Bevölkerung immer mehr. Daher sind wir eher mit der Gefahr eines Abbau der wenigen bestehenden Angeboten konfrontiert. Dieser Kreislauf muss mit einem massiven Ausbau der Landesfördermittel beendet werden, denn allein können die Kommunen die Verkehrswende nicht stemmen.

DIE LINKE will den öffentlichen Personennahverkehr zum Rückgrat der Mobilität im ländlichen Raum entwickeln. Dafür wollen wir an folgenden Themen arbeiten:

Wir wollen den Schienenpersonennahverkehr ausweiten. Dazu braucht es die zügige Umsetzung des von der Landesregierung verabschiedeten „Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg“, damit auch der ländliche Raum gut angeschlossen wird. Ergänzt soll der Schienenverkehr mit der Ausweitung von Busliniensystem sowie Carsharing Angeboten.

Generell wollen wir den Ausbau des ÖPNV Netzes vorantreiben. Wir wollen hier den Fokus auf den Anschluss von Krankenhäuser, Arztpraxen, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen sowie den Einzelhandel legen. Diese müssen mit dem ÖPNV einfach erreichbar sein. Und dabei gilt, dass jedes Dorf entsprechend an das ÖPNV Netz angeschlossen ist. Dazu gehört auch die Ausweitung der Taktung: Es ist inakzeptabel, wenn an einem Tag nur wenige Busse oder Züge fahren und darauf mehrere Stunden gewartet werden muss. Eine Taktung wie im genannten Zielkonzept eines 1-Stundentakts von 0:00 bis 24 Uhr garantiert werden. Dies halten wir auch für alle Busliniensystemen für notwendig. Mittelfrist muss das Ziel einen ganztägigen, mindestens im 1/2 Stundentakt während der gesamten Woche fahrenden ÖPNV in den Dörfern realisieren, um ein attraktives Angebot zu schaffen.

Wir brauchen intelligente Mobilitätslösungen für den nächtlichen Verkehr. Wer Kultur oder das Nachtleben in benachbarten Gemeinden oder Städten genießen möchte, muss trotzdem die Möglichkeit haben mit dem ÖPNV nach Hause zu kommen. Daher wollen wir in einem ersten Schritt On-Demand Lösungen im ländlichen Raum über das Land fördern.

Die Entwicklung von Bahnhöfen in ländlichen Regionen zu multimodalen Mobilitätsstationen: Wir wollen eine Verknüpfung der Angebote des Schienenverkehrs mit Bussystemen, Car-Sharing Systemen und eines Fahrradverleihs, um dem individuellen Mobilitätsbedarf Rechnung zu tragen und ein schnelles und komfortables Vorankommen sicherzustellen.

Diese Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr dürfen nicht zu einer Verteuerung der Preise führen. Wir brauchen stattdessen eine Preissenkungsoffensive auf breiter Basis, die vom Land unterstützt wird. Neben dem 365€ Jahresticket und Sozialpässen braucht es das Ziel eines mittel- bis langfristigen ticketfreien Nahverkehr auch im ländlichen Raum.

Neben der Stärkung des ÖPNV kommt auch dem Radverkehr eine zentrale Aufgabe bei der Verkehrswende zu. Wir brauchen den Ausbau eines guten Radverkehrsnetz einschließlich von regionalen Radschnellwegen, um die Anbindung der Gemeinden zu stärken.

Der fatalen Gesundheitspolitik der Landesregierung ein Ende setzen

Die Gesundheitspolitik der grün-schwarzen Landesregierung lässt sich vor allem auf ein Kriterium herunterbrechen: Kosten senken, egal was die Auswirkungen sind. Dadurch wird die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum massiv gefährdet. Vor allem kommt es zu massiven Krankenhausschließungen. Der Effekt: Lange Wege für die Betroffenen und die Bedrohung einer angemessenen Notfallversorgung. Abgesehen von den Auswirkungen auf die Beschäftigten. Wir lehnen diese Krankenhausschließungen vollumfänglich ab. Stattdessen wollen wir in einen flächendeckenden Ausbau des Gesundheitssystems und in das entsprechende Personal investieren. Wir setzen uns entschieden zur Wehr Profitmaximierung zum Maßstab einer Gesundheitspolitik zu machen.

Um die Versorgung im ländlichen Raum zu fördern wollen, wollen wir stattdessen neben den Erhalt der Kliniken — zum Beispiel durch zusätzliche Finanzmittel seitens des Landes - die Gesundheitsversorgung direkt vor Ort wiederbeleben. Wir wollen als einen Leitanker genossenschaftlich geführte Arztpraxen mit angestellten Ärztinnen etablieren — erste Initiativen der Landesregierung müssen jetzt realisiert werden. Zusätzlich wollen wir ergänzende Angebote wie zum Beispiel mobile Arztpraxen, die von Dorf zu Dorf fahren entwickeln. Ebenso wollen wir in Pilotmodellen die „Gemeindekrankenschwester“ wiederbeleben, sprich der primären Gesundheitsversorgung in der Gemeinde durch fortgebildete Gesundheits- und Krankenpfleger sowie Medizinische Fachangestellte in enger Abstimmung mit behandelnden Hausärzten. Dahingehend wirkt auch das Modell der aufsuchende Besuche einer AGnES Fachkraft, die in Absprache mit dem Hausarzt vorbeugende, beratende/betreuende und therapeutische Tätigkeiten übernimmt, wollen wir etablieren. Dies soll neben einer gezielten Ansiedlung von einer hausärztlichen Versorgung in Regionen die Gesundheitsversorgung nachhaltig stärken.

Ebenso muss die Pflege im ländlichen Raum weiter ausgebaut werden. Wir brauchen den Ausbau von ambulant betreuten Wohngemeinschaften sowie von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege. Hier dürfen wir nicht allein dem „freiem Markt“ den Ausbau überlassen. Hier wollen wir durch ein öffentliches Förderprogramm finanzielle Unterstützung geben z.B. bei den Investitionskosten oder den Wegekosten. Die Pflege vor Ort darf hierbei nicht allein kirchlichen und privaten Trägern überlassen werden, sondern muss hier oftmals durch staatliche Träger erreicht werden.

Stärkung des Bildungssystems im ländlichen Raum

Eine lebenswerte Kommune fängt bei den Kleinsten an. Gute Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sind oftmals der entscheidende Faktor bei der Entscheidung von Familien bei der Frage eines Zu- oder Wegzugs aus dem ländlichen Raum. Daher brauchen wir einen Ausbau der Einrichtungen im ländlichen Raum. Die kommunalen Finanzen sind hierbei das A und O. Finanzschwachen Kommunen speziell im ländlichen Raum muss dabei geholfen werden den Rechtsanspruch auf den KITA Platz realisieren zu können und für gute Betreuungsbedingungen sowie gute Arbeitsplätze für die Beschäftigten zu schaffen. Das heißt auch kleine Kita Standorte mit bedarfsgerechten Öffnungs- und Betreuungszeiten zu realisieren — dies erfordert hohe finanzielle Aufwände, ist aber unabdingbar für ein familienfreundliches Baden-Württemberg. Dazu gehört auch, dass die Beitragsfreiheit für KITAs auf der Landesebene realisiert wird. Was in vielen Städten begonnen wird, ist im ländlichen Raum heute kaum umsetzbar. Ähnliches gilt für das Schulsystem. Das Sterben der Schulen auf dem ländlichen Raum muss gestoppt werden — allein im letzten Jahrzehnt sind 130 Grundschulen entfallen. Es muss weiterhin das Prinzip der kurzen Wege für die Schulentwicklung gelten. Daher setzen wir uns für kleine Schulen ein, die ggf. in Schulverbünde Schulleitung, Verwaltung und Lehrpersonal teilen. Daher lehnen wir Schulschließungen aufgrund vermeintlich zu geringer Schülerinnenzahlen ab. Dies gilt auch für weiterführende Schulen. Die im Schulgesetz geregelte regionale Schulentwicklung muss sowohl bei der Mindestanzahl an Schülerinnen für die Einrichtung von neuen weiterführenden Schulen genauso wie für die Aufhebung der Schule angepasst werden — zu kleine Klassen dürfen nicht als Problem, sondern als Chance einer individuellen Förderung gesehen werden. Dies muss eine Stärke des ländlichen Raums sein. Wir werden uns als LINKE dafür einsetzen, dass die Regelung der „zumutbaren Erreichbarkeit“ im Sinne der Schule der kurzen Wege realisiert wird — die Grundschule vor Ort, die weiterführende Ganztageschule schnell erreichbar.

Nur durch eine generelle Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums können auch die notwendigen Lehrfachkräfte für die Schulen im ländlichen Raum gewonnen werden. Den aktuellen Mangel an Lehrerinnen gerade im ländlichen Raum wollen wir als LINKE entgegenreten. Allein zum Start des Schuljahres 2019/2020 fehlen knapp 800 Lehrkräfte — davon viele im ländlichen Raum. Dieser verantwortungslose Bildungsnotstand verursacht durch eine verfehlte Schulpolitik der Landesregierung muss ein Ende gesetzt werden. Zum Beispiel durch eine finanzielle Zulage der Tätigkeit helfen, wenn Schulen im ländlichen Raum als Mangelbereich definiert werden, wie es die GEW fordert. Dies ermöglicht eine höhere Eingruppierung im TV-L.

Weiterhin setzen wir uns ein für den Ausbau von Berufsschulen sowie Hochschulen im ländlichen Raum. Gerade über das Bildungssystem können wir dazu beitragen, den Wegzug von jungen Menschen zu stoppen. Aktuell werden Sie dazu

gezwungen. Daher wollen wir auch hier kleine Berufsschulen und Hochschulen ermöglichen.

5. Den ländlichen Raum auch für junge Menschen attraktiv gestalten

Viele junge Menschen sind sehr verwurzelt mit dem Ort, in dem sie aufgewachsen sind. Jedoch bietet der ländliche Raum zu oft jungen Menschen nur eine geringere Perspektive. Wir brauchen daher auch ein Zukunftsprogramm für den ländlichen Raum, damit auch junge Menschen dort ihr Leben gestalten können.

Um das Aufwachsen im ländlichen Raum attraktiv zu gestalten, wollen wir als LINKE regionale Konzepte für eine eigenständigen Jugendpolitik entwickeln unter Einbeziehung der lokalen Akteure wie Vereine und den Jugendlichen selbst. Benötigt werden zum Beispiel Jugendzentren in den Dörfern, in denen aktiv Angebote von einer kommunalen Jugendarbeit geschaffen werden. Oftmals scheitert die Jugendpolitik an den Finanzen der Kommunen, die eine Jugendarbeit nicht bereitstellen können. Hier muss das Land unterstützen.

Oftmals steht und fällt die Entscheidung über Bleiben oder Gehen von jungen Menschen anhand der Berufsperspektiven. Daher brauchen wir neben einer aktivierenden Wirtschaftspolitik und den Unternehmen vor Ort die Stärkung von Ausbildungsstrukturen vor Ort. Daher wollen wir als LINKE regionale Unternehmensnetzwerke, die Ausbildungsplätze über eine Verbundausbildung realisieren. Ebenso wollen wir gezielt Berufsschulen sowie Fachhochschulen im ländlichen Raum ansiedeln bzw. ausbauen. Durch die Ansiedlung lokaler Unternehmen und der Sicherstellung eines breiten Branchenmix wollen wir auch danach ein vielfältiges Angebot von Arbeitsplätzen schaffen.

Ebenso notwendig ist auch der Ausbau des ÖPNV. Neben einer guten täglichen Taktung muss hierbei auch ein gutes und bezahlbares Mobilitätsangebot im späten Abend und in der Nacht sichergestellt werden, damit Jugendliche auch andere Gemeinden oder Städte in der Umgebung erreichen können.

Junge Menschen haben dabei letztlich denselben Bedarf wie andere Bevölkerungsgruppen: Sie brauchen gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, ein Kulturangebot vor Ort, gute bezahlte Arbeitsplätze und vieles mehr. Eine Politik für junge Menschen zu realisieren bedeutet Politik für alle Bürgerinnen zu machen.

6. Kultur im ländlichen Raum verankern

Außerhalb der Vereinsstrukturen und ehrenamtlicher Angebote ist es derzeit enorm schwierig für Kommunen im ländlichen Raum ein vielfältiges Kulturangebot zu gewährleisten bzw. überhaupt nicht mehr möglich. Dabei ist Kultur die Grundvoraussetzung für ein gutes Leben und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir brauchen ein landesweites Kulturförderkonzept für den ländlichen Raum, das die speziellen Herausforderungen des ländlichen Raums mit entsprechenden Förderinstrumenten begegnet. Dies muss flankiert werden mit langfristigen Fördermitteln des Landes, um den nachhaltigen Aufbau von Kulturangeboten sicherzustellen. Maßnahmen für die Unterstützung der Kultur im ländlichen Raum sind unter anderem:

Förderung von interkommunalen Kulturämtern, die ein regionales Kulturkonzept entwickeln, Programme fördern, Veranstaltungen organisieren und vermarkten

- Aufbau von ständigen, interkommunalen Theater und anderen kulturellen Einrichtungen
- Ausbau der Netzwerkstrukturen aus Kulturämtern, Vereinen, kulturellen Institutionen und sozialen Trägern.
- Finanzielle Förderung von Breitenkultur und semiprofessioneller Kunst beispielsweise durch direkte Vereinsförderung
- Landesinvestitionsprogramm in kulturellen Zentren im ländlichen Raum, die eine kostenfreie Vergabe von Räumen im Sinne der Kultur ermöglicht
- Unbürokratisches Förderprogramm mit begrenztem Fördervolumen für kleine Kulturprojekte im ländlichen Raum etablieren
- Ausbau mobiler Kulturangebote, die vor Ort angeboten werden können
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Kulturbereich durch finanzielle Unterstützung z.B. Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen
- Preislich attraktive Kulturangebote sicherstellen, damit sie sich jede*r unabhängig vom Einkommen leisten kann.
- Entwicklung von Mobilitätskonzepten im Zusammenhang mit Kulturveranstaltungen sowie auch am Wochenende für Clubs oder Kneipen z.B. Einrichtung eines gemeinsamen Transfers

7. Gute Arbeit vor Ort mithilfe einer regionalen Wirtschaftsförderung

Wer für attraktive Bedingungen für Unternehmen in den Kommunen sorgen will, muss vor allem in die soziale Infrastruktur investieren. Dazu gehören ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, ein hervorragendes Betreuungs- und Bildungssystem inklusive Berufsschulen und Hochschulen, bezahlbaren Wohnraum, ein gutes Gesundheitssystem, eine gute Breitbandanbindung und vieles mehr. Nur so ist der ländliche Raum attraktiv für die dringend benötigten Fachkräfte, deren Mangel im ländlichen Raum die größte Herausforderung darstellt.

Eine gezielte Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen durch attraktive Bedingungen z.B. bei der Flächenbereitstellung muss an soziale und ökologische Kriterien gegliedert werden, um gute und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei sollte ein breiter Branchen- und Unternehmensmix sichergestellt werden, um die kommunalen Finanzen vor Krisen in einzelnen Branchen und zu starken Abhängigkeiten zu schützen.

Um die Ausbildung weiter zu stärken, wollen wir über Förderprogramme auch in Zukunft auszubildenden Unternehmen im Bedarfsfall besonders unter die Arme greifen. Hierbei können Maßnahmen wie eine Verbundausbildung helfen.

Die Weiterentwicklung von aktuellen Förderprogrammen wie „Spitze auf dem Land! Technologieführer für Baden-Württemberg“ muss in Kombination mit dem Ausbau von kommunalen Beratungsstellen erfolgen, die Unternehmen im ländlichen Raum dabei unterstützen attraktive Förderprogramme seitens Bund/Land/Kommune sowie von Förderbanken in Anspruch zu nehmen. Dies gilt auch für Programme, die Innovationen und Start-Ups fördern.

Wir wollen weiterhin die interkommunale Zusammenarbeit stärken, um eine regionale Wirtschaftsförderung zu etablieren und ein regionales Profil zu erarbeiten. Nur so können Themen wie Existenzgründungszentren und zentrale Beratungsstellen auch für finanzarme Kommunen ermöglicht werden. Wir brauchen eine Kooperation der Kommunen, statt ein Verharren im Konkurrenzdenken. Einen Dumpingwettbewerb, wie zum Beispiel um die niedrigsten kommunalen Gewerbesteuern, lehnen wir als LINKE ab. Dadurch verlieren letztlich alle Kommunen und die Bürgerinnen.

8. Das Dorf nicht digital abhängen

Ohne den flächendeckenden Zugang zu einem schnellen und verlässlichen Internet sind nicht nur die Lebensbedingungen der Einwohnerinnen schwierig, sondern auch die Zukunft der Industrie vor Ort. Ohne eine digitale Agenda für das Dorf, bleibt keine Zukunft. Daher müssen die Anstrengungen des Landes beim Breitbandausbau weiter ausgebaut werden und gerade der ländliche Raum so schnell wie möglich abgedeckt werden. Und dies muss flächendeckend passieren: Dabei dürfen nicht kommerzielle Interessen bestimmen, wer von einem schnellen Internet profitiert oder nicht — sondern jede*r einzelne Bürgerin muss es. Dies wollen wir durch die öffentliche Hand realisieren — denn ein schneller Internetzugang ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die 250 Millionen Euro, die die Landesregierung in der Legislaturperiode investiert hat, reicht bei weitem nicht aus - der ländliche Raum droht abgehängt zu werden. Darüber hinaus wollen wir eine WLAN-Offensive für den ländlichen Raum. Unser Ziel ist es, möglichst flächendeckend an öffentlichen Orten — Stadt- und Dorfkerne, Verwaltungszentren, touristische Orte etc. — ein kostenloses öffentliches WLAN anzubieten.

9. Für eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik im ländlichen Raum

Die Wut der Bauern in Deutschland und in Baden-Württemberg ist groß. An schärferen Umweltauflagen entzündeten sich die negativen Entwicklungen, die die Vertreterinnen in den letzten Jahren zu spüren bekommen haben. Dabei geht es stark um soziale Aspekte: Es ist das massive Höfesterben, das den Bauern Angst macht. In Baden-Württemberg existieren derzeit noch landwirtschaftliche 40.000 Betriebe — Tendenz stark sinkend. Alleine zwischen 2010 und 2016 fand eine Verringerung von knapp 4.000 Betrieben statt. Damit einhergehend fand ein Anstieg der größeren landwirtschaftlichen Betrieben. Dabei hängt an jedem Betrieb das Einkommen ganzer Familien. Und es sind die viel zu geringen Einkommen aufgrund niedriger Preise, die den Bauern das Leben schwer machen. Noch immer erhalten sie nur einen Bruchteil des Gewinns, der von ihren Waren erwirtschaftet wird und gleichzeitig steigt der Preisdruck durch die Discounter weiter. Wenn dann rechtlichen Auflagen im Umweltschutz dazu kommen, ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich zu schaffen, geht es bei vielen um die nackte Existenz. Nur verständlich, dass hier Angst herrscht. Und die Landesregierung? Die setzt im Wesentlichen darauf, dass aus der EU weiter der Status Quo aufrechterhalten wird. Zu zaghaft sind die Anstrengungen soziale Absicherung und Ökologie in der Agrarpolitik voranzubringen. Die Landesregierung müsste sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die gemeinsame europäische Agrarpolitik umfassend reformiert wird.

Die Landwirtschaft steht in Baden-Württemberg vor großen Aufgaben: Sie soll die Bevölkerung mit qualitativ guten, bezahlbaren Nahrungsmitteln versorgen und steht zugleich unter einem hohen Wettbewerbs- und Preisdruck. In diesem Wettbewerb werden hohe Profite zulasten der Natur und des Tierwohls, aber auch der Lebensmittelqualität und der Menschen des globalen Südens erzielt, während viele landwirtschaftliche Betriebe um das wirtschaftliche Überleben kämpfen. Die Landwirtschaft steht als Nutzerin der Natur immer

auch in Verantwortung für deren Erhalt. Und sie ist von den globalen klimatischen Veränderungen, wie der Hitze-Sommer 2018 gezeigt hat, bereits jetzt unmittelbar betroffen. Will die Landwirtschaft in Baden-Württemberg diesen Herausforderungen im Interesse unserer aller Zukunft gerecht werden, muss sie sich verändern. Sie braucht dabei politische und gesellschaftliche Unterstützung. Es muss es darum gehen, die Landwirtschaft in Baden-Württemberg zu stärken. Denn daran hängt nicht nur die soziale Situation von 73.000 Beschäftigten und ihre Familien, sondern auch Aspekte wie eine regionale Versorgungsstruktur und einen ökologischen Anbau. Wir als DIE LINKE. Baden-Württemberg wollen dabei unterstützen und eine am Gemeinwohl orientierte, sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Daher fordern wir als LINKE im Rahmen der gemeinsamen EU Agrarpolitik und der Landespolitik:

- Die Ausweitung der finanziellen Mittel seitens des Landes ab 2021 im Rahmen des vierten „Maßnahmen und Entwicklungsplan Ländlicher Raum“ (MEPL), insbesondere des Förderprogramms FAKT für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl im Rahmen des neuen MEPL.
- Die Stärkung der zweiten Säule der GAP durch gezielte Fördermaßnahmen
- Eine Reform der Gemeinsamen EU Agrarpolitik (GAP) setzen wir uns ein für
- Die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Direktzahlung wie die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie und die konsequente Bindung an Umwelt- und Klimakriterien, die ökologisch hochwertige Maßnahmen für mehr Artenvielfalt, eine vielfältige Agrarstruktur, besseren Wasser-, Boden-, Arten- und Klimaschutz zu honorieren.
- Eine differenzierte Bewertung von ertragschwachen- und Gunststandorten und ihre Berücksichtigung bei Ausgleichszahlungen. Daher wollen wir hier die Landesmittel der Ausgleichszulage in Baden-Württemberg steigern.
- Die Stärkung von Betrieben, die ortsgebunden wirtschaften, die regionale Wirtschaft befördern und Arbeitsplätze vor Ort schaffen
- Die Fortsetzung der Förderung von Junglandwirtinnen, um den Wirtschaftszweig vor Überalterung zu schützen
- Die kostenlose Beratung für Landwirtinnen zu gemeinwohlorientierten Maßnahmen
- Die Sicherung der Teilhabe von Frauen an Agrarförderprogrammen
- Die Unterstützung der Agrargenossenschaften und lehnt Überlegungen der EU ab, die Prämien bei gemeinsam bewirtschafteten Agrarflächen von der Betriebsgröße abhängig zu machen. Nach unserer Auffassung ist die Art und Weise der Bewirtschaftung entscheidend, und nicht die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes. Gerade in Baden-Württemberg nehmen die Agrargenossenschaften eine immer wichtigere Rolle ein — dies müssen wir zu einer Stärke eines alternativen Wirtschaftens weiterentwickeln.
- einen landesweiten Aktionsplan Regionalvermarktung initiieren. Damit wollen wir einerseits den Aufbau regionaler Verarbeitungsstrukturen fördern, um den Bedarf regional und ökologisch erzeugten Produkten in den Regionen zu decken. Andererseits geht es dabei auch um mehr regionale Wertschöpfung und die Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen sowie eine bessere Umwelt- und Klimabilanz der Produktion.
- Die Stärkung der Direktvermarktung unterstützen, um die Landwirtinnen und Landwirte besser vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Damit erhalten Einwohner von Baden-Württemberg einen leichteren Zugang zu gesunden, regional und ökologisch produzierten Lebensmitteln. Wir wollen kommunale Einrichtungen und Landeseinrichtungen dabei unterstützen, dass ihre Küchen und Kantinen regionale Lebensmittel dauerhaft abnehmen. Dies wollen wir auch koppeln mit dem Aufbau von genossenschaftlichen Ladenstrukturen in den Kommunen vor Ort, unabhängig von den großen Supermarktketten.
- Die Bevorzugung ortsansässiger Betriebe bei der Vergabe von landeseigenen Flächen
- Das Ausloten aller gesetzlichen Möglichkeiten inklusive der Stärkung des landwirtschaftlichen Vorkaufsrechts, um Bodenspekulation und damit explodierende Bodenkauf- und Pachtpreise sowie den Aufkauf ganzer Betriebe durch Agrarkonzerne zu unterbinden. Auf Bundesebene werden wir uns als LINKE für eine einheitliche Regulierung von Boden- und Anteilsverkäufen und bei der Besteuerung von Verkäufen landwirtschaftlicher Flächen einsetzen.
- Keinen Einsatz des Totalherbizids Glyphosat

10. Innere Sicherheit heißt nicht Aufrüstung, sondern Präsenz vor Ort — falls nötig.

Anstatt immer schärfere (Un-)Sicherheitsgesetze durchzusetzen, wäre es angebrachter, dass die Landesregierung die räumliche Verankerung der Polizei, Feuerwehr & Co. wieder zu voranzutreiben. Die grün-rote Polizeireform war hierbei leider ein Schritt in die falsche Richtung. Es muss flächendeckend eine Präsenz auch im ländlichen Raum durch Polizeistationen sichergestellt werden. Mittlerweile sind große „weiße Flecken“ in ländlichen Raum üblich, wo viel zu wenige Polizeibeamte gar nicht mehr den Bedarf decken. Speziell in der Nacht ist dies problematisch. Es kommt zu langen Reaktions- und Antrittszeiten, durch die ein Gefühl von Unsicherheit und "Sich-Allein-Gelassen-Fühlen" bei den Bürgerinnen entsteht. Dies ist Wasser auf den Mühlen von Rechtspopulist*innen.

Währenddessen entblößt sich die Sicherheitspolitik der Landesregierung als einziger Trug: Von vollmundig angekündigten 900 Stellen im Polizeivollzugsdienst bis zum Ende der Legislaturperiode sind in Wahrheit 38 Stellen geworden. DIE LINKE steht für die Schaffung von zusätzlich angemessenen Stellen von Personal bei Polizei und Feuerwehr im ländlichen Raum — um auch die dringend notwendige Entlastung des Personal sicherzustellen, den Ausbau von Polizeiwachen sowie eine gute finanzielle Ausstattung der Polizei und der Berufs- und Freiwilligenfeuerwehr. Dazu gehört auch eine entsprechende Förderung des Ehrenamts.

11. Ohne Vereine wäre schon lange nix mehr los!

Ohne die vielen Vereine - ob der Sport-, Musik, Gesangsverein oder die Feuerwehr wären das gesellschaftliche Leben in vielen Dörfern bereits lange tot. Derzeit ist ein massives Sterben der Vereinsstrukturen im ländlichen Raum zu erleben — zwischen 2006 und 2018 haben sich deutschlandweit über 15.000 Vereine im ländlichen Raum aufgelöst. Dies ist besonders fatal, wenn die Vereine einer der letzten gesellschaftlichen Organisationen sind. Stirbt der Verein stirbt auch ein Teil der Dorfgemeinschaft. Wer das Leben im ländlichen Raum stärken will, muss daher das Rückgrat der Vereine stärken. Hierfür braucht es unter anderem:

- Eine Ausweitung der öffentlichen Förderprogramme für ehrenamtliches Engagement und sowie eine Anhebung der Ehrenamtsentschädigung durch das Land. Dazu gehört auch eine gute Weiterbildungsstruktur, um zivilgesellschaftliches Engagement und individuelle Persönlichkeitsentwicklung in Übereinstimmung zu bringen und den Nachwuchs in den Vereinen auf das Übernehmen von Aufgaben im Verein zu qualifizieren. Dies können die Vereine allein nicht mehr ermöglichen. Wir brauchen hier nicht nur Geld für die Vereine, sondern auch Beratungs- und Unterstützungsstellen des Landes in Kooperation mit den Verbänden.
- Eine stärkere Unterstützung der Ehrenamtlichen im Verein bei der Ausführung ihres Vereinslebens. Das ehrenamtliche Engagement muss von professionellen Strukturen unterstützt werden z.B. bei der Buchhaltung oder der Digitalisierung. Dies muss Initiieren von interkommunalen Vereinsnetzwerken angestoßen und von öffentlichen Geldern gefördert werden.
- Wir brauchen einen Ausbau des Landesinvestitionsprogramm, um die hohen notwendigen Investitionen in Infrastruktur der Vereine zu stemmen. Nur so kann ehrenamtliches Engagement und Vereinsleben überhaupt ermöglicht werden.

12. Die kommunale Finanzpolitik kann nur mit Unterstützung des Landes im ländlichen Raum funktionieren.

Viele Dörfer sind bereits konfrontiert mit dem „Teufelskreislauf“ von mangelnden Einnahmen durch den Wegzug von Unternehmen und Menschen und damit einhergehenden sinkenden Einnahmen sowie der gleichzeitigen Herausforderung, dass dringend Investitionen benötigt werden, um die Attraktivität des Ortes zu steigern für die ansässige Bevölkerung und um Zuzug zu ermöglichen. Aufgrund dieses Kreislaufs führt dies zwangsläufig zum Aussterben des ländlichen Raums aufgrund der Anforderungen einer rigiden Haushaltspolitik im Zeichen der Schuldenbremse auch für Bundesländer und Kommunen.

Daher muss eine zentrale Aufgabe der Landesregierung sein die Finanzsituation der Kommunen im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern. Ohne entsprechende Finanzmittel wird die Zukunft im ländlichen Raum düster. Deshalb muss der Bedarf des ländlichen Raums in der Finanzausgleichsumlage stärker priorisiert werden. Dies kann jedoch nicht das große Gefälle bei Grund- und Gewerbesteuer zwischen Stadt und Land ausgleichen. Auch Förderprogramme wie der Ausgleichsstock beim kommunalen Investitionsfonds, die kommunale Investitionszuschüsse oder das Entwicklungsprogramm Ländlicher Programm müssen ausgebaut werden. Allein der Ausgleichsstock mit einem Volumen von 87 Millionen wurde seit 2010 nicht erhöht und 2018 konnten lediglich 40% der Anträge unterstützt werden. Das ist ein einzelnes Debakel, denn es bedeutet im Resultat einen enormen Investitionsstau. Allein im ländlichen Raum in Baden-Württemberg kann von einem kommunalen Investitionsstau im einstelligen Milliardenbereich Euro ausgegangen (basierend auf der bundesweiten Schätzung von 138 Milliarden Euro). Die Landesregierung sorgt so dafür, dass für zukünftige Generationen so notwendige Infrastruktur wie der Ausbau des ÖPNV nicht stattfindet..

Wir brauchen statt dem aufwändigen Einwerben von Sondermittel — oftmals herausfordernd aufgrund der ausgedünnten Verwaltung vor Ort — eine verbesserte Grundsicherung der ländlichen Kommunen. Wir wollen hier die Eigenverantwortung der Kommunen stärken. Diese wissen am besten, wo sinnvoll investiert werden soll. Letztlich muss eine Landesregierung endlich den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, um Land und Kommunen vernünftig aus zu finanzieren. Das „Kaputtsparen“ von Land und Kommunen muss ein Ende finden. Dafür treten wir als LINKE ein.

Anträge zur Gestaltung der Landtagswahl	
Nr.	W 1
Antrag gestellt von	Forum demokratischer Sozialismus
Begehrt	Basisdemokratische Teilhabe

Der 7. Landesparteitag der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg möge beschließen, dass bei der Erarbeitung des Landtagswahlprogramms für die Landtagswahl 2021 eine basisdemokratische Teilhabe aller Parteimitglieder verbindlich gewährleistet ist.

Dazu sollen nicht nur die Landesarbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse miteinbezogen werden, sondern auch die Ergebnisse der vom Landesvorstand initiierten und geplanten Mitgliederbefragungen als verbindliche Arbeitsgrundlage gelten. Die Mitgliederbefragungen werden hier ausdrücklich nicht gleichgesetzt mit einem Mitgliederentscheid nach §10 der Landessatzung.

Begründung

DIE LINKE ist eine emanzipatorische Partei. Es ist also unabdingbar, dass bei der Erarbeitung von Programmen, die im Wahlkampf von so vielen Genoss*innen vertreten werden, diese auch ein Mitspracherecht haben, welches über die Vertretung durch die Landesparteitagsdelegierten hinausgeht. So soll auch verhindert werden, dass „blinde Flecken“ entstehen. Des Weiteren sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Mitgliederbefragungen auch Konsequenzen nach sich ziehen – in diesem Fall das Miteinfließen der Abstimmungen in die Erstellung des Wahlprogramms, sonst verkommt die Befragung zum Selbstzweck. Beispielhaft kann eine Mitgliederbefragung darüber abstimmen lassen, welche drei Hauptthemen die Wahlkampagne ansprechen soll.

Anträge zur Gestaltung der Landtagswahl	
Nr.	W 2
Antrag gestellt von	Forum demokratischer Sozialismus
Begehrt	Spitzenteam durch Urwahl

Der Landesparteitag beschließt in Übereinstimmung mit §6(1) Landesordnung für Mitgliederentscheide einen Mitgliederentscheid für das Verfahren zur Kandidat*innenkür des Spitzenteams zur Landtagswahl 2021. Der Beschluss findet abweichend zu der in §6(2) Satz 2 festgelegten Frist statt. Dabei beschließt der Landesparteitag folgende ergänzende Rahmenbedingungen:

- Der Beschluss zur Urwahl nimmt die Diskussion über Ausgestaltung des Spitzenteams beziehungsweise seine Personenzahl nicht vorweg.
- Berechtigt zur Kandidatur für das Spitzenteam sind die bis einschließlich Juli 2020 in einem Wahlkreis zur Landtagswahl 2021 durch Mitgliederbeschluss nominierten Kandidat*innen. Der Mitgliederentscheid findet statt, wenn mindestens in der Hälfte der Wahlkreise Kandidat*innen von den Kreisverbänden nominiert wurden.
- Eine Vorstellung der KandidatInnen erfolgt auf Regionalversammlungen in den Regierungsbezirken. Diese können mit dem Programmprozess verbunden werden.

Im Zuge der Wahlauswertung erfolgt nach der Landtagswahl 2021 eine Evaluierung des Urwahlverfahrens im Landesausschuss.

Begründung

Die kommenden Landtagswahlen werden uns vor eine nicht zu unterschätzende Herausforderung stellen. Für die LINKE kommt es darauf an, möglichst geschlossen in diesen Urnengang zu gehen. Dabei wird jede Hand und jede*r freiwillige Helfer*in gebraucht. Neben einem guten Programm brauchen wir im Wahlkampf ein authentisches Spitzenteam, das linke Politik in Baden-Württemberg glaubwürdig nach außen kommunizieren und die Mitglieder begeistern kann. Es muss dabei auf eine starke Verankerung in der Basis und damit auf breite Unterstützung der Mitgliedschaft verlassen können. Dies wird durch eine Direktwahl gewährleistet.

Anträge zur Gestaltung der Landtagswahl	
Nr.	W 3
Antrag gestellt von	LAG Frauen
Begehrt	Min. die Hälfte der Kandidierenden müssen Frauen sein

„Bei der Aufstellung zur Landtagswahl sollen mindestens die Hälfte aller Wahlkreise mit Frauen* besetzt werden. Innerhalb eines Wahlkreises soll bei den Kandidierenden und Ersatzkandidierenden zumindest eines von beiden mit einer Frau* besetzt werden. Die Quotierung muss insbesondere bei den aussichtsreichen Wahlkreisen greifen.“

Begründung

Wir unterstützen den Vorschlag einer 100%igen Frauenquote bei der kommenden Landtagswahl. Zumindest aber muss die Hälfte aller Kandidierenden Frauen* sein.

Anträge zur Gestaltung der Landtagswahl	
Nr.	W 4
Antrag gestellt von	EmaLi
Begehrt	Mitgliederbefragung bei Programmfindung berücksichtigen

Die Zeilen „Das vorliegende 10-Punkte-Papier des Landesvorstandes, das Landtagswahlprogramm von 2016 und die kommunalpolitischen Eckpunkte dienen ab sofort als Arbeitsgrundlagen für eine stärkere Einmischung in aktuelle landespolitische Konflikte.“

Ersetzen durch:

Das Landtagswahlprogramm von 2016 und die kommunalpolitischen Eckpunkte sowie die Ergebnisse der Befragung der Mitglieder von zu den für sie wichtigsten LTW Themen dienen ab sofort als Arbeitsgrundlagen für eine stärkere Einmischung in aktuelle landespolitische Konflikte.

Anträge zur Gestaltung der Landtagswahl	
Nr.	W 5
Antrag gestellt von	Solid Stuttgart / Solid Rems-Murr (nicht antragsberechtigt)
Begehrt	Mitgliederbefragung bei Programmfindung berücksichtigen

Wir beantragen Zeile 5 des Leitantrags: „Für eine feministische und sozialistische Kraft im Landtag“ durch die Zeile: „Solidarisch. Ökologisch. Baden-Württemberg für alle!“ zu ersetzen.

Begründung:

Wir erkennen an, dass die Begriffe Feminismus und Sozialismus für unsere Partei identitätsstiftend sind. Jedoch sind wir skeptisch was die Rezeption dieser Begriffe außerhalb der Klientel, die unsere typische Wähler*innenschaft darstellt angeht. Es handelt sich unserer Meinung nach um Allgemeinplätze die an der Lebensrealität der Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg vorbei geht.

Unser Vorschlag soll das in der Bevölkerung breit diskutierte Thema Ökologie aufgreifen. Dabei geht es um Themen wie die anstehende Verkehrswende, aber auch der Umbau der Landwirtschaft, der von vielen Landwirten als Gefahr gesehen wird.

Wir müssen klar machen, dass wir diese notwendigen Änderungen immer solidarisch im Gespräch mit der Bevölkerung vor Ort angehen wollen.

Dabei wollen wir herausstellen, dass ein reiches Bundesland wie Baden-Württemberg nicht nur für alle funktionieren kann, sondern muss!

Anträge zur Gesellschaft (Umweltpolitik)	
Nr.	G 1
Antrag gestellt von	Ortsverband Bad Cannstatt
Begehr	Arbeitsplätze und Klima retten und diverses Anderes

Arbeitsplätze und Klima retten

Autokonzerne in Gemeineigentum und Konversion der Produktion

Die Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen in der deutschen Autoindustrie ist Folge der weltweiten Überkapazitäten. Nach Angaben des CAR-Instituts der Uni Duisburg-Essen sank die globale Autoproduktion im Jahr 2019 um 5% auf 78,8 Millionen. Es wurden so wenig Autos gebaut wie seit 22 Jahren nicht mehr.

In der Krise 2008/2009 und danach hat der chinesische Markt für einen neuen weltweiten Branchenboom gesorgt. Hier sind nun die Einbrüche am stärksten. Ein neuer wachsender Markt ist nicht in Sicht. Der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt verschärft sich enorm. Jeder Konzern versucht auf Kosten der Konkurrenz seinen Marktanteil zu vergrößern. Damit gleichzeitig die Renditen wieder steigen, sollen die Lohnkosten sinken. Das ist der Grund für die massenhafte Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer und Kostensenkungsprogramme. Die sogenannte Transformation bei der Technologie dient als Vorwand.

Der Konkurrenzkampf wird auch über Technologien ausgefochten. So wie die deutschen Konzerne mit ihrer Bundesregierung eine kriminelle Vereinigung bilden, um der deutschen Autoindustrie mit Hilfe des Dieselbetrugs einen Konkurrenzvorteil zu verschaffen, nutzen ausländische Konzerne und ihre Regierungen die Chance, die deutschen Autokonzerne bei E-Autos und Brennstoffzellenautos niederzukonkurrieren. Das hat nichts mit Klimaschutz zu tun. China bezieht 65 % des Stroms aus Kohlekraftwerken. Der Bau weiterer Kohlekraftwerke ist geplant.

Gut 225.000 Menschen arbeiteten nach Daten des Statistischen Landesamts 2016 in Baden Württemberg bei Autobauern und Zulieferern. Dazu zählen 290 Betriebe. Damit arbeiten fast 28% der Beschäftigten der deutschen Autoindustrie im Südwesten. Hinzu kommt, dass der Maschinenbau ebenfalls stark von der Autoindustrie abhängig ist. Deshalb ist Baden Württemberg besonders hart von der Krise der Autoindustrie betroffen.

Die Krise der Autoindustrie hat bereits Auswirkungen auf die Finanzen der Kommunen. Wegen der Verluste aus Dieselbetrug, Strafzahlungen und Gerichtskosten sind die Gewinne bei Daimler eingebrochen. Dadurch sind die Gewerbesteuern in Kommunen mit Daimler-Werken bereits drastisch zurückgegangen. In Sindelfingen ist die Gewerbesteuer von 150 Millionen im Jahr 2018 auf 40 Millionen zurückgegangen. Für die Jahre 2020 und 2021 erwartet der Stadtkämmerer von Sindelfingen jeweils nur 25 Millionen Euro Gewerbesteuer. Hier und in anderen Gemeinden mit Daimler-Werken wurden bereits Haushaltssperren erlassen.

Die Absatzkrise der Autoindustrie fällt zusammen mit der Klimakatastrophe. Um die CO2-Emissionen zu reduzieren, muss der Individualverkehr drastisch reduziert werden.

Batterieelektrisch betriebene Autos sind keine Zukunftstechnologie für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Rettung des Klimas. Beim Bau von E-Autos entsteht mehr CO2 als bei Verbrennern. Da der Strom nur zum Teil aus erneuerbaren Energien stammt, sind E-Autos auch im Betrieb nicht CO2-frei. Der Bau von einer Million Ladepunkte bis 2030 emittiert viel CO2. Der Abbau von Rohstoffen, die für E-Autos gebraucht werden, hat in der sogenannten Dritten Welt desaströse ökologische und soziale Folgen. Alle anderen Schäden des Individualverkehrs gelten auch für das E-Auto: Verkehrstote, Verletzte, Flächenverbrauch, Lärm, Feinstaub, Mikroplastik durch Reifenabrieb.

Die angebliche Umstellung der Produktion von Autos mit Verbrennermotor ist Propaganda fürs Greenwashing und für den Abbau von Arbeitsplätzen. Alle Konzerne bauen vor allem weiter Autos mit Verbrennungsmotor und sind nicht bereit bereits verkaufte Autos mit Betrugsoftware mit Hardware nachzurüsten. In einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten vom 4.12.2019 erklärt der Chef der Antriebssparte bei Bosch, Uwe Gackstetter, dass im Jahr 2030 weltweit gerade mal ein Viertel aller neu zugelassener Fahrzeuge batterieelektrisch angetrieben werden. Daimler will im Jahr 2020 9% seiner Fahrzeuge als batterieelektrische Autos verkaufen und im Jahr 2030 die Hälfte. Davon werden viele als Plug-in-Hybride auf den Markt kommen, d.h. mit Batterieantrieb und Verbrennungsmotor. DIE LINKE darf sich nicht darauf einlassen, den Antrieb zur entscheidenden Frage zu machen.

DIE LINKE Baden Württemberg erklärt: Zu viele Autos sind das Problem, nicht der Antrieb

Wir fordern:

1. Schluss mit der staatlichen Förderung und dem greenwashing von batterieelektrischen Antrieben.
2. Hardware-Nachrüstung für alle Dieselfahrzeuge auf Kosten der Profite und mit Herstellergarantie
3. Einführung von Tempo 120 auf der Autobahn, Tempo 70 auf Landstraßen und Tempo 30 innerorts

4. Offenlegung aller Finanz- und Wirtschaftsdaten der Konzerne und sämtlicher verbauter Software für die Motorensteuerung.
5. Schluss mit Profitproduktion und Betrug in der Autoindustrie. Überführung der Autokonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle
6. Für einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur Umstellung der Autoindustrie auf alternative Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvoll Produkte.
7. Für eine Bürgerbahn: Entlassung des Bahnvorstand und Auflösung des Aufsichtsrats und Übernahme der Verwaltung der Bahn durch ein demokratisch gewähltes Komitee aus Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, Bündnis Bahn für alle, Pro Bahn, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 u.a.
8. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr und massive Absenkung der Tarife im Regional- und Fernverkehr.
9. Nein zur Abwälzung der Verluste der Absatzkrise und der Kosten für den Dieseltbetrug auf die Beschäftigten und Autobesitzer.
10. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung

Anträge zur Gesellschaft (Umweltpolitik)	
Nr.	G 2
Antrag gestellt von	Antikapitalistische Linke
Begehr	Keine CO2 Bepreisung

Die Linkspartei Baden-Württemberg lehnt eine Bepreisung von CO2 ab.

Begründung:

Der Klimawandel ist eine Folge kapitalistischer Produktionsweisen und dem damit verbundenem Konsumverhalten.

Dieses Konsumverhalten ist das Ergebnis des Kapitalismus. Viele alltägliche Gewohnheiten der arbeitenden Bevölkerung sind erster Linie der Notwendigkeit geschuldet, im kapitalistischen Verwertungsprozess ihrer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, z.B. das Pendeln zur Erwerbsarbeitsstelle.

Die Profite dieser Art des Wirtschaftens haben seit Generationen, auch in Deutschland, die Konzerne einkassiert. Diese Profiteure der Ausbeutung von Mensch und Natur sind deshalb für die jetzt entstehenden finanziellen Folgen des Klimawandels haftbar zu machen.

Eine CO2-Steuer wäre somit ein Instrument der Gleichmacherei.

Sie verhindert aber auch den Blick auf die wesentlichen Veränderungen, die in Wirtschaft und Gesellschaft notwendig sind: Die Linkspartei hat die Aufgabe, Vorschläge zu machen, wie auf der Ebene der Produktionsweise Veränderungen und Verbesserungen zu erreichen sind.

Die CO2-Steuer, wie sie gegenwärtig von CDU, SPD und Grünen diskutiert wird, ist nichts anderes als ein marktwirtschaftliches Instrument.

Über kurz oder lang wird dies zu weiterer vertiefter Ungleichheit in unserer Gesellschaft beitragen.

Anträge zur Gesellschaft (Wohnungspolitik)	
Nr.	G 3
Antrag gestellt von	Ortsverband Bad Cannstatt
Begehr	Vonovia & Co enteignen

VONOVIA und andere Immobilienkonzerne enteignen

Die Fraktion DIE LINKE bringt einen Antrag im Bundestag ein zur Überführung der VONOVIA und anderer Immobilienkonzerne in Gemeineigentum durch Enteignung ein. Dabei geht es nicht nur um die Überführung der Wohnungen in Gemeineigentum, sondern der gesamten Gesellschaften. Das erklärte Ziel dabei ist u.a. die Senkung der Mieten, die Verbesserung des Service für die Mieter*innen sowie die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Die enteigneten Wohnungsgesellschaften müssen unter demokratische Verwaltung und Kontrolle der Mieter*innen, der Beschäftigten und der Gewerkschaften gestellt werden. Entschädigung darf es nur für Kleinaktionäre geben.

Anträge zur Gesellschaft (Bildungspolitik)	
Nr.	G 4

Antrag gestellt von	Forum demokratischer Sozialismus
Begehr	Hochschulpolitik

In den vergangenen Jahren sind auch die Hochschulen Baden-Württembergs zum Ziel eines rechtskonservativen Rollbacks im Bildungssystem geworden. Die zwischenzeitlichen Erfolge der grün-roten Landesregierung, wie etwa die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaften und die Abschaffung der Studiengebühren stehen inzwischen wieder zur Debatte. Insbesondere seit der Bildung der amtierenden Landesregierung lässt sich das Wissenschaftsministerium von Koalitionspartner und Opposition von rechts durch die Manege treiben.

Mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes zu Beginn der Grün Schwarzen Koalition wurde beispielsweise das ausdrückliche hochschulpolitische Mandat der verfassten Studierendenschaften auf Betreiben der CDU gestrichen. Langfristige Probleme, wie prekäre Arbeitsverhältnisse und demokratische Defizite innerhalb der Hochschulstrukturen werden nicht angegangen. Auch Studiengebühren sind durch die grün-schwarze Koalition inzwischen wieder diskutabel. Spätestens wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer vorangegangenen Bildungsbiografie mit horrenden Gebühren zur Kasse gebeten werden, ist klar: Baden-Württemberg braucht ein Umdenken in der Hochschulpolitik.

Die Freiheit der Wissenschaft fördern – Ausreichende Finanzierung statt Abhängigkeit von Drittmitteln

Der Hochschulfinanzierungsvertrag II wäre eine große Chance gewesen die Hochschulen in Baden-Württemberg wieder auf gesunde Füße zu stellen, Finanzierungsstau und Sanierungsstau abzubauen und die Programm-Mittel Abhängigkeit zu beenden. Gute wissenschaftliche Arbeit baut auf das Abwägen von Perspektiven und gründlicher Diskussion und Evaluation der eigenen Arbeit. In der momentanen Wissenschaftskultur fehlt dazu häufig die nötige Zeit. Der nicht endende Wettbewerb um Drittmittelförderung für Forschungsprojekte bindet Unmengen personeller Anstrengungen an das Ausarbeiten und Schreiben von Forschungsanträgen. Der Erfolg ist in den seltensten Fällen sicher. Das fortwährende konkurrieren um Forschungsgelder kostet Zeit, die besser für Forschung und Lehre genutzt werden könnte. Die nicht hinreichende Grundfinanzierung der Hochschulen durch das Land erleichtert gleichzeitig Unternehmen der Privatwirtschaft durch Drittmittelförderungen und Stiftungen den Zugang zu den Forschungs- und Lehrinrichtungen. Wir fordern daher eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen und ein Ende der Antragskultur!

Demokratie fördern – in und außerhalb der Hochschulstrukturen

Die Entscheidungsstrukturen in Hochschulen sind häufig intransparent und weisen erhebliche demokratische Defizite auf. Die Verteilung der Stimmrechte auf die Statusgruppen weicht massiv von deren personeller Stärke innerhalb der Hochschule ab. Die Professor_innenmehrheit verhindert nicht selten frische Ideen und Veränderung. Zu einigen Gremien bleiben Mittelbau und Studierende der Zugang auch verwehrt. Entscheidungen finden daher häufig informell und hinter verschlossenen Türen durch wenige statt. Wir fordern eine viertelparitätische Besetzung der hochschulinternen Gremien und studentische Rektoratsmitglieder an den Hochschulen in Baden-Württemberg. Wir fordern ein Ende von professoralen Alleingängen, Schluss mit der Professor_innenmehrheit und keine Abwahl der Rektor_innen durch einzig der Professor_innen.

Die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaften 2012 war ein großer Erfolg der damaligen Landesregierung. Die Beschneidung ihres politischen Mandats 2018 ein Armutszeugnis. Studierendenvvertretungen müssen sich gefahrlos zu relevanten Themen positionieren können. Neben direkt die Forschung und Lehre betreffenden Angelegenheiten gehören dazu auch Fragen wie Wohnungsnot, Nachhaltigkeit oder Diskriminierung. Wir fordern ein starkes politisches Mandat für die Studierendenschaften.

Das Recht auf Bildung – Menschenrechte haben kein Preisschild

Mit der Einführung der Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland sowie für Zweitstudierende geht die Landesregierung einen großen Schritt in die Vergangenheit. Die Erhebung von Gebühren abhängig von der Herkunft ist diskriminierend und gefährdet die internationale Vernetzung unserer Universitäten. Im Falle des Zweitstudiums widerspricht sie klar dem Ideal des lebenslangen Lernens. Wir fordern das Ende jedweder Studiengebühren.

Freiräume statt Gängeleien

Der Druck im Studium steigt stetig an. Mit begrenzten Prüfungsversuchen und Regelstudienzeiten sollen Studierende möglichst schnell durch das Curriculum geschleust werden. Freiräume und Orientierungsphasen werden dadurch unterbunden. Auch die unsägliche Praxis von ausgeweiteten und detaillierten Krankheitsnachweisen bei Prüfungsrücktritten anstelle des sonst üblichen, einfachen Krankenscheins ist eine Gängelei, die so nicht hingenommen werden darf. Wir fordern daher ein Ende von Regelstudienzeit und Anwesenheitslisten sowie das Verbot der derzeit gängigen Forderung nach ausführlichen Krankheitsnachweisen.

Gute Arbeit braucht sichere Bedingungen

Kurzfristige Arbeitsverträge, Kettenbeschäftigungen, unfreiwillige Teilzeit und Abhängigkeit von Drittmitteln. Junge Forscher_innen leiden unter prekären Arbeitsbedingungen und stehen zumeist vor unklaren Zukunftsperspektiven. Nur die allerwenigsten schaffen es, nach langen Jahren der Ochsentour auf eine unbefristete Professur. Durch diese Arbeitsverhältnisse entstehen unnötige Abhängigkeiten und extremer Konkurrenzdruck, welche die Qualität der Forschung beeinträchtigen. Wir fordern ein Ende der prekären Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen.

Forschung für die Allgemeinheit, nicht für den Tod

Viel zu häufig finden Rüstungsunternehmen Zugang in die Hochschulen. Dieser Einfluss wird insbesondere durch die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen ermöglicht. Sowohl durch die direkte Bereitstellung von Drittmitteln für Forschungsprojekte als auch durch die Stiftung von Auszeichnungen oder gar Professuren wird diese Verzahnung vorangetrieben. Forschung muss jedoch der Allgemeinheit dienen und nicht den Tod zur Folge haben. Wir fordern daher eine verbindliche Zivilklausel für Hochschulen in Baden-Württemberg.

Begründung

Hochschulpolitisch bleibt die grün-schwarze Landesregierung ein Trauerspiel. In den meisten Feldern bleibt das Wissenschaftsministerium untätig, in anderen lässt sie sich von CDU und AFD die Stoßrichtung vorgeben.

Dieser Antrag wurde auf dem vergangenen Landesparteitag zur Überarbeitung in den Landesausschuss überwiesen. Eine Auseinandersetzung mit ihm erfolgte bisher nicht. Aufgrund der in einem Jahr stattfindenden Landtagswahl sehen wir es als notwendig an, auch in Fragen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik ein schärferes Profil als bisher zu zeigen. Der Beschluss des Landesparteitags soll als Grundlage für die Programmdiskussion dienen und den hochschulpolitisch Aktiven Genoss*innen grundlegende Positionen an die Hand geben, wie DIE LINKE sich den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg vorstellt.

Kein *Weiter So* mit Grün-Schwarz

10 Punkte für einen sozialen und ökologischen Aufbruch in Baden-Württemberg!

1. Wir machen Druck für mehr soziale Gerechtigkeit

Baden-Württemberg ist ein reiches Land, dennoch nehmen Kinder- und Altersarmut zu. Statt Familien endlich zu entlasten, blockiert die grün-schwarze Landesregierung das Volksbegehren für gebührenfreie Kitas. Wir machen Druck für mehr soziale Gerechtigkeit: kostenlose Schulwege, Sozialpässe und ausreichende Mietzuschüsse für Hartz-IV Berechtigte. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen entlasten und scheuen dabei auch nicht die Auseinandersetzung mit den Großkonzernen und Superreichen!

2. Gute Arbeit: neue Wege für die Autoindustrie

Unsichere Jobperspektiven und niedrige Löhne nehmen auch in Baden-Württemberg zu. Die Automobilindustrie steckt in einer Produktkrise. Die Landesregierung fördert einseitig Elektroautos und Künstliche Intelligenz. Eine zukunftsfähige, gemeinschaftliche Gestaltung der Industrie 4.0 muss aber auf einer nachhaltigen und breiten Innovationspolitik und einer Weiterbildungsoffensive aufbauen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Beschäftigten wollen wir deswegen einen schnellen Umbau der Automobilkonzerne samt Zulieferer hin zu Unternehmen der zukünftigen Mobilität anstoßen – für einen sozial-ökologischen Übergang. Die Arbeitnehmer*innen dürfen dabei aber nicht die Zeche zahlen. Die Tarifbindung wollen wir ausweiten und den Mindestlohn erhöhen.

Wie retten wir die Welt?

Wir stehen nur wenige Jahre vor einer der größten Krisen der Menschheitsgeschichte. Klimaexpertinnen sind sich einig: wenn wir nicht innerhalb weniger Jahre eine 180° Wende in der Umweltpolitik hinlegen, wird die globale Erderwärmung nicht aufzuhalten sein. Dürren, Überflutungen, Hunger und Flucht ganzer Landesbevölkerungen werden die Folge sein. Während wir in den reichen Industriestaaten hier die Hauptverantwortung tragen, werden wir selbst davon als Letzte betroffen sein. Unser Fokus wird deswegen bei allen Politikmaßnahmen stets darauf liegen: **Was kann Baden-Württemberg dafür tun, um dieser Verantwortung gerecht zu werden?** DIE LINKE steht für einen radikalen Wechsel in der Klimapolitik und für einen sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Die Zeit für Worte ist vorbei, nun gilt es zu handeln!

3. Parité: mehr Frauen in die Parlamente

Frauen verrichten zusätzlich zur Erwerbsarbeit den überwiegenden Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten. Dabei werden sie für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt und sind weit öfter von Armut und auch Gewalt betroffen. In den politischen Entscheidungsgremien sind sie zudem deutlich unterrepräsentiert. Grün-Schwarz hat das undemokratische Landeswahlgesetz nicht reformiert. Das wollen wir ändern und fordern ein Parité-Gesetz für den Landtag, damit dieser künftig zur Hälfte von Frauen besetzt ist.

4. Sicher Wohnen: bezahlbar für Alle

Steigende Mieten sind längst kein Stadt-Problem mehr, sondern betreffen das ganze Land. Die Landesregierung fördert private Investor*innen statt die Anzahl von Sozialwohnungen zu erhöhen. Deshalb wollen wir die Wohngemeinnützigkeit wiederherstellen und fordern mehr Mittel für den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau. Statt landeseigene Wohnungen zu verkaufen, wie unter Grün-Rot 2012 geschehen, wollen wir den öffentlichen

Wohnungsbestand ausweiten, u.a. durch spezielle Landeszuschüsse für kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Wir streiten für einen Mietendeckel in Baden-Württemberg!

5. Überall mobil: ein Bus in jeden Ort

Wir stehen kurz vor einer globalen Klimakatastrophe und die Verkehrswende in Baden-Württemberg stagniert seit Jahren. Daran haben leider auch zwei grüngeführte Landesregierungen nichts geändert. Statt die Auto-Lobby zu hofieren wird es Zeit, endlich den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und die Elektrifizierung der Bahnen im ganzen Land massiv voranzutreiben. Wir stehen für einen ticketfreien ÖPNV und für einen Bus in jeden Ort. Bus und Bahn brauchen einen besseren Takt, auch in den Abendstunden - und das ganze selbstverständlich barrierefrei!

6. Gute Bildung für Alle: gemeinsames Lernen fördern

Wir wollen Gemeinschaftsschulen ausbauen, die Klassengrößen reduzieren und den Einsatz multiprofessioneller Teams fördern, um ein inklusives Lernen zu ermöglichen. Ob Mittagessen, Beförderung oder Studiengebühren: Eine chancengleiche Bildung benötigt Kostenfreiheit! Für unsere Erzieher*innen, Lehrkräfte und unseren akademischen Mittelbau fordern wir sichere Arbeitsbedingungen sowie gleiches Gehalt für gleiche Arbeit. In keinem anderen Bundesland werden so viele Lehrerinnen und Lehrer in den Sommerferien zum Jobcenter geschickt wie in Baden-Württemberg. Das ist eine unwürdige Praxis und gehört abgeschafft.

7. Gute Versorgung auch auf dem Land: keine Krankenhausschließungen

Die Gesundheitsversorgung steht unter Beschuss, denn die Landesregierung plant einen massiven Abbau von Krankenhäusern – insbesondere auf dem Land. Wir wehren uns gegen die Schließungen und fordern mehr Personal im Gesundheitswesen. Gesundheit ist keine Ware, sondern eine öffentliche Aufgabe. Die Städte und Landkreise brauchen dafür eine bessere finanzielle Ausstattung.

8. Solidarität statt Hass: in Vielfalt vereint

In Baden-Württemberg leben viele verschiedene Kulturen und Nationalitäten friedlich beisammen. Das bereichert unsere Gesellschaft. Für uns ist auch klar: Menschen in Not muss geholfen werden. Wir stellen uns deswegen dem Hass und der Hetze der neuen Rechten entgegen. Ihren Rassismus beantworten wir mit Solidarität. Wir lehnen jedes Ausspielen von Migrant*innen und Menschen in prekären Lebenssituationen ab, egal ob auf der Arbeit oder auf dem Wohnungsmarkt.

9. Grundrechte wahren: Überwachung stoppen

Das neue Polizeigesetz sieht eine massive Zunahme von Überwachung und die Beschneidung wichtiger Freiheitsrechte vor. Damit wird die Law&Order Politik der CDU aus den vergangenen Jahrzehnten nun mit den Grünen nahtlos fortgeführt. Wir fordern die Rücknahme dieser Verschärfung: keine intelligente Videoüberwachung, keine Kriegswaffen und keine Staatstrojaner.

10. Frieden ist unsere Mission

Kriege und ungerechter Handel sind die Hauptgründe für den Hunger in der Welt, für Flucht und Vertreibung. Deutsche Waffen sind dabei überall beteiligt. Wir wollen deswegen die baden-württembergischen Rüstungsbetriebe in eine zivile Produktion überführen und militärische Standort wie bsp. in Müllheim auflösen. Bundeswehr-Jugendoffiziere an den Schulen lehnen wir ab.

Städte und Gemeinden sozial, ökologisch und friedlich – das ist unser Ziel!

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier	
Nr.	Z 1
Antrag gestellt von	Kreisverband Esslingen
Begehr	Andere Aufteilung

Punkt 4 Sicher Wohnen: bezahlbar für Alle und Punkt 7 Gute Versorgung auch auf dem Land: keine Krankenhausschließungen sowie „Wie retten wir die Welt?“

Die Punkte 4 Sicher Wohnen: bezahlbar für Alle und Punkt 7 Gute Versorgung auch auf dem Land: keine Krankenhausschließungen sollen zu einem Punkt zusammengefasst werden.

Damit es weiterhin auch ein 10 Punkte Programm bleibt, kann somit der Kasten „Wie retten wir die Welt?“ zum Punkt „Umwelt- und Klimaschutz im Ländle: für einen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ geändert werden.

Änderungs-Anträge zum Leitantrag	
Nr.	Z 2
Antrag gestellt von	Kreisverband Mannheim
Begehr	Andere Aufteilung

A) Der Kasten „Wie retten wir die Welt?“ wird mit der neuen Überschrift „Klimagerechtigkeit ist das größte soziale Problem unserer Zeit“ an Punkt 1 gesetzt

B) Die Reihenfolge der Aufzählung wird wie folgt verändert:

2. Gute Arbeit: neue Wege für die Autoindustrie (bisher Punkt 2)
3. Sicher wohnen: Bezahlbar für alle (bisher Punkt 4)
4. Wir machen mehr Druck für soziale Gerechtigkeit (bisher Punkt 1)
5. Gute Bildung für alle: gemeinsames Lernen fördern (bisher Punkt 6)
6. Parité: mehr Frauen in die Parlamente (bisher Punkt 3)
7. Überall mobil: ein Bus in jeden Ort (bisher Punkt 5)
8. Gute Versorgung auf dem Land: Keine Krankenhausschließungen (bisher Punkt 7)
9. Solidarität statt Hass: In Vielfalt vereint (bisher Punkt 8)
10. Grundrechte wahren, Überwachung stoppen (bisher Punkt 9)
11. Frieden ist unsere Mission (bisher Punkt 10)

C) Folgende Überschriften sollten geändert werden:

2. Gute Arbeit: neue Wege für die Autoindustrie - neu: Transformation der Autoindustrie
5. Gute Bildung für alle: gemeinsames Lernen fördern - neu: Gute Bildung und Betreuung
6. Parité: mehr Frauen in die Parlamente - neu: Parité und Feminismus
7. Überall mobil: ein Bus in jeden Ort - neu: Überall mobil und gleichwertige Lebensverhältnisse
8. Gute Versorgung auf dem Land: Keine Krankenhausschließungen - neu: Keine Krankenhausschließungen
9. Solidarität statt Hass: In Vielfalt vereint - neu: Solidarität statt Hass

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 1	
Nr.	Z 3
Antrag gestellt von	Ökologische Plattform
Begehr	div.

- Mietzuschüsse sind nicht Zuständigkeit der Landespolitik. Formulierungsvorschlag: „Recht auf leistbares Wohnen politisch garantieren.“
- Armut hört nicht bei Hartz-IV auf (größtes Netz ist das Wohngeld => Sache der Kreise)

- „Kostenlose Schulwege“ Formulierungsvorschlag: „kostenlose Schülerbeförderung“ oder besser „kostenloses Kinderticket“
- „Kleinere und mittlere Einkommen entlasten“ Formulierungsvorschlag: „Wir wollen für alle Menschen gerechte Teilhabe am Wohlstand der Gesellschaft sicherstellen.“
- Hinweis auf Vermögenssteuer = Landessteuer! Steuerfindungsrecht des Landes nutzen (auch wenn rechtlich ungeklärt)

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 2	
Nr.	Z 4
Antrag gestellt von	KV Esslingen
Begehrt	Für die Interessen der Beschäftigten umsteuern

Ihr schreibt: wir wollen „einen schnellen Umbau der Automobilkonzerne [...] für einen sozial-ökologischen Übergang“ – das ist in der Sache richtig. Aber es wäre u.E. wichtig erst einmal festzustellen, dass Generationen von Daimler-, Bosch-, Porsche-, Mahle-etc. –Kolleg*innen (übrigens aus allen Herren/Frauen Länder!!) den großen Reichtum der Region Mittlerer-Neckar geschaffen haben und dass es einfach nicht sein kann (!!), dass mit dem Erreichten jetzt so halbherzig umgegangen wird – es ist unsere Zukunft, die unserer Kinder und die der ganzen Region.

Es sind die Beschäftigten die diese wirtschaftliche Kraft ermöglicht haben – nun muss es darum gehen für sie und ihre Interessen (die Interessen der künftigen Generationen) massiv um- bzw. gegenzusteuern.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 2	
Nr.	Z 5
Antrag gestellt von	Ökologische Plattform
Begehrt	div.

- „Unternehmen der zukünftigen Mobilität“ => was soll das sein und wie lässt sich hierin eine ökologische Perspektive einbetten? Was sind die Geschäftsmodelle? Wir sind nicht die Partei der Autoindustrie (und ihrer wohlhabenden Eigentümer/Aktionäre), sondern müssen für eine neue Mobilitätskultur eintreten.
- Formulierungsvorschlag: „Vom Autoland zur neuen Mobilitätskultur: Wir stehen für die Transformation zur klimaneutralen, gesundheitsförderlichen und ressourcenschonenden Mobilität. Jährlich wächst die Zahl der gemeldeten Autos, Stadtpanzer überschwemmen die Wohngebiete, und die Klimaemissionen im Verkehr schießen durch die Decke. Die Automobilindustrie steckt in einer Produktkrise. Das Auto kann aufgrund seiner Ineffizienz und Umweltwirkung nicht länger im Zentrum der Verkehrsplanung und Industriepolitik stehen. Wir wollen den Straßenaus- und Neubau beenden und die Rahmenbedingungen schaffen für eine Umweltverbund-Offensive. Der Radverkehr und die Fußverkehrsfreundlichkeit der Städte und Gemeinden stehen für uns im Fokus. Genauso wie die Verkehrsvermeidung in der Siedlungsentwicklung durch kompakte und durchmischte Quartiere. Unser Ziel: 90 % der innerörtlichen Wege sollen bis 2035 im Umweltverbund zurückgelegt werden. Im ländlichen Raum setzen wir auf Verkehrsvermeidung, ein Radschnellwege-Netz, multimodale Mobilität, Ride-Sharing und bedarfsgesteuerte, wohnortnahe und digitalisierte Mobilitätsangebote in öffentlicher Aufgabenträgerschaft. Bei Neubauvorhaben wollen wir die Pflicht zur Erstellung von PKW-Stellplätzen beenden und die Umweltkosten eines Bauvorhabens bepreisen. Bei der Transformation des Verkehrssystems kann die Automobilindustrie Partnerin sein, deren Umbau wir zusammen mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften vorantreiben wollen. Die Schiene muss modernisiert, elektrifiziert, reaktiviert und in der Fläche ausgebaut werden. ÖPNV werden wir als Pflichtaufgabe der Kommunen definieren und in seiner Qualität erheblich verbessern. Mit der solidarischen Nahverkehrsabgabe wollen wir den Weg für einen ticketfreien Nahverkehr vor Ort ebnen und das Recht auf Mobilität garantieren.“

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 3	
Nr.	Z 6
Antrag gestellt von	KV Kraichgau-Neckar-Odenwald
Begehrt	Überschritt

Die Kreismitgliederversammlung in Kraichgau – Neckar – Odenwald beantragt, die Überschrift „Parité: Mehr Frauen in die Parlamente“ zu ergänzen durch „Diskriminierung von Frauen beenden. Parité: Mehr Frauen in die Parlamente“.

Begründung: Das Fehlen von Frauen im Landtag spiegelt nicht nur ihre Diskriminierung wider, es schafft diese auch mit, weil weibliche Positionen so kaum Gehör finden. Die meisten Frauen werden jedoch niemals in ihrem Leben ins Parlament einziehen. Sie kämpfen mit ganz anderen Problemen wie schlechter Bezahlung, prekären Arbeitsverhältnissen, fehlender Kinderbetreuung etc.. Diesen Problemen sollte zuvörderst unser Augenmerk gelten. Da die schlechte soziale Situation von Frauen aber mit ihrer fehlenden Repräsentanz im Landtag zusammenhängt, gehört beides in die Überschrift.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 3	
Nr.	Z 7
Antrag gestellt von	KV Kraichgau-Neckar-Odenwald
Begehrt	Frauenzentrierte Geburtshilfe

Die Kreismitgliederversammlung in Kraichgau – Neckar – Odenwald beantragt, nach dem Satz „Dabei werden sie für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt und sind weit öfter von Armut und auch Gewalt betroffen“ den Satz einzufügen „Die LINKE kämpft für eine frauenzentrierte Geburtshilfe.“

Begründung: Die Situation in der Geburtshilfe wird immer prekärer. Viele Hebammen müssen aufgrund hoher Haftpflichtprämien ihren Beruf aufgeben. Viele Schwangere finden keine Hebamme zur Vorsorge, Geburt oder Nachsorge. Kleine Krankenhäuser schließen, in den Kreißsälen herrschen Personalmangel und Arbeitshetze. Die Anfahrtswege werden länger. Entscheidungen werden häufig über die Köpfe der Gebärenden hinweg getroffen, z.T. gegen deren explizit geäußerten Willen. Frauen werden auf diese Weise systematisch ihres Rechts auf körperliche Unversehrtheit beraubt. Menschenrechte enden gleichsam an der Kreißsaaltür. Wir brauchen eine frauenzentrierte Geburtshilfe, in der Gewalt geächtet ist.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 3	
Nr.	Z 8
Antrag gestellt von	KV Kraichgau-Neckar-Odenwald
Begehrt	Care-Bewegung unterstützen

Die Kreismitgliederversammlung in Kraichgau – Neckar – Odenwald beantragt, nach dem Satz „Dabei werden sie für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt und sind weit öfter von Armut und auch Gewalt betroffen“ den Satz einzufügen „Die LINKE steht an der Seite der Care - Bewegung.“

Begründung:

Die Care – Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, die Anerkennung von geleisteter Sorgearbeit zu erhöhen. Dies betrifft sowohl die professionelle Sorgearbeit (ErzieherInnen und Pflege) als auch die unbezahlte Care – Arbeit in den Familien. Sorgearbeit zeichnet sich v.a. durch zwischenmenschliche Zuwendung aus. Wer Care – Arbeit leistet, muss sich Zeit nehmen können für die Care – Nehmenden. Das bedeutet zum Einen bessere Personalschlüssel in KiTas, Krankenhäusern, Altenheimen etc., zum anderen ein Ermöglichen von (zeitlich begrenzter) Teilzeitarbeit. Die Pflege im Minutentakt oder eine unfreiwillige 60 – Stunden – Woche für Eltern wären dramatische Gegenbeispiele.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 4	
Nr.	Z 9
Antrag gestellt von	KV Pforzheim-Enzkreis
Begehrt	Unterstützung von Wohnbaugesellschaften

bezieht sich auf Punkt 4 Zeile 5 vom 10 Punkte Programm u.a. durch spezielle Landeszuschüsse für kommunale Wohnungsbaugesellschaften.

Begründung:

Es gibt genügend kommunale Wohnungsbaugesellschaften die Renditeorientiert wie private Investoren arbeiten. Nur weil sie kommunal sind, heißt es noch lange nicht, dass diese Gesellschaften ein Interesse an Gemeinnützigkeit haben.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 7	
Nr.	Z 10
Antrag gestellt von	KV Breisgau-Hochschwarzwald
Begehr	Bedarfsgerechte Finanzierung von Kinderkliniken

DIE LINKE kämpft seit langem gegen den Ökonomisierungswahn im Gesundheitswesen; sie fordert eine bedarfsgerechte Finanzierung aller Kliniken durch das Land Baden-Württemberg, insbesondere aber der Kinderkliniken und Kinder-Fachabteilungen in Baden-Württemberg wie in ganz Deutschland - die mit dem aktuellen Fallpauschalen-system – in keiner Weise gegeben ist. Ein Sortieren kranker Mitbürger*innen nach "sich lohnenden" und eben "nicht lohnenden Diagnosen/Krankheiten" geht gar nicht.

Begründung: In den vergangenen Monaten häufen sich die Nachrichten, dass in deutschen Krankenhäusern Kinderoperationen abgesagt werden müssen, die Aufnahme weiterer kleiner Patienten verweigert wird und selbst Neugeborenen-Intensivpflege-Stationen in Großstädten wie München immer häufiger keine Kapazitäten aufweisen, um akut erkrankte Kinder aufzunehmen. Das halten wir für unerträglich!

Die Situation von Kinderkliniken und Kinderabteilungen Deutschlands hat sich - allerdings vorhersehbar - hochproblematisch fehlentwickelt. Diese Misere resultiert vor allem aus dem Abrechnungssystem der Fallpauschalen (DRG'S), das für die stationäre Kinderheilkunde gänzlich ungeeignet ist. Kindermedizin sollte daher rasch und vollständig aus dem Fallpauschalensystem herausgenommen werden; Kinderkliniken sollten statt dessen mit einem festen für die Behandlung aller kleinen Patienten ausreichenden Budget ausgestattet werden. Die Abrechnung nach Fallpauschalen haben die Prioritäten in der Krankenhaus-Medizin in ganz ungünstiger Weise verschoben: Nicht mehr die Belegdauer an Tagen (die man auch kritisch sehen kann), sondern die einzelnen ärztlichen Eingriffe werden bezahlt - ohne Berücksichtigung der Pflege, insbesondere der personalaufwendigen pädiatrischen Intensivpflege. Eine Klinik für kranke Kinder ist keine Fabrik, auch wenn dies wohl unser derzeitiger Bundesgesundheitsminister Jens Spahn leider so sieht.

Operativer Herzklappenersatz, Erweiterung von Herzkranzgefäßen mittels des Einsatzes von Stents oder orthopädische Eingriffe an Wirbelsäule, Hüft- und Kniegelenken werden sehr gut bezahlt; Kinder, kleine Patienten, die zur Beobachtung bleiben müssen werden dagegen im Fallpauschalensystem rasch zu teuer, weil anders als bei Erwachsenen deutlich mehr Aufmerksamkeit notwendig ist und das bedeutet höhere Personalkosten. Zudem sind die Verläufe von Kinderkrankheiten oft schwerer vorhersehbar als bei älteren Patienten.

Der neoliberale Ökonomisierungswahn hat für kranke Kinder ganz üble Folgen: Zwischen 2004 und 2017 wurden in Deutschland nicht weniger als 22 Kinderkliniken bzw. entsprechende Fachabteilungen geschlossen. Dazu kommt, dass die Zahl der stationär zu behandelnden Kinder wächst, während die Bettenzahl erheblich reduziert wurde und immer weniger Ärzte und Pflegefachkräfte (Kinder-Krankenschwestern) sich auf die Behandlung/Pflege kranker Kinder spezialisieren. Realsatirisch bezeichnet man dies als Arbeitsverdichtung.

Zwar hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn versucht das Sparen der Kliniken auf Kosten der Mitarbeiter*innen, insbesondere der Pflegefachkräfte etwas abzumildern, aber gerade seine Verordnung, dass Kliniken, die nicht über genügend Personal verfügen bestimmte Abteilungen nicht mehr betreiben dürfen, hat zu einer weiteren Schließungswelle von Abteilungen oder Stationen geführt und damit die Überlastung der verbliebenen Abteilungen erhöht und die finanzielle Abwärtsspirale der betroffenen Kliniken beschleunigt.

So verstärkt sich das Ärgernis, dass die Bundesländer sich seit langem weigern, ihre gesetzliche Aufgabe, die (energetische) Sanierung von Krankenhäusern und notwendige Neubauten , ebenso die Anschaffung von Großgeräten aus dem jeweiligen Landeshaus-halt zu finanzieren. Die Probleme der Kinderstationen sind auch dadurch akut geworden. Geld, dass mit teuren Operationen verdient wird, fließt derzeit regelmäßig in Baumaßnahmen und in die Anschaffung von Großgeräten - auf Kosten der Pflegefachkräfte.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 7	
Nr.	Z 11
Antrag gestellt von	OV Zabergäu
Begehr	Sozialökologische Raumplanung

Ergänzung 10 Punkte Programm des Landesvorstands zum soz.-ökol. Aufbruch in Ba-Wü:

Baden-Württemberg praktiziert eine Raumplanung, die weder sozial noch ökologisch ist. Wir brauchen eine gerechte Raumplanung, die nicht noch mehr Kapital und Wirtschaft im Südwesten konzentriert. Menschen werden aus strukturschwachen Regionen entwurzelt. Diese Regionen fallen noch weiter runter, die Unzufriedenheit dort wächst und rückwärtsgewandte, nationalistische Parteien werden gewählt. In Baden-Württemberg heizt diese Politik den Kampf um Wohnraum an, das Verkehrschaos nimmt Ausmaße bis zum Stillstand an, Gewerbe- und Wohngebiete fressen sich in die Landschaft. Das Land muss Unternehmen bei Wachstumswünschen anhalten, Industriebrachen in strukturschwachen Regionen zu nutzen. Die hiesige hemmungslose Umnutzung wertvoller Böden ist verantwortungslos. Strukturprobleme der in überkommenen Wachstumsstrukturen gefangenen Kommunen sind mit einer anderen Fiskalpolitik, Gemeindereform und gutem ÖPNV zu lösen.

Begründung:

Baden-Württemberg hat ein spezifisches ökologisches Problem. Der Kasten „Wie retten wir die Welt?“ Ist gut, kann aber mit diesem Antrag konkretisiert werden.

Baden-Württemberg ist in Sachen Raumplanung und Flächenschutz gerade unter einem grünen Ministerpräsidenten kein Musterlände. Bei 5,5 Hektar pro Tag ist das Ziel für sinkenden Flächenverbrauch hin zur Netto-Null verfehlt (aus aktualisierten Zahlen des statistischen Landesamtes Oktober 2018). Die gesteigerte Unmäßigkeit beim Zugriff nach Grund und Boden ist allerorten sichtbar, Bürgerinitiativen formieren sich, kommen aber bei der Phalanx der gut geschmierten Maschinerie aus Gemeinden, Planungsbüros, Umweltgutachtern und Baurechtsbehörden nicht durch. Die Kommunen betreiben mit Segen der Behörden einen fatalen Teufelskreis, der sich um Wohnraum für Arbeitnehmer und um Arbeitsplätze dreht. Grund ist eine Mischung aus Versprechen von Wohlstand, Befriedigung von Großmannssucht und Gier. Wenn aber hemmungslos die Landschaft verbraucht wird, bleibt Lebensqualität auf der Strecke.

Der Kapitalismus hat immer Nachfrage, bis hin zur totalen Ausbeutung. Deshalb muss beim Flächenverbrauch die Wirtschaft domestiziert werden, statt neoliberales Laissez-faire zu gestatten und dies mit Ökopunktebilanzen grün anzustreichen. Auf endlichem Raum muss es absolute Grenzen für die Zersiedelung der Landschaft geben. Auch die kommunale Selbstverwaltung ist an den gesetzlichen Rahmen gebunden, der die natürlichen Lebensgrundlagen, das Landschaftsbild und die frei zugängliche Naherholung schützt.

Baden-Württemberg muss Artikel 20a Grundgesetz achten, der Legislative und Exekutive verpflichtet, die Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen. Das Land muss eine Raumplanung praktizieren wie es das Raumordnungsgesetz für ausgeglichene Verhältnisse im Gesamttraum der Bundesrepublik vorsieht. Eine koordinierte Flächennutzung ist auch Teil der auf dem Erdgipfel 1992 in Rio beschlossenen Agenda 21.

Dieser Antrag basiert auf dem Kapitel zum sozial-ökologischen Umbau im Erfurter Parteiprogramm 2011 und dem Plan B der Bundestagsfraktion zum sozial-ökologischen Umbau.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 7	
Nr.	Z 12
Antrag gestellt von	KV Pforzheim-Enzkreis
Begehr	Krankenhäuser in öffentliche Hand

bezieht sich auf Punkt 7 Zeile 4 vom 10 Punkte Programm

Einfügen nach „...eine öffentliche öffentliche Aufgabe.“:

Wir sind gegen weitere Privatisierung und für die Rückführung der Krankenhäuser in die öffentliche Hand. Die Städte...

Begründung:

Die Erfahrungen von privatisierten, gewinnorientierten Krankenhäusern zeigen, dass durch Einsparmaßnahmen beim Personal und in der Qualität höhere Gewinne erzielt werden. Bestmögliche Versorgung und höchstes medizinisches Niveau sollte das oberste Ziel sein und nicht die Rendite.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 8	
Nr.	Z 13
Antrag gestellt von	KV Esslingen

Begehrt	Mehr klare Kante gegen Rechts
---------	-------------------------------

Auch bei diesem Punkt würden wir uns noch mehr klare Kante wünschen. Hier sollte unbedingt darauf hingewiesen werden, dass die grün-schwarze Regierung regelmäßig Menschen gegen ihren Willen abschiebt zum Beispiel auch nach Afghanistan. Aus unserer Sicht muss hier klar benannt werden, dass wir die Abschiebe-Praxis der grün-schwarzen Regierung nicht tolerieren. An dieser Stelle möchten wir an die Abschiebungen der Tahiri-Schwwestern aus Tuttlingen nach Serbien und die geplante Abschiebung von Bäcker N. Samadi aus Ostfildern nach Afghanistan erinnern. Außerdem empfehlen wir bei „Für uns ist auch klar:...“ das „auch“ zu streichen. An dieser Stelle wirkt es wie ein „...auch, aber...“ und dies wollen wir auf keinen Fall ausdrücken.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 10	
Nr.	Z 14
Antrag gestellt von	KV Esslingen
Begehrt	Hunger durch Klimawandel

Nicht nur Kriege und ungerechter Handeln sind die Hauptgründe für den Hunger in der Welt, sondern auch der Klimawandel. Der Vollständigkeit halber sollte dieser hier noch ergänzt werden. Außerdem lehnen wir nicht nur Werbung durch Bundeswehr-Jugendoffiziere an Schulen ab, sondern generell Werbung für die Bundeswehr, insbesondere natürlich an Schulen, aber auch auf Berufsorientierungsmessen und an anderen Stellen. Diese Werbung lehnen wir auch ab, wenn sie nicht durch Bundeswehr-Jugendoffiziere erbracht wird, sondern auch bei Erbringung durch jede andere Person.

Begründung:

Der gemeinsame Eindruck der Delegierten aus dem Kreisverband Esslingen war, dass das 10 Punkte Programm „Kein weiter so mit Grün-Schwarz“ noch stärker sowohl die Grün-Schwarz geführte Regierung in Baden-Württemberg als auch das Kapital angreifen soll. Wenn wir einen erfolgreichen Landtagswahlkampf führen möchten, muss klar sein, wofür DIE LINKE. steht. Daher bitten wir darum die oben genannten Punkte bei der Überarbeitung zu berücksichtigen um gegenüber den anderen Parteien im Landtagswahlkampf ein klares Profil aufweisen zu können.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 10	
Nr.	Z 15
Antrag gestellt von	KV Kraichgau-Neckar-Odenwald
Begehrt	Bundeswehr an Schulen

Die Kreismitgliederversammlung in Kraichgau – Neckar – Odenwald beantragt, nach dem Satz „„Bundeswehr-Jugendoffiziere an den Schulen lehnen wir ab“ den Satz „Eine Kooperation des Kultusministeriums mit der Bundeswehr lehnen wir ab“ einzufügen.

Begründung: Die Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen ist besonders perfide. In Baden – Württemberg besteht aber darüber hinaus ein Kooperationsabkommen zwischen Bundeswehr und Kultusministerium. Dieses umfasst wesentlich mehr als nur die Auftritte von Jugendoffizieren an Schulen. Bspw. werden bundeswehrraffine LehrerInnen darin geschult, die Bundeswehr bei den Schülerinnen und Schülern in ein positives Licht zu rücken und eine Identifikation mit den Streitkräften herzustellen. Auch bei der Berufsberatung taucht z.T. die Bundeswehr auf. Wir müssen generell fordern: Bundeswehr raus aus den Schulen!

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 10	
Nr.	Z 16
Antrag gestellt von	LAG Frieden
Begehrt	Bundeswehr an Schulen

Antrag: Ergänzung Bundeswehr-Jugendoffiziere und Karriereberater*innen lehnen wir ab.

Begründung:

Gerade die Karriereberater*innen haben den Auftrag Menschen für den Beruf des Soldaten zu werben. Allein in Deutschland sind das über 400 Bundeswehrrangestellte, die keinen Skrupel haben in Schulen Schüler*innen für einen

militärischen Beruf zu werben. Allein 2018 hat die Bundeswehr 1679 minderjährige Soldaten eingestellt, darunter 313 Mädchen. Die Jugendoffiziere sind offiziell „nur“ dazu da, die Interessen der Bundeswehr im Unterricht zu darzustellen und dafür zu werben.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Punkt 10	
Nr.	Z 17
Antrag gestellt von	LAG Frieden
Begehrt	ICAN-Appell unterzeichnen

Antrag: DIE LINKE BaWü setzt sich in allen Ebenen dafür ein, dass der Ican Appell (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) zu einen Verzicht von Atomwaffen in Stadt Land Bund unterzeichnet wird.

DIE Bundesregierung hatte keinen Vertreter zur Abstimmung entsandt. Auf Anfrage bekamen wir die Antwort: Die Bundesregierung will nicht unterzeichnen.

Um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, diesen Verbotsvertrag und daraus folgend die Verschrottung der in Büchel lagernden Atomwaffen zu unterzeichnen, kann folgendes unternommen werden:

1. Unsere Mandatsträger können in ihrer Gemeinde/Stadt folgenden Städteappell einbringen (einige haben dies auch schon gemacht) :“Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

2. Eine unserer friedenspolitischen Forderungen zur Landtagswahl soll sein, dass das Land BaWü den Appell als Land unterzeichnet, wie es schon Bremen, Berlin und Rheinland Pfalz gemacht haben.

3. Unsere Bundestagsabgeordneten bringen sich in der Parlamentariergruppe für ein Verbot von Atomwaffen ein.

Begründung: Durch das Auslaufen/Kündigen des Atomwaffensperrvertrages für Mittelstreckenwaffen in Europa, bahnt sich ein neues atomares Wettrüsten an. Deswegen ist es dringender denn je, den UN

Atomwaffenverbotsvertrags zu unterzeichnen. Bis jetzt haben von den 193 UN-Staaten nur 122 Staaten für die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags gestimmt. Allein die Niederlande hat dagegen gestimmt, Singapur hat sich enthalten. Bis heute (Stand: November '19) haben 80 Staaten den Verbotsvertrag unterzeichnet, von ihnen haben 34 Staaten diesen ratifiziert. Damit ist der Verbotsvertrag das internationale Vertragswerk über Massenvernichtungswaffen, das im historischen Vergleich die höchste Beitrittsrate vorweisen kann.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Kasten	
Nr.	Z 18
Antrag gestellt von	KV Kraichgau-Odenwald
Begehrt	Grundlegend statt radikal

Die Kreismitgliederversammlung in Kraichgau – Neckar – Odenwald beantragt, „DIE LINKE steht für einen radikalen Wechsel in der Klimapolitik“ zu ersetzen durch „DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wechsel in der Klimapolitik“.

Begründung:

Der Ausdruck „radikaler Wechsel in der Klimapolitik“ ist zu einer Phrase verkommen, die von den verschiedensten politischen Akteuren beliebig genutzt wird. Wird „radikal“ durch „grundlegend“ ersetzt, wird diese Phrasenhaftigkeit durchbrochen. Darüber hinaus ist „grundlegend“ präziser und wirkt auf einen Teil der Bevölkerung weniger verstörend.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Kasten	
Nr.	Z 19
Antrag gestellt von	KV Kraichgau-Odenwald
Begehrt	Soziale Frage und Klimaschutz gehören zusammen

Die Kreismitgliederversammlung in Kraichgau – Neckar – Odenwald beantragt, nach dem Satz „DIE LINKE steht für einen radikalen Wechsel in der Klimapolitik und für einen sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ den Teilsatz einzufügen „denn die soziale Frage darf nicht gegen die Rettung des Planeten ausgespielt werden.“

Begründung:

Für uns gehören die soziale Frage und Klimaschutz zusammen. Das Zusammendenken beider Bereiche ist ein Alleinstellungsmerkmal der LINKEN. Das Einfügen des Teilsatzes bringt dies prägnanter zum Ausdruck.

Änderungs-Anträge zum 10-Punkte Papier Kasten	
Nr.	Z 20
Antrag gestellt von	Ökologische Plattform
Begehr	Komplettersetzung

Formulierungsvorschlag:

Überschrift: Klimagerechtigkeit jetzt!

„Das Zeitfenster zur Abwendung der größten Krise der Menschheitsgeschichte schließt sich rasant. Baden-Württemberg ist unter den Bundesländern am stärksten von den Folgen der Klimakatastrophe betroffen. Wir wollen künftigen Generationen keine verbrannte Erde hinterlassen, sondern radikal umsteuern. Dabei gilt es alles in Frage stellen, was heute die natürlichen Lebensgrundlagen schädigt und endliche Ressourcen aufzehrt. Wohlstand auf Kosten anderer ist kein nachhaltiger Wohlstand. Wir wollen in Baden-Württemberg den Klimanotstand ausrufen und alle Entscheidungen unter Klimavorbehalt stellen. Unser Ziel ist ein vollständig klimaneutrales Baden-Württemberg bis spätestens 2035. Alle Fehlanreize und Zielkonflikte, die diesem Ziel entgegenstehen, sind in der Landespolitik zu beseitigen. Die EnBW als Konzern im Landesbesitz muss eine konsequente Umbaustrategie verfolgen und soll ausschließlich in Baden-Württemberg in Erneuerbare Energien, Speichertechnologien und Netze investieren. Geschäfte mit fossilen Energiesystemen wollen wir untersagen und den Ausstieg aus Kohle und Erdgas festschreiben. Gleiches gilt für die Landesbank Baden-Württemberg, die L-Bank und die Sparkassen, die ihre Geschäftstätigkeit auf ein nachhaltiges, soziales und klimaneutrales Fundament aufsetzen müssen. Die Anstrengungen zur Klimaanpassung, sowohl in den Städten als auch beim Umbau des Waldes, der Gewässer und der Landwirtschaft hin zu mehr Widerstandsfähigkeit haben höchste Priorität. Schrittweise soll die Verwendung von Recyclingbaustoffen und nachwachsenden Rohstoffen angehoben werden, mit dem Ziel vollständig geschlossener Stoffkreisläufe im Hoch- und Tiefbau. Den Anteil des ökologischen Landbaus wollen wir deutlich erhöhen und den Einsatz von Pestiziden, die nachweislich das Artensterben befördern oder sich negativ auf die menschliche Gesundheit auswirken untersagen. Klimaaktive Freiräume, fruchtbarer Boden, und wertvolle Naturräume wollen wir per Gesetz vor jedweder Bebauung schützen und stattdessen das Flächenrecycling und eine intelligente Dichte zum Maßstab nachhaltiger Entwicklung machen. Wir machen die Klimafrage zu einer sozialen Frage und setzen uns für Klimagerechtigkeit und langfristig für den notwendigen Systemwandel ein.“

Anträge zur Wahlordnung	
Nr.	O 1
Antrag gestellt von	FDS
Begehrt	Delegiertenwahlen in Regionalversammlungen

Die Wahl der Bundesparteitage delegierten soll nicht länger durch die Delegierten des Landesparteitags, sondern in Zukunft durch die Mitgliederbasis in Regionalversammlungen erfolgen. In diesem Sinne wird die Landeswahlordnung wie folgt geändert:

Ersetze §4 (2) durch: „Die Delegiertenwahlkreise entsprechen den Regierungsbezirken des Landes Baden-Württemberg. Abweichend zu Satz 1 können auf Beschluss von Landesvorstand und Landesauschuss mehrere Delegiertenwahlkreise innerhalb eines Regierungsbezirks gebildet werden, die sich aus mehreren Kreisverbänden innerhalb dieses Regierungsbezirks zusammensetzen.“

Ersetze §4 (3) durch: „Die Bundesdelegierten werden durch je eine wahlkreisweite Mitgliederversammlung gewählt, die in der Regel in der zweiten Hälfte des zweiten Amtsjahres eines Bundesparteitags stattfinden. Stimmberechtigt sind die Mitglieder der den jeweiligen Wahlkreisen zugehörigen Kreisverbänden. Die Ausrichtung der Mitgliederversammlung rotiert zwischen allen den jeweiligen Wahlkreisen angehörigen Kreisverbänden. Eine Zufallsreihenfolge wird durch den Landesvorstand beschlossen.“

Ersetze in §4 (4) „Delegiertenversammlung“ durch „Mitgliederversammlung“.

Ändere in §4(7) bis (12) die Bezeichnung "Gebiet" in "Wahlkreis".

Streiche §4 (5) und (6) und passe die Nummerierung der folgenden Absätze an.

Begründung

Als LINKE verfolgen wir einen emanzipatorischen Politikansatz, den wir als Gegenmodell zu einer durch repräsentativdemokratische Organisationsstrukturen verursachte Bildung von Hierarchien verstehen. Wir möchten, dass unsere Mitgliederbasis möglichst niedrigschwellig an der innerparteilichen Entscheidungsfindung partizipieren kann. Wir möchten, dass Bewegung an der Basis in unserer Partei nicht in Strukturen versandet. Diesem Selbstverständnis sollten wir auch an den Stellen folgen, an dem repräsentativdemokratische Strukturen in unserer Parteiorganisation zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durch direktdemokratische ersetzbar sind.

Mit der Wahl unserer Bundesparteitage delegierten durch die Delegierten des Landesparteitags bauen wir in unserer Organisationsstruktur eine Partizipationshürde auf, die unnötig ist und die Möglichkeiten unserer Mitgliederbasis zur Mitwirkung an den Entscheidungsfindungen innerhalb der der Bundespartei durch eine zusätzliche Filterebene einschränkt. Ein Verfahren, das so in anderen Flächenlandesverbänden nicht praktiziert wird.

Warum also nicht die Verankerung der Bundespartei in der Mitgliederbasis durch eine Direktwahl der Delegierten zum Bundesparteitag stärken? Warum nicht unseren Bundesparteitage delegierten eine stärkere demokratische Legitimation mit auf den Weg geben? Warum nicht in den Regierungsbezirken des Landes Baden-Württemberg die dort ansässigen Kreisverbände ihre Delegierten gemeinsam wählen lassen, wie wir es bereits im Vorfeld des Europaparteitags für die Delegierten zur Listenaufstellung getan haben? Warum weiterhin unseren Landesparteitag zwischen Bundespartei und Mitgliederbasis schalten?

Anträge zur Satzung	
Nr.	S 1
Antrag gestellt von	LAG Frauen
Begehrt	Paritätische Quotierung

„Die paritätische Quotierung ist bei allen Wahlen von Ämtern und Mandaten einzuhalten. Wenn dies nicht möglich sein sollte und Plätze auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung vakant bleiben, informiert der neu gewählte Vorstand unsere Landesfrauenbeauftragte(n).

Daraufhin findet ein verbindlicher Austausch statt, wie solche Vakanzen künftig vermieden werden können.

Sollte das Vakant-Bleiben besagter Plätze bereits im Vorhinein absehbar sein, ruft der alte Vorstand im Vorgang der Wahl zu einem gemeinsamen Findungstreffen unter Beteiligung der Landesfrauenbeauftragte(n) auf.

Die LAG Frauen unterstützt die Landesfrauenbeauftragte(n) bei Bedarf.

Der Landesverband stellt den Landesfrauenbeauftragten die dafür benötigten Mittel zur Verfügung.“

Die Änderung sollte im § 12 Geschlechterdemokratie erfolgen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anträge zur Satzung	
Nr.	S 2
Antrag gestellt von	LAG Frauen
Begehr	Doppelt quotierte Redeliste

„Die doppelt quotierte Reden-Liste wird vom Landesvorstand, von allen Orts- und Kreis-verbänden und von allen Arbeitsstrukturen der Partei die LINKE. Baden-Württemberg verbindlich eingeführt.

Bei Bedarf erstellt die LAG Frauen hierzu eine kurze Handreichung.

Die jeweiligen Strukturen legen am Anfang der Sitzung geeignete Redezeiten fest und setzen diese durch.

Der Landesvorstand bietet hierfür Moderationsschulungen im Land an.“

Die Änderung könnte in § 12 Geschlechterdemokratie erfolgen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

